Version 0.1

Franca
Schneider

Dossier einer Studentin

Band 001

2005 Franca Schneider Kunstverlag e.K., Erfurt
https://kunstverlag.shop
Alle Rechte vorbehalten
Satz und Layout: Franca Schneider
Druck und Bindung: Copy Team Erfurt
Printed in Germany 2026
ISBN 978-3-938787-03-8

Inhaltsverzeichnis

1. **Quelle - Feldpostbrief eines Erfurters aus dem Osten**
2. **Quelle - Feldpostbrief – Aus dem Tagebuch eines Suhler Kriegers**
3. **Quelle - Schreiben des Kurfürstlichen-Mainzischen Stadtamtes an die Gemeinden des Stadtamtes Erfurt**
4. **Kommunikationswissenschaftliche Übung: Frames zu Essen und Trinken im Fernsehen**
5. **KW-Hausarbeit: Darstellungseffekte durch nonverbale Kommunikation**
6. **GW-Hausarbeit: Thüringen im Nationalsozialismus – Die Ära Frick**
7. **GW-Hausarbeit: Pariser Kommune 1871**
8. **GW-Hausarbeit: Die Revolution 1848 in Deutschland**
9. **GW-Hausarbeit: Der Mythos Ernst Thälmann**
10. **GW-Hausarbeit: Foucault, der Kulturarchäologe und Psychologe**
11. **GW-Hausarbeit: Friedrich Nietzsche**
12. **GW-Hausarbeit: Deus lo volt – „Gott will es“ - Die Kreuzzüge als gerechte Kriege**
13. **GW-Hausarbeit: Das Gesellschaftsbild in Frankreich während des Vichy-Regime 1940 - 1944**
14. **GW-Hausarbeit: Kurt Schumacher**
15. **GW-Hausarbeit: Zionismus und Shoa - Probleme, Kontroversen, Grundbegriffe**

Franca
Schneider

Quelle
Feldpostbrief eines Erfurters aus dem Osten

Feldpostbrief eines Erfurters aus dem Osten vom 19.09.1914

Erschienen in der „Tribüne – Sozialdemokratisches Organ für den Reichstagswahlkreis Erfurt – Schleusingen – Ziegenrück“ Nr.229 vom 01.10.1914

Zeitung / Artikel Seite 6 Rubrik „Erfurter Angelegenheiten“, Zeitungspapier (in Wachs konserviert)
Signatur: 3 – 800 / 17 Tribüne 1.Oktober – 31. Dezember 1914

Quellenbeschreibung

Der Brief des Artilleristen Paul ....?.... aus Erfurt an eine befreundete Familie (auch unbekannt) beschreibt hauptsächlich die Ereignisse in der Nähe eines unbekannten Ortes an der Ostfront in Preußen am 9.bis 11.September während des Beginns des I. Weltkrieges 1914. Bei der Lektüre des Briefes ist anzunehmen, dass er historisch einen Überrest darstellt. Doch wie ist es zu erklären, dass der Brief in der Zeitung „Tribüne“ veröffentlicht wurde, bereits nur zwei Wochen nach seiner Ausfertigung? Die Frage ist leicht zu klären. Die Feldpostbriefe rückten bereits während des I.WK in das Zentrum des öffentlichen Interesses. Allgemeine Auffassung war, dass ihnen ein bedeutender historischer Dokumentationsanspruch zukam. Es wurde berichtet ‚wie es wirklich war’. Diese Zeugenschaft - garantierende Form der Verarbeitung war jedoch genau wie der Kriegsbericht Teil der öffentlichen Darstellung des Krieges. Eine Instrumentalisierung fand statt, die den Brief selber zu einem Ereignis werden ließ.[1] Der Brief als Kommunikationsmittel Nr.1 des Soldaten mit seiner Familie, Freunden und Bekannten galt ganz besonders den Reichsleitern während des Krieges als Spiegel „um die Ernsthaftigkeit ihres patriotischen Empfindens“[2] und stellten somit auch ein „psychologisches Zeugnis“[3] für die Einstellung des Soldaten aus. Gerade diese Beurteilung ist entscheidend, wenn beachtet wird, dass es der Brief eines sozialdemokratischen Soldaten, der treu zur Organisation steht, ist, der in einem sozialdemokratischen Tagesblatt publiziert wurde. Die „Tribüne“ erschien seit 1889 in Erfurt, und begleitete die Arbeiterbewegung in Thüringen seit ihrem Entstehen. Zwar war die Periodika ein Unternehmen, der Eigner Paul Reißhaus mit seinem Verlagshaus „Reißhaus & Co.“ betrachtete sich jedoch als Träger der Sozialdemokratie, da er selber SPD-Reichstagsabgeordneter war. Die Arbeiterbewegung verstand sich seit ihrem Entstehen als entschiedener Kriegsgegner sowie ablehnend gegenüber dem „bürgerlichen Klassenstaat“. Zu Kriegsbeginn integrierte sich die Arbeiterpartei jedoch in die nationale Kriegspolitik und vollzog damit eine Kehrtwende, welche die Parteiführung entgegen den größten Teilen der Basisbewegung durchsetze. Die Soldaten aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gehörten zu einer der wenigen Gruppen der Bevölkerung, deren Stimmungen gegenüber dem Krieg zu seinem Beginn niedergeschlagen und verzweifelt waren.[4] Wie reagierte Paul auf die ersten Erlebnisse an der Front? Wie allgemein üblich für das soziale Milieu des Arbeiters der zum Soldaten geworden war, beschäftigt sich auch der Soldaten Paul mit dem aktuellen Krieggeschehen eher zurückhaltend. Die Schulbildung hatte ihm keine „schriftsprachliches Mittel“ gelernt um die Erlebnisse darzustellen.[5] Die gefallenen Infanteristen seiner Einheit werden in eine Aufzählung gesetzt und auch sonst halten sich die Darstellungen von Not und Elend der Menschen in Ostpreußen, wie sie ihm Einleitungstext der Redaktion angekündigt waren, in Grenzen. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er jedoch den Nutztieren im Ort, die verlassen und unversorgt, in einem besonderen Fall bei lebendigem Leib verbrennen mussten. Alles in allem ist der Brief bereits in dieser frühen Phase des Krieges durch seine bedrückte Stimmung gekennzeichnet. Die stereotypische Feindbildung „die Russen“ findet an dieser Stelle als Begründung für die Zerstörung, mangelhafte Versorgung und gewissenlose Verschwendung von Ressourcen statt. Das „sensible, schwer kommunizierbare Erlebnis“ kann auch von ihm nur marginal dargestellt werden.[6]

---

1 Bernd Ulrich, Die Augenzeugen, Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit, Essen 1997, S. 24 ff.

2 ebd. S.31

3 ebd. S.32, auch: G.Wunderle, Das Seelenleben unter dem Einfluss des Krieges, Eine psychologische Skizze, Eichstätt 1914, S.21.

4 Bernd Ulrich und Benjamin Ziemann, Das soldatische Kriegerlebnis, S.147, in: Wolfgang Kruse (Hrsg.), Eine Welt von Feinden, Der Große Krieg 1914 – 1918, Franfurt / Main 1997.

5 Ulrich und Ziemann, Das soldatische Kriegerlebnis, S.142.

6 ebd.

Franca
Schneider

Quelle
Feldpostbrief – Aus dem Tagebuch eines Suhler Kriegers

Feldpostbriefe
Tribüne Nr.221 22.09.1914

Zeitungsteil: Schleussingen und Ziegenrück

Suhl
- Aus dem Tagebuch eines Suhler Kriegers

Einer unserer pflichteifrigsten Parteigenossen und Förderer der freien Turnerschaft hat an seine Angehörigen eine interessante Schilderung seiner Beobachtungen gesandt. Aus dem uns freundlichst zur Verfügung gestellten Briefe, entnehmen wir folgendes:

„.... Ich will dir kurz über Belgien etwas berichten. Vorher blühende Städte und Dörfer gleichen jetzt einem Trümmerhaufen. Wir haben zwei Festungen passiert (Namur und Dinant), in denen sah es sehr traurig aus. Das Vieh lief herrenlos in den Straßen umher. Auf der Landstraße sieht man nichts wie Uniformstücke, Tornister, Schuhe, zerfahrene und zerschossene Wagen. Ein Bild von diesem Aussehne könnt ihr euch gar nicht denken. In den Chausseegräben, auf den Feldern und hinter Hecken findet man die bedeckten Leichen. Es sind größtenteils Belgier, Franzosen und Zuaven. Auch hier sind [und] da sieht man einige unserer braven Krieger, die für die Ehre des Vaterlandes und zum Schutz des Volkes gefallen sind. Nun will ich euch etwas von den Einwohnern erzählen. Auf den Grenzdörfern waren uns die Einwohner seht zugetan. Als wir aber in das Landesinnere kamen, ging es anders. Da haben die Bewohner auf unsere Soldaten geschossen. Die Strafe ist ihnen aber nicht entgangen. So eine Stadt oder Dorf wurde gleich in Flammen gelegt. Am 24.08 waren wir nach langem Marsche in ein belgisches Dorf in der Nähe von Namur gekommen. Hier wurde längere Rast gemacht, am Abend sollte es weitergehen. Im Laufe des Nachmittags hatten wir schon viele Verwundete, meist Belgier, Franzosen und Zuaven geholt und in ein Kloster, welches als Lazarett eingerichtet ist, untergebracht, verbunden und verpflegt. Abends 9 Uhr hatten wir Befehl erhalten, nach Namur abzurücken. Am Tage hatte es in der Stadt furchtbare Straßenkämpfe gegeben. Wir sollten den Verwundeten Hilfe bringen. Wir waren angetreten, eben kommandierte unser Feldwebel mit Gruppen rechts schwenkt Marsch, als uns auch schon aus allen Häusern die Kugeln um die Ohren sausten. Glücklicherweise ohne niemanden von uns 300 Mann zu treffen. 2 Pferde erheilten dabei Schüsse. Die Aufregung war groß, wir erhielten sofort Hilfe von einem Infanterie – Regiment, welches vor dem Dorfe im Biwak lag. Das Dorf wurde sofort in Alarmzustand versetzt, Leute, die uns entgegenkamen, verhaftet. Es dauerte auch nicht lange, da brannte es an allen Ecken und Enden. Nebenbei will ich bemerken, dass wir außer unserem Revolver und Seitengewehr keine Waffe besitzen. Wir sind stets auf Hilfe angewiesen. Von selbst dürfen wir unsere Waffe nicht gebrauchen, weil wir das rote Kreuz auf dem linken Arm tragen. Trotzdem, dass niemand auf uns schießen darf, wird es von machen solcher Lumpen getan. Ein zweites Mal sind wir in aller Frühe von Granaten geweckt worden und wir mussten schnell abrücken. Nun will ich damit schließen und später hoffentlich mündlich erzählen ...“

Franca
Schneider

Quelle
Schreiben des Kurfürstlichen-Mainzischen Stadtamtes an die Gemeinden des Stadtamtes Erfurt

Schreiben des Kürfürstlichen – Mainzischen Stadtamtes an die Gemeinden des Stadtamtes Erfurt
Behördenschreiben, Steckbrief
1 Bogenhälfte 2°. Seite 1 und 2 beschriftet.
Stadtarchiv Erfurt 1-3/ Niedernissa A 97 (unerschlossenes Schreiben)

Demnach in abgewichener Nacht ein frem-
der Kerl welcher sich Friedrich Wilhelm
Krüger genannet und für einen Uhr –
macher von Sorau, auf daß er vor
einiger Zeit als Hofuhrmacher zu
Sorau in Diensten gestanden, ausge –
geben, dem ausehen Nach ohngefehr
40 Jahre alt, mitler Statur, etwas schmallen
narbichten Gesichts, einer hell –
blauen Peruque und einen Ober – Rock
von schlichten Lednerfarbigten Tuch,
worauff ein sameter Kragen mit
dergleichen farbigten Garn Knöpffe,
befindlich, tragend, nach dem er war
wenig Wochen zu Büttstedt sich einge –
funden , auch das Bürgerrecht genom –
mend eingemischet, sich heimlicher Weise
von da weg – und auf die Flucht be –
geben, zugleich aber goldene und sil –
berne Taschen Uhren, welche demsel –
ben zu reparieren in Arbeit gegeben
worden, entwendlich mit sich fortgenom –
men, und dahero an deßen Habhafft
Werbung verschiedenen Interessenten
absonderlich aber der publico, damit
solcher nicht weiter hintergangen werde,
merklich daran gelegen; Als wird
allen und jeden Unterthanen beson -
ders aber deren Schmuck und Gastwir –
then hiesige churfl. Markgrägfl. Stadtamts
~~hhhhhh hier~~mit nachdrücklich und beg
Vermegdungsschwerer Verantwortung
anbestohlen, daseren sich dieser
Kerl obbescheinbarer maßen in
hiesigen Amdts Dörfern einfin -
den sollte, solchen sogleich zu arre –
stieren und sobald möglichsten
Gericht anhero einzusenden. Wor –
nach sich auch das genaueste zu
achten. Decretum ...fürtl. 11t. Marty
1752
chürfürstl. Magrfl. Stadtamdt
in fidem
A Hildebrand Actuarius

Franca
Schneider

Kommunikationswissenschaftliche Übung:
Frames zu Essen und Trinken im Fernsehen

05 Qualitätsframe

Ein Qualitätsframe liegt vor, wenn die Berichterstattung Ernährung im Sinne der zu Beginn des Codebuches angeführten, weit gefassten Definition im Zusammenhang mit ihrer Beschaffenheit, ihren Eigenschaften oder ihrer Güte vermittelt. Die Ernährung wird als qualitativ wertvoll oder minderwertig dargestellt. Als Indikatoren können Begriffe wie „gesund“, „ungesund“, „sicher“ oder „unsicher“ verwendet werden. Da diese Darstellung meist in Zusammenhang mit Lebensmittelpreisen erfolgt, sind auch Begriffe wie teuer, billig oder preisgünstig als Indikatoren zulässig.

01 vorhanden

02 nicht vorhanden

08 Non-Meat-Frame

Ein Non-Meat-Frame liegt vor, wenn die Darstellung von Ernährung im Sinne der zu Beginn des Codebuches angeführten, weit gefassten Definition als von der Verarbeitung von tierischen Rohstoffen unabhängig bezeichnet wird. Indikatoren können Begriffe wie vegetarisch, rein pflanzlich, vegan, ovo-lacto oder lacto sein. Darunter fällt auch die Darstellung von religiöser Ernährung wie vedisch oder buddistisch u.a.

01 vorhanden

02 nicht vorhanden

Probleme beim Codieren

- Am Anfang war uns nicht klar, ob die Sendung „Weltreisen“ auf ARD ein Magazin oder eine Reprotage oder Dokusendung ist. Wir haben uns dann für Reportagesendung entschieden.
- Wir hatten Schwierigkeiten festzustellen was eine Sequenz innerhalb einer Sendung ist, also wann sie konkret anfängt uns aufhört.

- Im weiteren tauchte die Frage auf, ob der erste Beitrag ernährungsrelevant ist, da nur Heilkräuter und Gewürze, aber auch Butter als Trägersubstanz erwähnt und gezeigt wurden. Wir entscheiden uns dafür, dass es ernährungsrelevant ist. Demnach muss aber noch in die Kategorie der Nahrungsmittel Gewürze und Heilkräuter aufgenommen werden, oder falls diese in Zukunft ausgeschlossen werden sollen, muss dies in die Definition von Ernährung aufgenommen werden.
- Im weiteren wollten wir als Handlungsträger Heilpraktiker als Gesundheitsexperte verschlüsseln, dass war jedoch nicht vorhanden. Es ist die Frage, ob Heilpraktiker in die Riege der Gesundheitsexperten aufgenommen wird, oder derartiges mit 22, also allgemein Gesundheitsexperte verschlüsselt wird.
- Bei ES11 Quellen ist die Frage, ob so etwas wie Freunde, Bekannte oder öffentliche Meinung als Ausprägung mit eingeführt wird. Wir waren uns unschlüssig, ob es ausreichend ist immer mit sonstiges zu verschlüsseln.
- Bei ES 27 Krankheit konnten wir so etwas wie Impotenz nicht verschlüsseln, dafür war keine zutreffende Ausprägung vorhanden.
- Wir waren uns unsicher zu welcher Gattung die Sendung „Ist Deutschland pleite?“ gehört.
- Wir waren uns unschlüssig, ob der Sponsoring-Trailer für das Wetter zum Wetter gehört oder ein eigenes Programmelement ist.
- Es war teilweise sehr schwierig festzustellen, wann Ernährung Aspekt in der Darstellung oder Objekt ist.

Thesenpapier – Kultivierungseffekte

Kultivierungseffekte:

1. Welchen Effekt vermittelt das Fernsehen hinsichtlich des sozialen Umfeldes beim Verzehr von Nahrung?
2. Welcher Effekt wird über die Lokalität zum Erwerb von Nahrung vermittelt?
3. Vor-, Zu-, Nachbereitung, Verzehr und Arbeit
4. Vor-, Zu-, Nachbereitung, Verzehr und Freizeit
5. Vor-, Zu-, Nachbereitung, Verzehr und Tod
6. Vor-, Zu-, Nachbereitung, Verzehr und Religion
7. Vor-, Zu-, Nachbereitung, Verzehr und Gesundheit / Krankheit
8. Vor-, Zu-, Nachbereitung, Verzehr und Fitness / Wellness
9. Nahrung und Sexualität
10. Nahrung und Umwelt
11. Nahrung und Geschichte
12. Nahrung in Raum und Zeit

In Sendungen:

Zu 1. Werbung, Fernsehfilme, Reportagen,

Zu 2. Reportagen, Berichte, Werbung,

Zu 3. Reportagen, Nachrichten, Werbung, Kochsendungen

Zu 4. Sportsendungen und Reportagen, Werbung, Nachrichten

Zu 5. Filmen, Beiträgen, Nachrichten, Reportagen

Zu 6. Filmen, Beiträgen, Nachrichten, Reportagen

Zu 7. Nachrichten, Reportagen

Zu 8. Sportsendungen und Reportagen, Werbung, Nachrichten,

Zu 9. Erotiksendungen/Show, Werbung

Zu 10. Reportagen, Berichten

Zu.11. Reportagen, Fernsehquiz,

Zu.12. in allen Bereichen

K1 Personen, welche Nahrung vor-, zu- oder nachbereiten
Ausprägungen:
01 männlich
02 weiblich
03 nicht männlich + nicht weiblich
04 Kinder ohne Genderzuschreibung

Definition:
An dieser Stelle wird codiert, welches Geschlecht die Aufgaben der Vor-, Zu- und Nachbereitung der Nahrung übernimmt. Unwesentlich ist eine Codierung des Verzehrs durch ein Gender. Zu beachten sind aber die Ausprägungen 03 und 04. Kinder, insbesondere Babys werden oftmals ohne zuerkennende Geschlechtszuschreibung gezeigt, wird jedoch ein vermeintlich zufälliger Hinweis auf das Geschlecht der Kinder gegeben, werden sie unter 01 oder 02 kodiert. Unter 03 werden Personen kodiert, die sich als Transsexuelle, Transvestiten, asexuelle, Hermaphroditen u.a. zu erkennen geben oder als diese zu erkennen sind, dabei ist aber zu beachten das Homosexuelle beider Geschlechter unter 01 oder 02 zu kodieren sind, entscheidend das optische Raster.

K2 das soziale Umfeld beim vor-, zu-, nachbereiten und/oder verzehren
Ausprägungen:
01 Familie
02 Freunde
03 alleine
04 Fremde
05 Kollegen, Bekannte, u.a.

Definition:
Die Codierung erfolgt, wenn eine oder mehrere Personen am selben Ort Nahrung vor-, zu-, nachbereiten und/oder verzehren. Ihr Interaktionsrahmen muss dabei, sowohl kommentiert als auch unkommentiert, zu erkennen sein. Hier ist zu beachten, wenn mehrere Handlung z.B. die Zubereitung und der Verzehrs von einer Person oder Personengruppe vorgenommen wird, dann sind diese Handlungen separat zu codieren.

K3 Orte für den Erwerb von Nahrung
Ausprägungen:
01 Supermarkt
02 alternative Erwerbsorte, wie z.B. Foodcoops, Erzeuger/Verbrauchergemeinschaften, Hofläden
03 Bioladen, Naturkostladen
04 Feinkostladen

05 Reformhaus
05 Großhändler
06 Markt
07 Kleinhändler, wie z.B. Tante-Emma-Läden, Getränkehandel
08 Imbiss, z.B. Bratwurststand, Hot-Dog-stand, Pommesbude, Dönerladen, Pizzaladen
09 Restaurant
10 Fast-Food-Ketten, z.B. Nordsee, Burgerking, Mcdonalds
11 nicht geldorientierter Warentausch, z.B. Suppenküchen, Hilfsaktionen o.ä.

Definition:
Hier sind Orte zu codieren, an denen Nahrung käuflich erworben wird. Ausgeschlossen ist der reine Erwerb von Alkohol. Vorgänge oder Möglichkeiten, die ohne eine Kaufhandlung zum Erwerb von Nahrung führen, werden unter 11 verzeichnet, z.B. Hilfsaktionen, Diebstahl oder Jagd. Wenn der Fall eintritt, dass die Nahrung gleichzeitig mit dem Erwerb verzehrt wird, ist diese Handlung separat in der Kategorie 4 zu codieren.

Franca
Schneider

KW-Hausarbeit:
Darstellungseffekte durch nonverbale Kommunikation

Darstellungseffekte durch nonverbale Kommunikation

Einleitung

Die Untersuchung des nonverbalen Verhaltens gestaltet sich sehr schwierig, stellt es ein Zeichensystem dar, das wenig verbindlich kodifiziert ist. Umso diffiziler ist auch die Analyse einzurichten, da es nur geringe Kenntnisse über das non - semantische System für eine Kultur oder Gesellschaft gibt und damit auch für die Einzelperson. Es gibt jedoch zwischen Zeichen und dem semantisch-kulturellen System Beziehungen, aus deren Mitteilungen auf bestimmte abstrakte Systemeigenschaften, wie Werte, Normen, Stereotypen geschlossen werden kann. Die Inhaltsanalyse bildet dazu ein entscheidendes Element um dargestelltes Verhalten aufgrund der Ansammlung von formalen Darstellungselementen zu ermitteln. Inhaltsanalysen haben die Funktion von der Mitteilung auf andere Faktoren des Kommunikationsprozesses zu schließen. Dazu zählen die Intentionen des Kommunikators mit seiner Aktion, sowie die Wirkung der Mitteilung auf den Adressaten. Diese Vorgehensweise findet ihre Begründung in der Definition von Mitteilungen.

> Mitteilungen zielen darauf ab eine bestimmte Reaktion der Adressaten zu erreichen. Ihre motivierte und instrumentelle Funktion, die aus einer bestimmten Absicht des Kommunikators entsteht, zielt mindestens darauf den Informationsstand von Personen zu ändern.

Inwieweit ihre Erkenntnisse Gültigkeit besitzen, hängt von ihren Methoden ab, welche durch die aktuellen Wissenschaften in die Verlässlichkeit der Codierung sowie die Validierung des Ergebnisses, d.h. die systematische, grundlegende oder Einzelfall bestimmende Überprüfung der Analyse, unterschieden werden. Die Schlussfolgerungen beruhen zumeist darauf die Bedeutung der analysierten Zeichensysteme zu erkennen und sie zu rekonstruieren.[7] Wahrnehmungen werden durch die Rezeptionsanalyse, mit Hilfe von Schätz – Skalen oder der Inhaltsanalyse von Wahrnehmungsprotokollen ermittelt. Ein technisches Hilfsmittel ist die PEACS, ein PC-Programm, welches Protokolle auswertet.

Andererseits konnte man mit der Hilfe des gebräuchlichen inhaltsanalytischen, ganz auf die verbale Kommunikation abgestellten, Instrumentariums sich deren Wirkung beim besten Willen nicht erklären werden.[8] So ist es notwendig für die Wirkungsforschung ein eigenes theoretisches und praktisches Methodeninstrumentarium zu entwickeln. Die Forschungsperspektive wurde als erstes durch den biokulturellen Ansatz bestimmt, durch diesen steht der Politikwissenschaften und auch der politischen Kommunikationswissenschaften Konzepte und Modelle zu Verfügung, die für die Erklärung von politischem Verhalten, neben sozialen und kulturellen auch psychologische und biologische Faktoren in Erwägung ziehen. Emotionen und nonverbales Verhalten sind Schwerpunkte dieses Ansatzes.[9]

---

7 Winfried Schulz, in: Fischer S.59ff.

8 Frey, S. 78.

9 Kamps, S.166f.

Die Wirkung kann durch Experimente oder Quasi – Experimente ermittelt werden. Die Pilotstudie des Berner – Konstanz Projektes hat hier Maßstäbe gesetzt. Die Forschungsgruppe versuchte für einen bestimmten Dialog eine vollständige Verhaltensmatrix zu erhalten und eine entsprechende Beschreibungssprache zu entwickeln. Der Versuch diente der inhaltlichen Ermittlung von nonverbalen Zeichen. In der Entwicklung des Berner Systems zur Beschreibung natürlicher menschlicher Bewegungen mündete das Verfahren.[10] In der Hausarbeit versuche ich die Ergebnisse der bisherigen Medienwirkungsforschung in Hinblick auf das nonverbale Verhalten zusammenzufassen, ohne mich jedoch an einzelnen Studien zu lange aufzuhalten. Die Beschreibung verschiedener Darstellungseffekt, die Entstehung und Wirkungsweise ist entscheidend.

Was sind Darstellungseffekte?

Das Forschungsfeld der nonverbalen Kommunikation kann wie folgt umschrieben werden: Es befasst sich mit den „psychologischen Mechanismen der Beeinflussung von Menschen“ und der „Entstehung von kurzfristigen Effekten“. Hierbei können vier Effektbündel unterscheiden werden, „die Medieninformation“, die „Prädispositionen der Rezipienten“, „die Informationsverarbeitung durch die Rezipienten“ und „die Wirkung der Medieninformation“. [11] Für diese Effektbündel, die ich im Folgenden als Darstellungseffekte bezeichnen werde, findet sich besonders bei Kepplinger eine Definition:

> „(...) Darstellungseffekte (...) [sind] alle Wirkungen von (...) [Pressebeiträgen], die auf der nonverbalen und paraverbalen Selbstdarstellung von Personen sowie ihre visuelle und akustischen Darstellung durch (...) [andere] beruhen. (...) [B]ei den Wirkungen [handelt] es sich um die Vorstellungen, welche die Betrachter und Zuhörer von den Eigenschaften der präsentierten Person gewinnen und die Folgerung, die sie daraus ziehen.“[12]

Nach Karl Delhees hat nonverbale Kommunikation folgende Funktion als soziale Kommunikation. Zum einem dient sie, in einer verhältnismäßig einfachen Vorstellung, dazu „Informationen auf mehrfache Weise zu übermittelt“, d.h das die Vermittlung von Botschaften ist nicht auf einen Kanal beschränkt ist. Er ist ein „meta – kommunikativer“ Zufluss, der mehrdimensionale Leistungen erfüllt.. Eine weitere Annahme geht davon aus, dass nonverbales illustrierend wirkt, so zusagend als zusätzliche Informationen zu gebrauchen ist. Er macht nonverbale Aussagen über verbales. Eine deutliche Ausdifferenzierung stellt die Annahme dar, dass ihr eine wichtige Funktion als Komponente zu kommt, die verbale Information betont.

In diesem Zusammenhang kann auch der Erklärungsversuch zu sehen sein, dass nonverbales Widersprüche im Verbalen offenbart. Der verbale Kanal stützt sich auf den nonverbalen, er hat ihn nicht abgelöst, sondern dimensional ergänzt, dient deshalb der Überprüfung, da verbales leicht zu manipulieren ist. Außerdem dient sie häufig der Koordination des Ablaufens von Kommunikation. Zudem gibt sie

---

10 Frey, S.65ff. , Lotte Weinrich S.19.

11 Kepplinger, in: Politische Kommunikation, S.362.

12 Kepplinger, in: Fischer, S.337f.

die Möglichkeit ersetzend zu wirken, indem schwierig zu Verbalisierendes, zum Beispiel Gefühle, durch sie beschrieben wird. Dabei wird der Einfluss des nonverbalen Kanals umso größer, je unpräziser oder abstrakter die Information ist.[13]

Bei Lotte Weinrich findet sich eine weitaus weniger ausdifferenzierte Definition, aber sie schreibt nonverbaler Kommunikation auch meta – kommunikative Funktionen zu. In ihrem Verständnis stellt es „in der zwischenmenschlichen Verständigung ein wichtiges Steuerungsmittel dar und unterliegt gewissen Normen und Regeln, die kulturspezifisch sind“[14] Ihre Beschränkung auf den refundierenden Ansatz ermöglicht den Versuch nonverbales und verbales „als kategorial gleichrangig einzustufen“, und gibt die Möglichkeit nonverbalen Zeichen als „andere Kategorie von Sprachzeichen“, die mit einer „ziemlich festen Bedeutung versehen“ sind, darzustellen. Diese Einengung ist aber nur in Hinsicht auf einen argumentationstheoretischen Ansatz sinnvoll und verschließt den Blick auf die allgemeine Wirkung von nonverbaler Kommunikation.[15]

Die Effektbündel

Die Rezeption der Darstellungseffekte beruht auf einem gebündelten, mehrere Einflüsse beinhaltenden, mehrstufigen Prozess, in dem realen Verhalten, dargestelltes, wahrgenommenes sowie attributiertes Verhalten unterschieden werden muss. Zwischen realem Verhalten und dargestellten in Pressebeiträgen ist nur schwer zu unterscheiden. Die von ihnen vermittelte Medieninformation stellt ein Konglomerat aus dem realen Verhalten der dargestellten Person und der durch die Darstellung einflussnehmenden Bedingungen dar. Direkt auf die Person sind hierbei Sprechweise (also paraverbales Verhalten), Mimik und Gestik zurückzuführen. Erst mit der Darbietung dieses Haltungen können Effekte entstehen, deren Beeinflussung ich ihm weiteren näher benennen werde.

Dargestelltes Verhalten

Das dargestellte Verhalten wird als das reale Verhalten beeinflusst unter anderem durch die Aufnahmesituationen angesehen. Wichtig ist hierbei der Darstellungsort, wie etwa die Berichterstattung im Fernsehen. Im Besonderen die Fernsehnachrichten sind gekennzeichnet durch kurze Einblendungen von Fotos und Kurzfilmen, die Politiker darstellen. Die Bedeutung der Fernsehnachrichten für die Darstellung von nonverbalen Verhalten bei Politkern und die Wirkungen werden im dritten Teil ausführlicher behandelt. Die Orte der Darstellung sind an „medienspezifische Handlungsbedingungen“[16] geknüpft, die mit einem verhältnismassig großen Aufwand an Technik zur Aufnahmen, wie Beleuchtung, Tonaufzeichnung und Kameraeinsatz verbunden sind. Ihr Einsatz wird oft durch die jeweiligen Möglichkeiten, wie Räume, Technik, Organisation und /oder journalistische Konventionen eingeschränkt.[17]

Der Einfluss bei Fotos gestaltet sich durch die Beleuchtung, die Reproduktionstechnik sowie die Einstellungsgröße. Bei Kameras ist das

---

13 Kamps, S.168, siehe 158.
14 Lotte Weinrich, S.13ff.
15 Lotte Weinrich, S.16ff und S. 178.
16 Kepplinger, in: Fischer, S.347f.
17 ebd., S.352ff.

Einflussspektrum schon viel breiter, hier können die Einstellungsgröße, der Kamerawinkel, die Kameraperspektive, Editionstechniken, d.h. die Auswahl und Aufbereitung des Medienmaterials für die Publikation, deren räumliche und zeitliche Anordnung, die Kombination von Bild und Text, sowie die Komposition der Beiträge oder Beitragselemente, als auch der Einfluss von Schnitt und Montage wirken. Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse die Wirkung dieses Effektes betreffend, sind noch sehr widersprüchlich, deshalb können keine Aussagen zu eindeutigen Wirkung getroffen werden.[18] Zu vernachlässigen ist auch nicht der Einfluss der Schnittgeschwindigkeit. Die Darstellung der Person ist jedoch nicht nur mit technischen Besonderheiten verbunden, sondern auch ihre Selbstdarstellung. Diese kann verbunden sein mit dem reziproken Effekt, d.h. die bewusste oder unbewusste Umorientierung des Verhaltens gegenüber der Öffentlichkeit, oder der scheinbaren Öffentlichkeit, die durch die Anwesenheit von Journalisten zustande kommt.

> „Der (...) [Rezipient] besitzt (....) nur rudimentäre Informationen über die Ursachen des dargestellten Verhaltens.“[19]

Dieser Satz steht zusammenfassend für das dargestellte Verhalten, zu dem auch „interaktionsspezifische Handlungsbedingungen“[20] zählen. Im einzelnen bedeutet das, das der Rezipient keine Erkenntnisse über das vorangegangene Verhalten des Dargestellten, das vorangegangene und zeitgleiche Verhalten der Interaktionspartner, sowie die Reaktionen des Publikums hat. Zu diesem Forschungsfeld liegen ebenfalls Studien vor, jedoch ohne die Berücksichtigung medienspezifischer Aspekte, da sie besonders in der Psychologie untersucht wurden.

Informationsverarbeitung

Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt ist die Informationsverarbeitung durch die Rezipienten. Hierzu lenkte die Theorie der infenteriellen Kommunikation des französischen Anthropologen Dan Sperber und der englischen Linguistin Deidre Wilson auf wesentliche Bahnen. Aus der Geschichte des Faches geht hervor, dass besonders die Rezeption des Shannon’schen Konzepts als sinnstiftend wirkte. Der Ingenieur und Mathematiker Claude Shannon hatte eine Konzept der Funktionsweise technischer Kommunikation vorgestellt, welches in der weiteren Zukunft auf Kommunikation schlecht hin, also auch der menschlichen Verständigung übertragen wurde. Dabei blieben jedoch die pragmatischen Besonderheiten der Wahrnehmungsfähigkeit des sensorischen Apparates auf der Strecke.

Der Philosoph und Begründer der Semiotik Charles Morris nahm jedoch auf eben diese Besonderheiten, sogar vor Shannon Rücksicht, und leistete wertvolle Vorarbeit, indem er den shannon’schen En – bzw. Dekodierungsprozess als allgemein gültig, geringer bewertete und darauf aufmerksam machte, das den Zeichen vom Empfänger erst eine Bedeutung bei gemessen werden muss. Zu dem besteht die Möglichkeit, dass der Kommunikationspartner als Sender auftritt ohne dies zu beabsichtigen. Der Empfänger also eine Nachricht erhält, weil er etwas für

---

18 ebd., S. 359.
19 ebd., .S. 349.
20 ebd., S.348ff.

ein Anzeichen einer Nachricht wertet, und somit für sich eine Mitteilung des Kontaktpartners generiert.

Der Sprachtheoretikers und Philosophen H. Paul Grice differenzierte diese Vorstellungen in seiner Relevanztheorie aus. Er geht davon aus, dass die Signifikationen von „Quantity, Quality, Relation und Manner“ mindestens für die Annahme und Aufnahme von Kommunikation gegeben sein müssen. Diese bildete die Grundlage für Wilson und Sperber. In dem sie davon ausgingen das es in der Humankommunikation einen zweiten Modus, neben dem eindimensionalen des shannon'schen Modell gibt, der bis jetzt weitestgehend vorborgen geblieben sei.

> „Zentrales Kennzeichen“ dieser „menschlichen Verständigung“ ist die Nicht-Beziehung „zwischen Zeichen und Bezeichnetem“ resultierend aus keiner „semantischen Konvention“. [21]

In eine ganz andere Kategorie gesellt sich der Bildhaftigkeitseffekt, der sich durch die Erkenntnis charakterisiert, „dass Bilder besser behalten werden als Worte“. Die Spezifität des Fernsehens, dass es durch zwei Kanäle – Augen und Ohren – konsumiert wird, lässt die Vermutung zu dass ein anderer Verarbeitungsmodus am Werk ist. Die Vermutungen gehen zu einem „dual – coding“, bei dem die Bilder an zwei Orten des Gehirnes gespeichert werden, und dadurch besser erinnert werden. Da sie jedoch auch mehr Informationen enthalten, kann das ebenfalls geschehen. Die größere Aufmerksamkeit, die ihnen zukommt, soll gleiches bewirken. Am wahrscheinlichsten ist, dass einfach die Zugriffsmöglichkeit auf den Speicherplatz der Bilder leichter ist.[22] Um einen Speicherplatz zu belegen reicht die kurze Betrachtung von 250 millisec. einer Person aus. Die Erfahrung die wir aus dem Speicher – Bild erhalten, kann als gleichwertig mit derjenigen nach beliebiger Betrachtung eingeschätzt werden.[23]

Attributiertes Verhalten

Heißt, dass aufgrund bewusster oder unbewusster Folgerungen, werden die Glaubwürdigkeit, Intentionen und mögliche Verhaltensweisen einer Person eingeschätzt. Die Prägung dieser Einschätzungen erfolgt in einem Augenblick, der nicht mal so lange zu sein braucht. Dieser Ansatz untersucht, „ob und wie aus der Beobachtung des Verhaltens anderer Menschen auf deren Eigenschaften“[24] zu schließen ist. Zuschreibungen sind eine wesentliche Komponente der Kommunikation. Die Festlegung des Gegenübers im eigenen Kopf auf bewertende Attribute und soziale Merkmale, wie Geschlecht, Milieu oder Berufsstand erleichtern den Umgang mit dem an sich Fremden. Kommunikation wird, da nun auch gemeinsame Anknüpfungspunkte vorhanden sind, so erst möglich gemacht. Die artikulierten Gedankengänge des Gegenübers sind vorstellbar und dem Sinn nach zu verstehen.

Viele Gründzüge der Theorie der Stereotypbildung wurden bereits durch den Soziologen Walter Lippman in seinem 1922 erschienen Buch Public Opinion,

---

21 Frey, S.53ff. und 74ff.
22 Kepplinger, in: Fischer S.339f.
23 Frey,S.135ff.
24 Kamps, S. 170.

beschrieben. An der Genesis und Konservierung der Stereotypen ist regulär die visuelle Komponente der Informationsverarbeitung stark beteiligt. Zu der unreflektierten, stereotypisierenden Art der Rezeption führte gerade das Bewegtbild die Vorhut an, da sie den Empfänger zu geistiger Passivität verleiten. Außerdem besitzt das Medium der Bewegtbilder eine Dominanz, die selbst dann noch bestimmend ist, wenn bereits ein anderes konsumiert wird. Die einmal visuell geschaffenen Vorstellungswelten übernehmen jede andere Form der Imagination und bestimmen sie maßgebend.

Kernthese Lippmanns war jedoch die Vorstellung, dass „Stereotype" maßgeblich „das Handeln der Individuen steure", sowie die „affektive Einstellung der Menschen zueinander präge". Mit diesen Aussagen traf er nicht nur den Nerv der Zeit, sondern befand sich mit ihnen direkt in einem sozialwissenschaftlichen Diskurs, der schon seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts davon ausging, dass Menschen ihre „soziale Realität" durch „unmittelbare Handlungsleitlinien", deren Verankerung auf Klischees beruhte, mental konstruieren. [25] Trotz dieser sehr frühen Theorien über die Wirkung von visuellen Stimuli auf Rezipienten, wurde dieser Forschungsbereich ausgeklammert und sich recht bald auf die verbale Konditionierung festgelegt.

Die Antwort auf die Frage, warum die Bedeutung der nonverbalen Kommunikation für die Vorurteilsbildung so lange vernachlässig wurde, findet sich in der geisteswissenschaftlichen Tradition selber. Selbst die Psychologie war noch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein geprägt von der Vorstellung, wie sie schon Aristoteles in seinem Buch Physiognomika schrieb, dass die Entschlüsselung der „Körpersprache" des Menschen geradezu einen Schließmechanismus zu seinen inneren Bewegungen darstelle, zu dem nur der Schlüssel zu suchen sei. Das „menschliche Erscheinungsbild" ist der „Spiegel der Seele". Aus diesem Grund beschäftigte sich ausnahmslos die Psychodiagnostik mit der „nonverbale Verhaltenslehre". Seit der griechischen Antike war sie so in ihrem Gegenstand aber nicht vom Fleck gekommen.

Denkanstösse, die in eine andere Richtung hätten lenken können, gab es ausreichende, doch wurden sie nie ernst genommen worden. Schon lange vor Walter Lippmann hatte der „Inhaber des ersten Lehrstuhls für Experimentalphysik in Deutschland, Georg Christoph Lichtenberg" aus Göttingen von einem sich „spontan und autonom" „speisenden" Automatismus „der unwillkürlichen Eigenschaftszuschreibung" gesprochen, der nicht zur „Wahrheit", sondern zum „Vorurteil" führe. Diese Vorstellung stand jedoch in einem totalen Gegensatz zu der vorherrschenden Meinung, in weiten Teilen der wissenschaftlichen Intelligenz und der Bevölkerung. Goethe und Lavater hatten in einer Zusammenarbeit eine Buch veröffentlicht, dass zum Inhalt die physiognomische Charakterdeutung hatte.

Als Lavater'scher Opus hatte es eine Manie des „Physiognomierens" zur Folge. Der Aufsatz des bekannten Physikers Lichtenberg hatte aber genau in erkenntnistheoretischer Hinsicht, einen großen Erfolg zu verbuchen, dann nach seinem Erscheinen, verschwand diese Manie so schnell wie sie gekommen war. Auch Kant, der sich gut 20 Jahre später noch einmal damit beschäftigte, konnte nur feststellen, dass die „Ausspähkunst" gänzlich verschunden sei. Auf jeden Fall

[25] Siegfried, Frey, S.21ff.

hatte er einen Wandel bewirkt, durch den vom Aussehen, nicht mehr auf psychologische Befunde und Charaktereigenschaften geschlossen wurde. [26] Ein Zitat seiner Person wurde sogar zum geflügelten Wort:

> „Die unterhaltenste Fläche auf der Erde für uns ist die vom menschlichen Gesicht.“ [27]

Diese Aussage stellte einen grundlegender Perspektivenwechsel dar, da nicht mehr von der „informativsten“ Fläche gesprochen wurde. Auch der Physiker Hermann von Helmholtz hatte in seinen Erforschungen zur psychologischen Arbeitsweise des „optischen Apparates“ geäußert, dass der Anblick einen unwillkürlichen Deutungsprozess der spontanen Eigenschaftszuschreibung – wie Charakter, Stimmung und Neigungen – verursache, bei dem eine gefühlsmassige Haltung zum Gegenüber generiert werde. Da sie nicht rational begründbar sei, deshalb auch sehr widerstandsfähig gegen sachliche Kritik.[28]

Zu mal der Grund, das Menschen versuchen das Verhalten anderer als kausal zu erklären auch nicht außer acht gelassen werden darf. Der Sinn hierfür ist leicht zu finden, versuchen Menschen doch durch den kausalen Zusammenhang Verhaltensweisen nachzuweisen und zu erklären, um damit mögliches Verhalten in der Zukunft vorauszusagen und zu kontrollieren. Gerade in Hinsicht auf die Politik ist dieses Vorgehen verständlich zu erklären. Der Zuschauer versucht den Politiker, den Vertreter seiner Rechte, z.B. in Hinsicht auf den Wahrheitsgehalt seiner zukünftigen Möglichkeiten auf Arbeit und damit seiner Existenz einzuschätzen, wirkt ein Politiker als könnte er dieser Verantwortung nicht nachkommen und schreibt ihm der Zuschauer nicht die entsprechenden Attribute zu, sieht es für diesen düster aus in den Wahlkabinen. Aber gerade an dieser Stelle ist zu beachten, dass es zu Zuschreibungsfehlern kommen kann, da die komplette Situation während einer Aufnahme nicht erkannt wird. Zum einem die Situation die ich auch als medienspezifisch beschreiben wurde, und den Prozess der Realitätskonstruktion in den Medien beschreibt. Dazu in dem Teil der Arbeit zur Bedeutung des Fernsehens mehr. Zum zweiten der intrapersonelle Aspekt, der den Zuschreibungsprozess der Rezipienten meint.

Das Verhalten einer dargestellten Person wird dabei entweder auf dessen Disposition oder auf Aspekte der Situation durch den Zuschauer zurückgeführt. Die Eigenschaften der Akteure, wie seine Fähigkeiten und Motivationen werden dabei bewertet. Die Absicht und die Anstrengung zur Verwirklichung des Zieles bilden ausschlaggebende Punkte, kann der Akteur sich hier als glaubwürdig erweisen, ist ihm eine positive Bewertung sicher. Außerdem spielen auch Aspekte einer Situation, wie Schwierigkeiten und Zufall bei der Bewältigung eine Rolle. Besitzen die Zuschauer eines Beitrages keine Kenntnisse von den medien- und interaktionsspezifischen Handlungsweisen, so erfolgt eine Zuschreibung in den größten Teilen an die Person der Darstellung.[29]

---

26 Frey, S. 33ff.
27 Lichtenberg, um 1778 formuliert, in: Frey, S.40.
28 Frey, S. 43ff.
29 Kepplinger, in: Fischer S. 363f.

Politische Kommunikation und nonverbale Argumentation

Politische Kommunikation heißt die Vermittlung von Informationen über politisch relevante Themen. Persuasive Kommunikation bedeutet die beabsichtigte oder bewirkte Überzeugung des Adressaten der Mitteilung. Politische Kommunikation wirkt somit immer wieder persuasiv. Da auch davon auszugehen ist, obwohl es das „Idealbild des herrschaftsfreien Diskurses“ nach Jürgen Habermas gibt, das Diskussionen im Fernsehen und -berichten nicht unabhängig von Macht – und Wirkungsfaktoren ablaufen. Die Teilnehmer derartiger Darstellungen üben politische Macht aus oder kontrollieren diese.[30] Diese Macht wollen sie erhalten, oder ausbauen, wofür sie Unterstützung und Zustimmung benötigen. Nonverbale Kommunikation dient der Verbesserung der Argumentationslage auf rhetorische Art, denn über nonverbale Verhaltensweisen kann ausgesagt werden, dass sie nicht oder nur unterbewusst kontrolliert werden können, was aber viel weniger für Gesten gilt, die wir zur Betonung der Sprache einsetzen.

So können Politiker ihr nonverbales Verhalten zur Selbstdarstellung einsetzen, indem sie ihre sprachlichen Aussagen durch nonverbale Argumentationen sinnvoll ergänzen. Sie können damit die Vorstellungskraft des Rezipienten aktivieren und mobilisieren, und bestimmten Argumenten einen imaginativen Persuasionswert zuweisen. Der Zuschauer reagiert beim Rezipieren besonders mit Emotionen auf derartige Darlegungen. Durch Emotionen erfolgt aber eben auch die Zuschreibung von Zustimmung. Im Sinne der Alten und Neuen Rhetorik ist das bessere Argument, das welches plausibler ist, also die größere Zustimmung erhält. Viele Zuschauer sehen dieses Verhalten als eines der wichtigsten Bewertungskriterien an, hinsichtlich der Bedeutung als Bild, d.h. ihre realistische Wahrnehmung, hinsichtlich der besseren Beobachtung durch den Rezipienten, aufgrund der Situation des Fernsehschauens. [31]

Bedeutung des Fernsehens

1952 hatte man sich die Frage der Wirkung von Bildern, und besonders von Fernsehbildern auf den Rezipienten noch nicht gestellt. Obwohl auch zu der Zeit schon unglaubliche Reaktionen zu bemerken waren. Allgemein war die Meinung in den Expertenkreisen vorherrschend, dass „(das) Fernsehen (....) zu einem der bedeutendsten Hilfsmitteln der Selbstregierung avancieren [könne], das jemals entwickelt worden ist.“ Außerdem habe es die Möglichkeit den „Kandidaten“ zu zeigen, wie er „wirklich“ ist, was „ein mehr durchdachtes Wahlverhalten“ der BürgerInnen bewirken sollte.

Die Auswahl der kommenden politischen Führungskräfte sollten dadurch verbessert werden. Die Urteilsfähigkeit und politische Autonomie der Citoyen würde in einem bis dato unbekannten Ausmaß einen qualitativen Sprung erleben. Zu dieser Zeit wurde die Funktion des Fernsehens als politisches Medium festgelegt, und damit auch seine bildungsrelevanten Inhalte.[32]

In der weiteren Zukunft und heutigen Gegenwart erlangt das Medium eine Bedeutung als am intensivsten – genutzten. Es stellt das beliebteste

---

30 Lotte Weinrich, S.35.

31 Kamps, S.169. , sowie Lotte Weinrich S. 35 und 100.

32 aus Popular Science, in: Frey S.31.

Freizeitmedium dar, und hat somit einen großen Unterhaltungswert. Es ist fast zu einhundert Prozent verbreitet und gilt als besonders glaubwürdig. Dabei reicht die individuelle Nutzung von wenigen Minuten bis dreizehn Stunden täglich. Aus diesen Daten kann eine „tiefgreifende Prägung“ für den Einzelnen vermutet werden. Über seinen soziologischen Charakter wird jedoch noch diskutiert, unbestritten ist aber seine Wirkung auf politische Prozesse. Hier stellt sich hingegen die Frage welche Wirkung das Fernsehen erzielt.[33]

Die Annahme von 1952, die damals weitestgehend ungeprüft übernommen wurde, findet auch heute noch Anwendung, denn von der zentralen Rolle bei der Vermittlung von politischen Informationen wird immer noch ausgegangen[34], jedoch finden sich hierfür jetzt auch Nachweise, wie das „etwa zweidrittel der Bevölkerung westlicher Industrieländer“ davon überzeigt sind, dass das „Fernsehen und insbesondere die Fernsehnachrichten die wichtigste politische Nachrichtenquelle“ sind[35], sowie dass „Medien einen bemerkenswerten Einfluss haben, welche Missstände die Bevölkerung als Problem betrachtet und wie sie öffentliche Meinung wahrnimmt“.[36] Die Fernsehnachrichten dienen den meisten Wählern als Orientierungshilfe.[37]

Die mechanischen Effekte der Politics

Die Vermutung der Wirksamkeit von massenmedial verbreiteten Informationen von 1952 führte unter anderem auch zu einer Mediatisierung des politischen Prozesses, in dem aufgrund seiner technischen Besonderheiten ein strategisches Kommunikationsmanagement besonderen Einfluss nimmt. Die Folge sind die Inszenierung von politischen Aktivitäten, die Darstellung von Politik als personenorientiertes Showgeschäft sowie die Herstellung eines informativen Angebotes für bestimmte soziale Gruppen. Die Konzentration auf diese Strategien bedeutet eine Reduzierung der politischen Kommunikation auf ein überschaubares Maß. Durch die symbolischen Darstellungen werden jedoch auch politische Problemlösungswege ersetzt.[38] Einher mit dieser Darstellung geht auch ein „Realitätskonstruktionsprozess“. Den Zuschauern bleiben die Formalien der „Symbiose“ zwischen Medien und Politik unbekannt, und damit auch „die wechselseitigen Abhängigkeiten“ die zu der Generierung einer „Medienwirklichkeit“ beitragen Kennzeichen dieser medialen Welt ist die Darstellung von einseitigen Wahrheiten, da Politik nur wenige visuelle Dimensionen besitzt, während sich das Medium Fernsehen geradezu einen Visualisierungszwang auferlegt hatte. Das abstrakte Geschehen Politik muss vereinfacht werden, denn Demokratie lässt sich nicht filmen.

So wird nur ein geringes Themenspektrum bearbeitend, längst nicht alle Positionen und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, und da von Aktualität und Ungewöhnlichkeit abhängig, werden nur bestimmte Sachverhalte zu bestimmten Zeitpunkten öffentlich dargelegt. Wie Neil Postmann bereits feststellte, „werden politische Entscheidungsprozesse auf ein unzulängliches, aber emotional befriedigendes Niveau simplifiziert“.

---

33 Kamps S.141ff.
34 Kamps, S.142, auch Fußnote 138.
35 Kamps, S. 149.
36 Kepplinger, in: politische Demokratie S. 362.
37 Ebd, S. 366.
38 Kamps, S.74ff.

Gekennzeichnet werden die Zwänge durch Symbole für politisches Handeln wie die sogenannte „Pseudoereignisse“ oder auch Rituale, wie die täglichen Nachrichtensendungen der z.B. Tagesschau. Bei ersteren ist die Ursache beim reziproken Effekt zu suchen, denn die Pseudoereignisse dienen einzig der Medienberichterstattung. Vormals hatte die Szenen eine andere Bedeutung, die Chance auf einen Medienauftritt hat das Ereignis jedoch sensationell verändert. [39]

Allgemein weist die Symbolhaftigkeit der Fernsehnachrichten einen Homogenisierungs-Effekt nach, der sich durch eine hohe, künstliche Dramatik auszeichnet, eine einfache Strukturierung sowie mit Protagonisten, die klare Positionen vertreten. Die ökonomischen und technischen Rahmenbedingungen des Fernsehens, sowie die Anforderung der Rezipienten an überschaubare Informationen, sowohl kognitiv als auch emotional, lassen den Mediator die politische Komplexität reduzieren. Die Politik hat sich aus diesem Grund der Eigenheiten des Mediums angepasst, und versucht Informationen zu liefern, die möglichst nicht mehr durch den Mediator verändert werden müssen. Der Zwang zur Visualisierung lässt das Fernsehen sehr anfällig werden für ausgesuchte Bilder.

> „Fernsehen besitzt einen visuellen Schwerpunkt, eine Zentrifugalkraft um das Bildhafte“.[40]

Eine zweite Strategie ist die Rekrutierung und Vorbereitung des politischen Akteurs auf die darzustellende Politik. Aufnahmesituationen sind sehr günstig zu inszenieren. Die Anpassung an das starre Sendeschema des Mediums lässt eine optimale zeitliche Kalkulierung zu.[41]

Es ist zu bezweifeln ob die politische Fernsehberichterstattung die Machtverhältnisse in einer parlamentarischen – pluralistischen Regierung realitätsgetreue darstellt[42] oder ob die Darstellungen nicht die polarisierten Konfliktsituationen zwischen den Politikern wieder spiegeln, sowie das Spannungsverhältnis zwischen Kommunikatoren und Mediatoren.

Wirkung von Fernsehnachrichten

Auch Winfried Schulze hatte schon bemerkt, dass die „Wirkungen von Medien“ eher bei der „Beurteilungen und Einstellungen zu Personen als zu Sachverhalten“ eintreten. Für die Wahlentscheidung des Rezipienten ist die Person des Kandidaten wichtiger als die Parteizugehörigkeit oder die vertretene Sachposition. Die rationale Auseinandersetzung komplexer politischer Sachverhalte wird verkürzt auf die Beurteilung von „Persönlichkeiten“. [43] „Die Auswahl der Fotos besaß in der Regel, einen größeren Einfluss auf die Wahrnehmung von Eigenschaften der Politiker als die Einstellung der Betrachter.“ [44]

---

39 Kamps, S. 75ff, S.156ff.
40 Kamps, S. 160.
41 Kamps S. 151, S. 155,
42 Kepplinger, in: politische Demokratie S. 363ff. und Kamps S. 148.
43 Frey, S.95ff.
44 Kepplinger, in: Fischer, S.345.

Auch bei der Analyse der Wirkungen kann in Studien nach medienspezifischen Darstellungsweisen, und damit Beeinflussungsweisen unterschieden werden, sowie den interpersonellen von Zuschauer und Akteur. Die Auswirkungen von Film- und Darstellungstechniken sind bisher mehr spekulativ als systematisch analysiert und gehen auf die intuitiven Vorstellungen des Filmtheoretikers und Regisseurs Eisenstein zurück. Es wird jedoch allgemein angenommen, dass Menschen durch Kameraeinstellungen und Winkel anders bewertend wahrgenommen werden, und diese Formalitäten somit auch wirken. Mehr als die Hälfte von befragten Kameraleuten hielt diese Wirkungsmöglichkeit für realistisch das Erscheinungsbild der Person bewertend darzustellen und außerdem nonverbale Stimuli hervorzuheben. [45]

Nonverbales Verhalten beeinflusst ja besonders wie Politiker „ankommen", d.h. ob sie als sympathisch, durchsetzungsfähig oder glaubhaft gelten. Der Kontrast – Effekt der mit der Präsentation einer Person einher gehen kann, verdeutlicht am besten wie undefiniert die Bedeutung von nonverbalem Verhalten doch ist. Das soziale Verhalten von Personen erscheint viel positiver, wenn der Gesprächspartner aggressiv ist, als wenn er defensiv ist. Genauso scheint es viel negativer, wenn der Gesprächspartner defensiv ist, als wenn er ebenfalls aggressiv ist. Außerdem vermitteln die sich defensiv verhaltenden Personen einen positiven Eindruck von ihrem sozialen Verhalten, jedoch einen negativen von Qualifikation und Durchsetzungsvermögen. Das nonverbale Verhalten eines Politikers ist also nicht nur diese wohl definierten Stimuli, wie im Teil zur nonverbalen Argumentation beschreiben wurde, denn die Körpersprache kann ihre Wirkung unabhängig vom Verhalten des Gesprächpartners entfalten. Die Wirkung der Körpersprache kann einen Einfluss haben, der sich in der Intensivierung oder Abschwächung von Eindrücken absetzt. [46]

Klaus Merten ist in einer seiner Studien zu dem Ergebnis gekommen, dass eine positive Beurteilung nicht durch dargestellte Fairness, sondern durch Macht hervorgerufen wird. Die Medien erlauben gerade zu, durch die Konstruktion ihrer Wirklichkeit, dass Verhaltensweisen, in Strategien optimiert, eine Realität aufzeigen, die wenig mit den Normen von Ethik oder Wahrheit verbunden sind, sondern mit der Darstellung von Erfolg.[47]

Auch bei der Wirkung der Kameraperspektive kann ein Kontrast – Effekt entstehen. Ähnlich wie schon bei der Wahrnehmung des positiven, sozialen Verhaltens, jedoch nicht zwischen zwei Personen, sondern auf die Wahrnehmung von gegensätzlichen Haltungen einer Person bezogen. Der Aufnahmewinkel verstärkt jeweils die Eigenschaften von friedlich bis aggressiv, konträr zu den Eigenschaften angespannt – entspannt einer Person. Dabei besitzt die Vogelsperspektive einen größeren Einfluss, als die Froschperspektive bei gleicher Entfernung.[48] Zu beachten ist jedoch das die Wirkung des Beitrages auch alleine durch das reale Verhalten entstehen kann, nicht nur, wie es dargestellt wird.[49] Eine Begründung des Effektes lässt sich in der kognitiven Wahrnehmung feststellen, denn die Eigenschaften einer Person werden im Allgemeinen relativ

---

45 Kamps, S.169.
46 Kepplinger, in: Fischer S. 350f.
47 Kamps, S.169.
48 ebd. S. 354.
49 Frey, S.82.

polarisierend bemerkt. In der Gesamteinschätzung einer Person durch Rezipienten findet sich jedoch eine erstaunliche Kohärenz der Wahrnehmung.[50]

An dieser Stelle spielt die Prädispositionen des Rezipienten, eine entscheidende Rolle. Die Kameraperspektiven beeinflussen die Anhänger stärker als die Gegner, für die Wahrnehmung positiver und negativer Eindrücke. Auch auf die Darstellung von Emotionen reagieren die Anhänger eines Politikers / Partei stärker als die Gegner.[51]

Zur Frage der Wirkungsqualität ist besonders wichtig, wie sich die Rezipienten an die Information erinnern können. Die Erkenntnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen. Die meisten Meldungen wurden schnell wieder vergessen, wenn sich an Beiträge erinnert werden konnte, wurden sie falsch verstanden Es gibt kein Muster der Erinnerung, einige können sich an Details erinnern, andere an Bruchstücke der Fernsehnachricht. Trotz hoher Aufmerksamkeit steht die geringe Informationsvermittlung in keinem Verhältnis.[52]

Die Platzierung eines Beitrages hat mehrere Wirkungen zum einem auf die Erinnerbarkeit. Rezipienten erinnern sich besser an Beiträge am Anfang und Ende einer Sendung, und dabei besonders gut an die am Schluss, sind Themen gemischt kann sich ebenfalls besser erinnert werden. An Beiträge nach erregenden Stellen kann sich schlecht erinnert werden. Das ist eine weitere Wirkung, die außerdem auch mit einem Kontrast – Effekt einhergehen kann. Das in einem wertenden negativen Zusammenhang eine positive Nachricht eine größere emotionale Reaktion hervorruft, genauso analog mit positivem Kontext und negativer Nachricht. Der negative Zusammenhang besitzt aber stärkere Wirkung als der positive.

Auch ist die Wirkung des kommenden Beitrages größer als die des vergangenen. Dieses Phänomen wird auch als Rückwärtsmaskierungseffekt von mir bezeichnet. Besondere Bedeutung kommt ihm bei den Realitätsvorstellungen der Rezipienten zu. Da dramatische Berichte besser erinnert werden, kommt ihnen auch eine größere Bedeutung zu. Gefahren können so potenziell überschätzt werden.[53]

Politikern wird im Gegensatz zu anderen Fachleuten, oftmals ihre Kompetenz abgesprochen[54]. In diesem Zusammenhang wird die Strategie des Priming angewendet. Ein Sachverhalt wird als Problem dargestellt und eine Partei oder eher noch ein Politiker wird zur Problemlösung angeboten. Dabei ist es wichtig das Politikfeld in dem sie als kompetent gelten in den Mittelpunkt zu rücken. Konzepte zur Lösung werden entwickelt, wodurch das Thema in den Mittelpunkt der persuasiven politischen Kommunikation rückt. Im Fernsehen und besonders in der Nachrichtenberichterstattung wird dazu informiert. Die wichtige Rolle, welche die Fernsehberichterstattung einnimmt und ihr zugeschrieben wird, habe ich ja schon im Weiteren geklärt. Die kurzzeitigen Darstellungen prägen im Besonderen die Images und damit die Emotionalität die Zuschauer einem Politiker entgegenbringen.

---

50 Frey, S. 115, S.121f.
51 Kepplinger, in: Fischer, S.354.
52 Kamps, S.
53 Kepplinger, in: Fischer S.361f. sowie 357f.
54 Kamps S. 83.

Bewertungen werden auch durch die Darstellung eines Publikums ausgelöst. Es wird als Indikator herangezogen, dabei ist ausschlaggebend, ob es gelangweilt oder interessiert für den Zuschauer wirkt. Die Wahrnehmung der Rede wird viel stärker in den Vordergrund gerückt, als der eigentlichen Zuträger der Information.[55]

Die bisherigen Befunde der Forschung zu Mimik, Gestik und Verhaltensweisen von Politikern, sagen in großer Übereinstimmung aus, dass diese Stimuli zu emotionalen Reaktionen bei Fernsehzuschauern führen, und auch ihre Haltung gegenüber diesen Personen beeinflussen. Psychophysiologische Messungen stellen bei der Betrachtung von Fernseher vermittelten Gesichtsausdrücken emotionale Erregungsmuster fest. Alleine der „Anblick einer Stimulusperson" bewirkt „zum Teil [eine] sehr ausgeprägte Erregung im epidermalen", elektrokardikalen und respiratorischen Systems. Anfang als auch Dauer und Ausmaß variiert sehr stark, und sind zudem sehr personenabhängig, sowohl seitens des Stimulus als auch seitens der Rezeption.[56]

Die Meinung eines Rezipienten gegenüber einem Politiker wird mit seinem Auftreten begründet, und weniger seinen Argumenten. In diesem Zusammenhang kann unter Umständen eine Teflon – Effekt verursacht werden. Ein bestimmter politischer Akteur erhält mehr Sympathie und Nachsicht durch die Zuschauer, als ein gleichrangiger der weniger nonverbales Charisma hat.[57] Das Charisma äußert sich auch in der physischen Attraktivität und wird als What – is – beautiful – is – good – Phänomen benannt. Mit der äußeren positiven Bewertung werden gleichzeitig der Person soziale Kompetenzen zugeschrieben, in der Politik ist das besonders für Männer von Vorteil. [58]

„Die dauerhaften Vorstellungen" und „attributierte Verhaltensweisen"[59] besitzen dabei eine sehr unterschiedliche Dauer und Wirkung. Die Darstellung von

- Positive Äußerungen positiv bewerteter Politiker zu negativen Sachverhalten bewirkt eine Annäherung in der Bewertung von Politikern und Sachverhalten.
- Negative Urteile werden durch belegende optische Aussagen verstärkt, persönliche Stellungnahmen schwächen sie ab.
- Positiven Informationen rufen günstige Eindrücke hervor, die durch anschleißende Negativ – Informationen stärker abgeschwächt werden, als die, durch negative Informationen hervorgerufenen, ungünstigen Eindrücke, durch anschließende Positiv – Informationen.
- Langfristig verschlechtern sich verbesserte Eindrücke wieder.
- Langfristig bleiben ungünstige Eindrücke erhalten.[60]

Die hohe Systematik der Gestaltung der Medienbeiträge spiegelt den Rang des Politikers in seinem jeweiligen politischen System wieder. Dabei werden die Machtverhältnisse, welche die jeweilige Verfassung der Länder vorgibt, reflektiert. Dieser realitätskonstruktive Aspekt wird von mir als Spiegel – Effekt

55 Kepplinger, in: Fischer S.361.
56 Kamps, S.167, siehe Fußnoten 153, 154, Frey zu der Auswertung seiner Studie S. 123ff.
57 Frey, S. 97.
58 Kamps, S.171.
59 Kepplinger, in: politische Demokratie S. 366.
60 Kepplinger, in: Fischer S. 354.

bezeichnet. Es ist davon auszugehen das der Effekt den wenigsten Nachrichtenredakteuren voll bewusst ist, was in unter Umständen noch verstärkt[61]

> „Solange die optische Darstellbarkeit wichtigstes Kriterium ist, bleibt zu bezweifeln, ob sich das Fernsehen für einen tiefer gehenden politischen Diskurs eignet.“[62]

Literaturverzeichnis

Hans Mathias Kepplinger, Nonverbale Kommunikation: Darstellungseffekte, Frankfurt am Main 1994, in: Elisabth Noelle – Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke (Hrsg.), Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, S. 337 – 365.

Hans Mathias Kepplinger, Politische Kommunikation als Persuasion, in: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer (Hrsg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Wiesbaden 1998, S.362-367.

Klaus Kamps, Politik in Fernsehnachrichten, Struktur und Präsentation internationaler Ereignisse – Ein Vergleich, Baden – Baden 1999, in: Düsseldorfer Kommunikations- und Medienwissenschaftlichen Studien, Bd.3.

Lotte Weinrich, Verbale und nonverbale Strategien in Fernsehgesprächen, Eine explorative Studie, Tübingen 1992. in: Medien in Forschung + Unterricht : Serie A, Band 36.

Siegfried Frey, Die Macht des Bildes, Der Einfluss der nonverbalen Kommunikation auf Kultur und Politik, Bern, Göttingen, Toronto, Seattle 1999.

Winfried Schulze, Inhaltsanalyse, Frankfurt am Main 1994, in: Elisabeth Noelle – Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke (Hrsg.), Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation.

61 Frey. S. 107.

62 Kamps.

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Thüringen im Nationalsozialismus – Die Ära Frick

Beginnend sind die Forderungen Fricks im Reichstag 1928. Einmal war er für die Einführung der Todesstrafe für Vergehen gegen den Volkskörper, die Konstruktion des Landesverrates zum Volksverrat, die Ausschaltung von Juden (damals nur als Rechtsanwälte und –beamte tätig), die Sterilisation von Verbrechern und die angekündigte Todesstrafe für politische Gegner.

Regierungsbildung in Thüringen

Thüringen war zu Beginn der zwanziger Jahre ein Zentrum der völkischen Bewegung. Nach dem Mordanschlag auf Rathenau wurden viele von der SPD-Landesregierung verboten. Durch die Landtagswahlen im Februar 1924 erreichten die bürgerlichen Parteien den Wahlsieg, es gab aber fehlende Stimmen für die Regierungsbildung. Von der völkisch-sozialen Liste mit dem Namen „Vereinte Völkische“ erhielt der „Ordnungsblock“ die notwendigen für eine Mehrheit. Die als erstes die Aufhebung der Verbotsverfügung für völkische Parteien erließ. Dadurch wurde auch die NSDAP in Thüringen 1924 wieder legal. Aber der innere Konflikt zwischen zwei Strömungen wirkte auf die völkische Bewegung ein. Die Dinter-Streicher-Sauckel-Gruppe bayr. Ausrichtung, die der norddeutschen Ausrichtung mit dem Zentrum in Erfurt mit den Vertretern Pölkow und Jakobsböttcher fanden Ausdruck in den Rivalitäten zwischen Nationalsozialismus, den Anhängern der DVFP und in den Flügelkämpfen der NSDAP. Hier triumphierte die süddeutsche Gruppe, wodurch die Grundlage für den Regierungseintritt Sauckels, und dann später von Frick und Marschler geschaffen wurde

Diese völkische Tradition, sowie die wachsenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, ermöglichten eine politische Blockbildung, deren Ursachen in der Zersplitterung des bürgerlichen Lagers durch wirtschaftliche Sonderinteressen, sowie dem Verhalten der WählerInnen zu suchen ist, die den Taktiken und dem Lavieren der parlamentarischen Vertreter um Potential, ärgerlich und mit Unverständnis gegenüberstanden.

Was heißt politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten?

Die völkische Liste, in der auch Nationalsozialisten waren, erhielt bereits 10.02.1924 7 Mandate, unter der Führung Arthur Dinters (Verfasser antisemitischer Romane und beim Jungdeutschen Orden), Sauckel von Hitler beauftragt, den Ausbau der Partei zu organisieren. Im August 1924 Tagung der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands, sie sollte die inneren Annäherung aller Anhänger bringen. Bis 1926 entstanden 82 Ortsvereine, indem Splittergruppen der Völkischen nach und nach aufgezogen wurden. Im Jahr 1926 gab es einen Parteitag der NSDAP in Weimar, dort fand „ein in Szene setzen statt“. Kennzeichnend für die NS-Propagandapolitik war, dass es keine öffentlichen Debatten gab, Proklamation der Führungskräfte vor applaudierender Kulisse, Szenische Selbstdarstellung, Kampfansagen wurden formuliert: „An der Stelle, wo Ebert saß, sitz und steht heute Adolf Hitler.“. Allerdings erhielt die Partei am 30.01.1927 jedoch nur 2 von 56 Mandaten.

Die Schwierigkeiten der Parlamentsarbeit in Thüringen, verursacht durch das Ende der relativen Stabilität der Weimarer Republik erfolgten in der

Wirtschaftskrise. Die politische Verschärfung wegen der Finanzlage, die von einem 20 Mill.- Finanzloch bestimmt wurde, dadurch Auseinandersetzungen um Bewältigung im Sommer 1928. Die Lösung lag in einem Personalwechsel. Es bewirkte aber keine Lösung des Problems. Im Weiteren der Rücktritt des Finanzministers, da keine Verständigung über Haushalts- und Steuerfragen im Mai 1929. Die Nationalsozialisten Dinter und Marschler hat ein unkalkulierbares Abstimmverhalten, was die Regierungsarbeit erschwerte. Zudem gab es Streit um den Young-Plan, obwohl keine Kompetenzen für diesen. Schließlich spaltete die Diskussion die Landesparteien, und bewirkte die Lähmung der notdürftig zusammengehaltenen Regierungskoalition, was auch an der legislativen Arbeit zu erkennen war. Es gab 15 Gesetzesvorlagen und ein Notgesetz, die verabschiedet wurden, ein Änderungsgesetz über Schulverwaltung und Schulgeld. Wohlfahrtspflegegesetz, Wegegesetz, Ausweg Auflösung des Landtages, und Neuwahlen am 08.12.1929.

Am 8.12.1929 fand die Wahl zum 5. Landtag statt. Die NSDAP erhielt 11,3% der Stimmen, so konnte eine Fraktion mit 6 Abgeordneten unter Führung des Gauleiters Sauckel im Landtag einziehen und zum Zünglein an der Waage werden. Das bedeutete einen deutlichen Rechtsruck, sprunghaften Anstieg und Verdreifachung ihrer Kräfte. Die SPD und KPD erhielten zusammen 24 Mandate. Die Bürgerlichen 23 Mandate, die mit der NSDAP eine eindeutige Mehrheit hatten. Eine Große Koalition war nicht möglich, da die LB, DNVP und WP konsequent antimarxistische eingestellt waren. So traten diese schon wenig später an Sauckel heran, und dieser wurde Mittler zwischen Hitler und dem bürgerlichen Lager. Hitler. hatte die günstige Lage früh erkannt, er kam zum ersten mal in die Lage als ernsthafter Verhandlungspartner aufzutreten und an einer Regierungsbildung beteiligt zu sein und die Sozialdemokraten aus einer Regierungsbeteiligung zu drängen. Er war im Gegensatz zu 1924 inzwischen auch bereit und strebte einen Eintritt in eine Landesregierung an. So schrieb Hitler am 02.02.1930 an einen Exildeutschen in Amerika und langjährigen Unterstützer und Freund:

dass sich „*eine Regierungsbildung ohne unser Mittun kurzerhand verbietet*“

und beschäftigte sich persönlich mit den Verhandlungen. Er wusste die Lage auszunutzen, nachdem dass bürgerliche Lage über Sauckel an ihn herangetreten war, versicherte er sofort seine Bereitschaft zu Verhandlungen und stellte einen Forderungskatalog vor. Die Koalitionsverhandlungen begannen am 17.Dezember, und sofort kursierten Gerüchte. Am 20. Dezember bestand allgemeines Übereinkommen welche Ministerien, aber nicht wer, vergeben wurde. Als Landtag am 7.Januar zusammentrat war, war die Frage immer noch ungeklärt. Hitler erschien am 10.Januar in Weimar. Es folgte die Benennung des Kandidaten Frick. Am 13.Januar stand fest: Frick Staatsminister, Übernahme des Innen- und Bildungsressorts, Marschler Staatsrat. Der mit der Androhung von Neuwahlen eine Entscheidung innerhalb von drei Tagen einforderte, aber Neuwahlen wären unter Umständen gar nicht so positiv verlaufen, Hitler schreib eine Woche später selbst an einen NS-Sympathisanten in Übersee:

„*manche Wähler vielleicht den Entschluss, uns das Vertrauen zu schenken, wieder bedauert“*

hätten. Es gab ein Treffen mit Vertretern thüringischer Wirtschafts- und Industrieverbänden im Weimarer Hotel „Königin Augusta“, was positiv verlief. Hitler Bedenken an Regierungsfähigkeit der NSDAP wurde zerstreut. Er beschwor aber die Gefahr eines Bürgerkrieges und die Abschaffung der Demokratie. Die Unternehmerschaft übte Druck auf die DVP aus, die Regierungsbeteiligung nicht länger zu blockieren. Wie in Bayern oder Sachsen prägte sich eine Anziehungskraft der mittelständischen Industriekreise zur NSDAP früh aus. Der „Verband der Mitteldeutschen Industrie“ war seit 1923 von liberalen Positionen abgewichen und zum Träger völkisch-nationaler Ordnungspolitik geworden, seit 1929/30 befürworteten beide Verbände – der VThL und der VMI- eine Koalition mit der NSDAP. Mit diesen Kreisen sprach Hitler am 10.Januar in Weimar. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der thüringischen Zementindustrie Heinrich Bichmann war an Koalitionsverhandlungen beteiligt, und konnten Bedenken gegen das Wirtschaftsprogramm der NSDAP (das Motto „Kasernen statt Wohnungen“ zählte auch damals schon) ausräumen.

Die Vertreter der NSDAP stellte eine sehr große Zumutung für die Parteien dar. Frick war als

„*scharfer Gegner der Reichsregierung, insbesondere der DVP und ihres Führers Stresemann bekannt“,*

nach dem November-Putsch 1923 rechtskräftig verurteilt, Frick habe nach Hitler

„*alle übrigen Herren des Kabinetts an Fähigkeiten und Willensstärke turmhoch überrrag[t]“.*

Hitler kannte Frick seit 10 Jahren, als antiparlamentarischen Nationalsozialisten, mit seinem uneingeschränkten Gefolgschaftsverhältnis. Seit 1927/28 war er Fraktionsführer der NSDAP und beteiligte sich im Reichstag an der Unterhöhlung des parlamentarischen Systems. Er war

„ erst Deutscher, dann Beamter“

Für diese Begründung schrieb er in einem Brief. Er war

„ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großen Fachkenntnissen wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung“, kündigte an „Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers“, „mit rücksichtsloser Entschlossenheit eine Nationalisierung – auch des Schulwesens“, gegen die „verhängnisvolle Reichspolitik“

Am 23.01.1930 (zehn Tage später) wählte der Landtag die neue Regierung, mit Erwin Baum als Vorsitzenden (CNBL), Frick (NSDAP), Dr. Wilhelm Kästner (WP), Bauer (DVP), Franz Fürth (WP), Karl Kien (DNVP), Port (CNBL), Mackeldey (CNBL), Marschler (NSDAP)

Theoretisch hätte die Möglichkeit bestanden, dass sich die anderen Parteien gegen den Aufstieg der NSDAP verbündet hätten, wie sie es kurzfristig und widerwillig bei der Entlassung Fricks im April 1931 taten, als es bereits zu spät war. Die politische Stimmung und die Konstellationen im Lande machten einen solchen

Schritt im Januar 1930 jedoch unmöglich. Bei Regierungsantritt gab es eine wirtschaftlich-desolate Situation, die finanzielle Leistungskraft war unter dem Durchschnitt der Republik. Kulturell-traditionellen Aufgaben war nur schwer nachzukommen. An das Reich wurde ein Appell gerichtet für einen Finanzausgleich zu helfen. In dieser Periode wollten die Nationalsozialisten entscheiden, Politik mit gestalten. Ihr Einfluss im Landtag und in der Regierungsarbeit überstieg bei weitem ihre parlamentarische Stärke und war ausgerichtet,

„das parlamentarische Regierungssystem zu destabilisieren, das Parlament zu lähmen, es gegenüber der Regierung in die Defensive zu drängen."

Unter diesem Blickwinkel ist auch die Politik des Ministers Frick zu betrachten. Seine Außenpolitik betraf die Positionierung zum Young-Plan, zudem die schon vor seinem Amtsantritt in Thüringen aktive Agitation gegen die Außenpolitik der Weimarer Republik und als Vorsitzender in den Jahren 1929/1930 der 14-köpfigen Fraktion der NSDAP im Reichstag waren in Presseartikel und in Reden im Reichstag. Die Grundzüge für die Durchführung des Befreiungskampfes gegen die

„Erfüllungspolitik und „Young-Plan"

drohte er der amtierenden Regierung mit Staatsgerichtshof und dem Galgen Zitat:

„An den Galgen mit den Verbrechern, die uns seit zehn Jahren missregiert haben."

Am 29.Februar 1929 in einer Debatte zum Haushalt 1929 gab es nur eine milde Rüge des Reichstagspräsidenten. Frick hatte keine Erlaubnis den Standpunkt der Landesregierung von Thüringen darzustellen. Er fühlte sich berufen und glaubte sich berechtigt und setzte sich über die Grundsätze der Regierungsarbeit hinweg. Er erließ das Ermächtigungsgesetz, was die Grundlage für seine thüringische Innenpolitik darstellte. Das Gesetz wurde am 11.Juli 1930 als reichsverfassungs-unvereinbar verboten. Politiker des Inneren (Polizei) versuchten sofort nach dem Amtsantritt der Nationalsozialisten, sie in thüringische Führungspositionen der Landespolizeistellen zu bringen. Es erfolgte eine „langsame Säuberung" der Landesverwaltung von republikanischen Beamten. Am 18.März sperrt Reichsinnenminister Severing (SPD) ohne Nennung von Gründen, die Reichszuschüsse für die Polizeikosten, nachdem er Nachrichten erhalten habe. Auch protestiert Baum am 27.März. Am 17.April hob der neue Reichsinnenminister Wirth (Zentrum) der Sperre auf. Am 30.April stand in der Presse, dass Nationalsozialisten für die Posten des Polizeidirektors in Weimar und Gera vorgesehen seien. Am 19.Mai wurde ein Ministerialbeschluss für den 1.Juli festgelegt, wo zwei Nationalsozialisten in wichtige Stellen, der Weimarer Polizeidirektion und ihren Vertreter, auch mit Verwaltung der Landeskriminalpolizeistellen beauftragt. Das führte am 6.Juni zur Sperrung der Polizeigelder aus Berlin. Nach dem der Ministerialbeschluss nicht geändert wird, kam es am 28.Mai zur Sitzung der Länderminister. Wirth beschwerte sich, dass mit der Ernennung des Thüringischen Innenministers eine planmäßige Durchdringung der Polizei mit Nationalsozialisten begonnen habe. Das Land Thüringen verklagt das Reich, wegen Verletzung des Art. 128, Abs.1 der Reichsverfassung. Das Urteil erfolgte am 18.Juli mit einer Zurückweisung, Die

Stellungnahme Fricks im Reichstag war, dass „nur Fachleute“ eingestellt wurden, das Parteibuch spielte keine Rolle, wichtig war die Ausbildung. Am 22.12 kam es zu einem Vergleich. Thüringen verpflichtete sich den unpolitischen Charakter der Polizei und das „unpolitische Verhalten der einzelnen Beamten im Dienst unbedingt“ zu gewährleisten. Das Reich reagierte damit, Zuschusssperren aufzuheben und die einbehaltenen Beiträge wurden überwiesen. Es kam aber zu einem Missbrauch der Position, so versuchte er Hitler, als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen anzustellen, dadurch erhielt dieser als Österreicher die deutsche Staatsbürgerschaft. Davor gab es den Versuch zur Ernennung zum „Proforma-Direktor“ der Vereinigten Kunstlehranstalten Weimars. Frick wollte vorausschauend behilflich sein, als treuer Gefolgsmann mit allen Mitteln. Auf dem Gautag in Gera am 12.Juli 1930 Übergab er die Ernennungsurkunde und Hitler unterschieb eine Empfangsbestätigung. Einer Veröffentlichung stimmt er aber nicht zu. Nach eigenen Angaben von Hitler, zerriss er die Urkunde in München, den er hatte von vorneherein erklärt: ich nehme es nicht an. Minister Frick hatte die Angelegenheit persönlich betreut und die Unterlagen verwahrt. Sie sollten nicht in den üblichen „Geschäftsgang“ gelangt. Hitler sollte kein Amt übertragen werden, auch nicht die damit verbundenen Rechte und Pflichten eingehen. Das geschah unter der Mitwisserschaft zweier Beamter.

Seine Arbeit waren die ortsweisen Amtsenthebungsverfahren gegen kommunistische Bürgermeister. Frick ordnete Sparmaßnahmen an und nahm wegen der Finanzlage des Landes einen Beamtenabbau vor. Von diesem waren besonders linksorientierte Beamte betroffen. Er versetzte zwei Landräte, einer war Sozialdemokrat, wegen „mangelnder Vorbildung“ in den Wartestand. Im Volksbildungsministerium, mussten bei der Reduzierung die Oberregierungsräte, die der SPD angehörten oder ihr nahe standen, gehen. Er nahm auch eine Verwaltungsreform vor. Die Verbilligung und Vereinfachung war gekoppelt an die strukturellen Prinzipien: “Verstärkung des staatlichen Aufsichtsrechts“, „Ausbau der Staatsautorität“, Abschaffung von „Einspruchsmöglichkeiten“. In Gotha etablierte Frick eine Notverwaltung, nach dem Sturz des OB Scheffler, 1930 wurde Dr. Fritz Schmidt in diese Schlüsselposition gebracht, der unter Ausschaltung des gewählten Rates agierte und sich verdeckt auf die NSDAP stützte.

Das Schulwesen wurde nach der völkisch-nationalen, antisemitischen Ideologie ausgerichtet. Es kam zu Protegierung von NS-Schüler und Studentenorganisationen und der Einstellung der Landeszuschüsse für die Heimvolkshochschule Tinz. Er enthob den Schulleiter Siebert (langjähriger stellvertretender DVP - Landesvorsitzender) eines Weimarer Gymnasiums, weil er die Betätigung der NS-Schülervereinigung „Adler und Falke“ untersagte. Es kam auch zum Völkischen Schulgebetserlass mit Rückendeckung durch die evangelische Kirche. Schulgebete wurden eingeführt und die Errichtung eines Lehrstuhls für Rassefragen an der Universität Jena, mit der Berufung des NS-Rassenideologen Hans Günther. Viele Professoren waren dagegen und der Asta dafür. Bei der Antrittsvorlesung war Hitler als Zuhörer unter der Menge. Das Thema war *„Die Ursachen des Rassenverfalls des deutschen Volkes seit der Völkerwanderungszeit“*

Frick führte auch antisemitische Verordnungen ein. Er versuchte antijüdische Maßnahmen in gültiges Recht umzuwandeln. Das waren Forderungen bereits zu seiner Zeit in München, z.b. das Verbot des Schächtens (Ausbluten des

Schlachttieres, gehört zur Kaschrut, den religiösen Speisegesetzen), die Entlassung jüdischer Beamte, die Verhinderung von „Mischehen“ mit „Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder einer farbigen Rasse“, das Fernhalten jüdischer Kurgäste und Urlauber, eine Verordnung zur „Herausnahme des Alten Testaments aus dem christlichen Religionsunterricht“, das scheiterte vor dem Staatsgerichtshof, auch mit Schulgebeten mit antisemitischen Tendenzen. Frick bekannte sich offen vor dem Landtag, dass er Juden „zu den art- und volksfremden Kräften rechnete“. Im Jahr 1931 reichte er im Reichstag einen Antrag ein, die Einbürgerung von Juden im Reich zu erschweren und das seit 1914 von Juden in Deutschland erworbene Vermögen sei – als Resultat des Kriegsgewinnlertums – zu beschlagnahmen. Er brachte die Verordnung ein „Wider die Negerkultur – für deutsches Volkstum“, unter Berufung auf die Gewerbeordnung, verbot er Jazzband- und Schlagzeugmusik, Tänze, Gesänge und Stücke als „den guten Sitten zuwiderlaufend“. Der Sturz Fricks wurde von der jüdischen Gemeinde im Synagogenbezirk Erfurt „mit zurückhaltender Erleichterung begrüßt“, die Angst war indes geweckt.

Weiteres bewirkte er nationalsozialistisch im Bereich der Kultur, wie etwa das Verbot des pazifistischen Romans „Im Westen nichts Neues“ von Rainer-Maria Remarque, Verbot des gleichnamigen Films und das Verbot verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen in Thüringen wie z.B. die „Eisenacher Volkszeitung“ im April 1930. Gleichzeitig erfolgte von ihm eine Anzeige gegen den Redakteur wegen Volksverhetzung und das Aufführungsverbot von Credès Schauspiel „Frauen in Not“ – eine zeitkritische Auseinandersetzung mit dem §218 BGB. Das Stück wurde von der Piscator-Bühne reichsweit aufgeführt, durfte in Thüringen nicht aufgeführt werden. Die Piscator-Bühne aus Berlin durfte nicht einreisen um das Stück „Cyankali“, Werk zur Abtreibungspolitik aufzuführen. Den Architekten Paul Schultze – Naumburg, der die These von der Rassetüchtigkeit in Kunst und Kultur verfocht, bestimmte er zum Leiter der Vereinigten Kunstlehranstalten Weimars und zu seinem Kunstberater. Im Oktober/November 1930 veranlasste Frick zu einer „Säuberungsaktion“ im Schlossmuseum Weimar. Er ließ die „entarteten“, „kulturbolschewistischen Erzeugnisse“, „ostisch oder sonstiges minderrassiges Untermenschentum“ Werke entfernen, im Van de Velde – Bau der Weimarer Vereinigten Kunstlehranstalten, ließ er ebenfalls die Wandfresken von Bauhausmeister Oskar Schlemmer im Okt.1930 übertünchen. Auch ließ er 70 Werke auf mündlichen Befehl des Innenministeriums aus Weimarer aus dem Schlossmuseum entfernen, Gemälde und Zeichnungen von Dix, Feininger, Kandinsky, Klee, Graphiken von Barlach, Nolde, Marc, Kokoschka gingen so verloren. Schultze-Naumburg hatte schon früh seine sozialdarwinistische Anschauungen veröffentlicht: Buch „Kunst und Rasse“. In diesem Buch stellte er Moderne Kunst mit Bildern körperlich und geistig Behinderten gegenüber, sein „tiefes Mitleid mit jenen Ärmsten“ ging soweit ihnen den Tod zu wünschen. Das Haus Schultze-Naumburg war ein völkischer Treffpunkt, auch Frick ging dort ein und aus. Frick verliebte sich in die Frau Margarete Schultze-Naumburg, diese trat deshalb selber 1930 in die NSDAP ein. Er bezeichnete sie als seine „Lebens- und Kraftquelle“. Im Herbst 1932 nachdem er ihr im Sommer seinen Entschluss kund getan hatte: Er wolle ihren letzten Wunsch zur Erhaltung ihrer wertvollen Erbmasse erfüllen, weil er es als einen Gewinn für unser Volkstum ansehe. Beide heirateten 1934.

Als Nachspiel des Vorspiels sind folgende Ereignisse zu nennen, die Untersuchungskommission zur Anstellung von Hitler als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen für die Erlangung einer deutschen Staatsbürgerschaft und Frick als Abgeordneter und die NSDAP-Fraktion als Störfaktor in den Parlamentssitzungen. Viele seiner Forderungen, die er während der Zeit als Fraktionsabgeordneter erhoben hat, versuchte er später in Thüringen als Gesetze und Verordnungen zu verwirklichen. Dort konnten sie jedoch, zu dem größten Teil als illegal, wieder außer Kraft gesetzt werden. Während der faschistischen Diktatur konnte er sie aber wieder durchsetzen. Seitdem galt Thüringen als Experimentierfeld der Nationalsozialisten – Vorspiel - Erster Vorgeschmack der nationalsozialistischen Staatspolitik - Modell der Machtergreifung – Generalprobe - Als erste Vorstellung des kommenden neuen Reiches. Der Bildung einer antimarxistischen-bürgerlichen Regierung wurde Vorrang gegeben, obwohl eine reale kommunistische Gefahr nicht existierte. Die bürgerlichen Parteien waren eher bereit der sich eindeutig antidemokratisch äußernden Partei NSDAP die Regierungszügel in die Hand zugeben, also auch eine Verletzung der Grundsätze der Regierungsarbeit in Kauf zu nehmen, als politische Zugeständnisse an die Sozialdemokraten zumachen. Der Umgang mit dem Landes-„Ermächtigungsgesetzt“ bis zu den ersten rassistischen und antisemitischen Praktiken lassen die Bedeutung für die Nationalsozialisten in Hinsicht auf die Jahre nach 1933 erkennen. Die Erfolge bei der juristischen Bekämpfung der Maßnahmen der Regierung Frick und letztens ihr Ende durch die Demokratie lassen aber auch die Vermutung zu, dass sich die Linke sowie die konservative Rechte der Illusion hingegeben haben, einen Hitler mit den gleichen Mitteln zu bändigen.

Der Forschungsstand zum Thema

Frick wurde in der Vergangenheit von allen in Nürnberg Verurteilten am wenigsten beachtet. Erst 1992 gab es eine umfassende Biographie von Günther Neliba, 1990 Dissertation an Uni Frankfurt. Er unternahm damit den Versuch alle Dokumente, Persönliche Äußerungen, Briefe oder ähnliche Dokumente kaum vorhanden, auszuwerten. Fricks Rolle nur über bürokratische Tätigkeit erschlossen. Zwischen 1933-38 gab es mehrere hagiographische (poetisch, verklärende) Lebensbeschreibungen von Mitarbeitern. In Lexika wurde Frick nur mit kurzen biographischen Darstellungen beschrieben. Eine wichtige Quelle waren die Tagebücher Goebbels. Der Forschungsstand zu diesem Teil der Regional- und Lokalgeschichtsschreibung ist deutlich geringer als vergleichbare Forschungsgebiete im westlichen Teil der BRD. In einigen Spezialstudien sind die spektakulärsten Konfliktfelder beschrieben, umfangreicher als die Regierung Sauckel. Es fehlt aber eine Gesamtdarstellung der sympathisierenden, unterstützenden, optierenden Gruppen mit der NSDAP.

Literaturliste

Dickmann, Fritz, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930. In: VfZ 14 (1966), S. 454-464.

Fischer, Werner, Wilhelm Frick „An den Galgen mit den Verbrechern...“, in: Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996.

Grass, Jochen, Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit 1920-1932. Ein Beitrag zur Landesgeschichte, Hamburg 1997.

Heiden, Detlev/ Mai, Günther (Hg.), Nationalsozialismus in Thüringen. Weimar/Köln/Wien 1995.

Neliba, Günther, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtstaates. Eine politische Biographie, Paderborn1992.

Overesch, Manfred, Hermann Brill in Thüringen: 1895 – 1946; ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Bonn 1992, In: Dowe, Dieter/ Schneider, Michael (Hrsg.), Reihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung: Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd.29.

Rudolph, Karsten, Nationalsozialisten in Ministersesseln. Die Machtübernahme der NSDAP und die Länder 1929-1933. In: Jansen, Christian u.a.: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1905. S.247-266.

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Pariser Kommune 1871

Pariser Kommune 1871

Biographie einer Revolution – der 18. März [63]

Pariser Kommune, französisch Commune de Paris, ist die Bezeichnung für den Pariser Stadtrat zwischen Juli 1789 und 1795 während der Französischen Revolution sowie für den aus 85 Mitgliedern bestehenden revolutionären Stadtrat, der von den Pariser Bürgern Ende März 1871 gewählt wurde und der bis Ende Mai 1871 bestand. Am 18.3.1871 wurde der Versuch der Regierungstruppen unternommen, die Kanonen der Nationalgrade zu beschlagnahmen und die Stadt zu besetzen, was zum Aufstand führte. Die Generale Thomas und Lecomte werden von ihren Soldaten erschossen. Administration und Regierungstruppen fliehen nach Versailles. Räumung aller Ämter und sogar der südlichen militärischen Befestigungsanlagen. Das Zentralkomitee der Nationalgrade ergreift die Macht, indem es sich im Stadthaus festsetzt. Am 19.03.1871 beschloss das Zentralkomitee der Nationalgarde die Gemeinderatswahlen für den 22.3. Es folgte auch die Proklamation der republikanischen Föderation der Nationalgarde. Das Zentralkomitee setzt die Wahlen zur Kommune auf den 22. März fest. Aufhebung des Belagerungszustandes. Anerkennung der Friedensbedingungen von Bordeaux. Amnestie für „politische“ Verbrechen. Am 20.3.1871 wurde die Versteigerung der nichteingelösten Pfänder in den Leihhäusern eingestellt. Verlängerung für den Handelswechsel wird beschlossen, sowie das Statue der Republikanischen Föderation der Nationalgarde veröffentlicht. Die revolutionäre Regierung übernimmt das „Journal Officiel de la Republique francaise“ als Amtsblatt. Am 21.3.1871 erfolgte die Verschiebung der Wahlen auf den 23.März. Der Anzahl der Munizipalräte wird festgelegt. Alle bürgerlichen Zeitungen protestieren gegen die Wahlen. Ein Aufruf der Bürgermeister und Deputierten von Paris fordert zum Boykott der Wahlen auf. General Vinoy erreicht die Neubesetzung des Mont Valerien. Am 22.3.1871 wurde die Korrespondenz mit dem deutschen Oberkommando veröffentlicht, indem Paris den Frieden von Bordeaux anerkennt, und sich auf den Umsturz in der Gemeinde Paris beschränkt. Wegen des Widerstandes der Bezirkbürgermeister werden die Wahlen auf den 26. März verschoben. Bürgerliche Gegendemonstration auf dem Place Vendome, die zu bewaffneten Zusammenstößen führt. Die „Freunde der Ordnung“ führten hier das Wort. Am 23.3.1871 versuchten die Bürgermeister die Nationalgarde auf ihre Seite durch Soldzahlungen zu ziehen. Gleichzeitig erfolgte die Proklamierung der Kommune in Marseille. Am 24.3.1871 ergriff das Zentralkomitee energische Maßnahmen gegen die Proteste der Gemäßigten. Das Börsenviertel wird abgeriegelt. Der Bank wird ein erneuter Kredit abgerungen, diesmal jedoch bedeutend schwieriger. Die Kommune fasst Beschlüsse zur Stundung der Mieten, eine Verlängerung der Wechsel bis zum 1.Oktober, die Rückgabe versetzter Gegenstände bis 15. Franken. In Toulouse, in Lyon und in St. Etienne wird die Kommune ebenfalls öffentlich erklärt.

Am 25.3 1871 fand eine Einigung zwischen den Bürgermeistern, den Abgeordneten und dem Zentralkomitee statt. Dem Wahltermin, am 26.3, wird nun auch offiziell zugestimmt. Am 26.03.1871 fanden nun die Gemeinderatswahlen

---

63 Abbildung: "Pariser Kommune," *Microsoft® Encarta® Enzyklopädie 2000.* © 1993-1999 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten.

und die Wahlen zur Pariser Kommune statt. An den Wahlen nahmen mehr als 230 000 Wähler teil. Am 28.3.1871 war die Proklamierung der Pariser Kommune. Das Zentralkomitee übergibt die Macht an den Kommunerat, der sich nach den Wahlen zusammensetzt aus: 17 Mitgliedern der IAA, 13 Mitgliedern des Zentralkomitees der Nationalgarde, 7 Blanquisten, 9 Vertretern der radikalen Presse und der revolutionären Partei, 21 Vertreter der revolutionären Clubs und 15 Vertreter der gemäßigten und radikalen Bourgeoisie

Kommunarden

Arnould, Arthur

17.4.1833 Dieuze (Dep. Moselle, F),26.11.1895 Paris. Sohn des Edmond, Prof. an der Sorbonne. Jeanne Matthey, Korsettmacherin. Arnould war Mitglied der Pariser Kommune, floh nach Genf und wurde Mitarbeiter der anarchistischen Zeitung "La Révolution sociale". Von einer Pariser Zeitung nach Lugano geschickt, um dort den Kongress der Liga für Frieden und Freiheit zu verfolgen, ließ er sich dort im Frühling 1873 nieder. Nach einigen Monaten in Buenos Aires kam er im Sommer 1874 nach Europa zurück und publizierte in "Le Rappel" einen Reisebericht, der auch einige Seiten über Genf und das Tessin enthält. 1874-77 lebte er in Pazallo am Fuß des S. Salvatore und verkehrte mit Michail Bakunin und dessen Freunden. Ende 1877 ließ er sich, nach einem Aufenthalt in S. Remo (I), in Genf nieder. Die Amnestie von 1880 gestattete ihm die Rückkehr nach Paris, wo er sich aus der Politik zurückzog, unter dem Pseudonym A. Matthey Romane schrieb. [64]

Beslay, Charles

4.7.1795 Dinan (Dep. Côtes-du-Nord, F) 30.3.1878 Neuenburg, Franzose. Ingenieur, 1871 Vorsitzender der Pariser Kommune und deren Delegierter bei der Banque de France. Im selben Jahr floh B. in die Schweiz, wo er über viele Beziehungen verfügte. Er hatte dort Eisenbahnkonzessionen erworben und wieder abgetreten, welche für die Bahngesellschaft. Ouest-Suisse und Franco-Suisse die Grundlage bildeten; gegen letztere gewann er einen 1856 begonnenen Prozess. 1872 trat er der Internationalen und der Fédération jurassienne bei, in der er proudhonistische Ideen vertrat. Werke :-Mes souvenirs, 1873

Charles Longuet (1833-1903), französischer Journalist, Proudhonist, trat 1866 in die IAA ein und war von 1866 an Mitglied des Generalrates und korrespondierender Sekretär für Belgien der IAA ; Mitglied des Zentralkomitees der 20 Arrondissements, im April 1871 in die Kommune gewählt, gehörte zur proudhonistischen Minderheit, Redakteur des « Journal Officiel de la Republique Francaise“ Paris; verheiratete sich 1872 im englischen Exil mit Jenny Marx, schloss sich nach seiner Rückkehr nach Frankreich den reformistischen Possibilisten an.

Gustave Cluseret (1823-1900), französischer Offizier und Politiker, Mitglied der IAA, nahm als General der Nordarmee am amerikanischen Sezessionskrieg teil, schloss sich nach seiner Rückkehr den Bakunisten an, nahm 1870 an den revolutionären Aufständen in Lyon und Marseille teil, Mitglied der Pariser Kommune (für das 1.Arr.), am 3. April 1871 Delegierter für das Kriegwesen der Kommune, emigrierte nach Belgien.

---

64 Historisches Lexikon der Schweiz im Internet

Victor Henri Rochefort, Marquis de Rochefort-Lucay (1830-1913), französischer Publizist und Politiker, linker Republikaner, Gründer der antibonapartistischen Zeitschrift « La Laterne », Hg. der Zeitung „La Marseillaise“, in der er die Manifeste der IAA veröffentlichte, Mitglied der „Regierung der Nationalen Verteidigung“, demissionierte nach dem 31.Oktober 1870; seine Zeitung „Le Mot d'Ordre“ wurde am 12.März 1871 von Vinoy verboten, erschein ab 1.April wieder unter der Kommune; R. bekämpfte die Regierung Thiers, die er als monarchistisch und bonapartistisch entlarvte; zu lebenslanger Deportation verurteilt, konnte mit Francoise Jourde und Paschal Grousset aus Neu-Kaledonien fliehen, kehrte nach der Amenstie nach Paris zurück und gründete „L'Intransigeant“, war antiklerikal und antimilitaristisch.

Victor Noir, war Redakteur der Zeitung „Le Marseillaise“

Jules Valles (1832-1885), Chefredakteur des „Cri du Peuple“, Mitglied der Kommune (für das XV. Arr.)

Felix Pyat (1810-1889), Schriftsteller und Journalist, 1848/49 Mitglied der Konstituante und der Legislative, Teilnehmer an der Revolution von 1848, gründete „Le Combat“, agitierte ggen die „Regierung der ationalen Verteidigung“, Teilnehmer der Aufstandes vom 31.Oktober 1870, Mitglied der Kommune (für das X. Arr.); Im Kommunerat war Pyat eine der unruhigsten und provokantesten Persönlichkeiten, Marx nannte ich „den bösen Geist der Kommune“.

Auguste Vermorel (1841-1871), Journalist, Proudhonist, beteiligte sich an dem Aufstand vom 31.Oktober 1870, Mitglied der Kommune (für das XVIII.Arr.), Mitglied der Justizkomission, der Exekutiv-Komission und der Komission für Allgemeine Sicherheit, mit DOBROWSKI an der Organisation des militärischen Widerstandes gegen die Versailler beteiligt, wurde auf den Barrikaden schwer verwundet und starb am 230. Juni 1871 in der Gefangenschaft

Champseix Leodile Leo, geb. Andre

Guiseppe Garibaldi (1807-1882)

Louise Michel (1830-1905) [65]

130 Jahre Pariser Kommune - Vom ersten Versuch

Die deutschen Truppen drangen weiter nach Frankreich ein und belagerten dann Paris. Während des Krieges stellten die Pariser ArbeiterInnen ihre eigenen Streitkräfte in Form der Nationalgarde, die bald eine Gesamtzahl von 350.000 Bewaffneten erreichte. Doch die Nationalgarde bestand nicht nur aus ArbeiterInnen. Sie wurde in alte Bataillone, in denen die gehobene Mittelklasse diente, und neue Bataillone, die sich vorwiegend aus ArbeiterInnen zusammensetzten, unterschieden. Die “Alten” bekamen von der Regierung Gewehre, die ArbeiterInnen entweder gar keine oder alte Waffen. Doch ohne die ArbeiterInnen war ein Sieg über die Preußen unmöglich. Vergeblich forderte die

[65] Personendaten, in Auszügen aus Schneider, Anmerkungen Bd.28 S. 142-163 und Bd.29 S. 198-204

Pariser Bevölkerung die Bewaffnung der Nationalgarde. Doch die Regierung der nationalen Verteidigung erklärte sich nicht dazu bereit, Waffen an die ArbeiterInnen zur Verteidigung von Paris, das mittlerweile von den Preußen belagert wurde, zu geben, aus Angst die ArbeiterInnen könnten sich gegen sie selbst wenden. Am 28. Januar 1871 kam es dann für die Dauer von 21 Tagen zu einem Waffenstillstand, der es der Regierung der nationalen Verteidigung ermöglichen sollte, eine Nationalversammlung zu wählen. Diese Wahl fand unter großem Druck, am 8. Februar statt. In den von den Preußen besetzten Departements wurde jede Wahlkundgebung untersagt und in den anderen Gebieten nutzten die Monarchisten die Unwissenheit und Verwirrung der Menschen aus, indem sie ihnen Hoffnungen auf Frieden und Befreiung machten. Nachdem die Nationalgarde durch ihre ersten Taten, wie z.B. Zustimmung zur Inkraftsetzung eines Vorfriedens, glänzte, kam es am 15. Februar zu einer Versammlung der Nationalgarde, die beschloss, dass alle Bataillone der Nationalgarde einem Zentralkomitee unterstehen sollten, welches dann neun Tage später gewählt wurde. Der Waffenstillstand wurde verlängert, am 1. März sollten 30.000 preußische Soldaten die Champs Elysées besetzen. Genau in jenen Stadtteilen ließ Thiers Geschütze der Nationalgarde zurück, die an die Besetzer gefallen wären, hätte die Nationalgarde sie nicht in Sicherheit gebracht, und so verlief die kurzfristige Besetzung ohne größere Zwischenfälle. Am 11. März beschloss die Nationalversammlung die Wechsel, die in Anbetracht des Krieges verlängert worden waren, verfallen zu lassen, sowie die Einstellung der Besoldung der Nationalgarde. Als sie dann am 18. März auch noch die Geschütze der Nationalgarde haben wollte, um die Nationalgarde zu entwaffnen, kam es zu einer Menschenansammlung. Den Regierungstruppen wurde befohlen, auf die Bevölkerung zu schießen, doch stattdessen erschossen sie ihren General Lecomte, verbündeten sie sich mit den Menschen und verteidigten die Geschütze. Gleich nachdem Thiers von dem missglückten Versuch der Einnahme der Geschütze der Nationalgarde erfuhr, verließ er mit seinem Kabinett und den übriggebliebenen Truppen Paris und flüchtete nach Versailles. Zu gleicher Zeit hielt das Zentralkomitee der Nationalgarde einige Sitzungen ab, und beschloss die Besetzung der strategisch wichtigen Punkte der Stadt, sowie der öffentlichen Gebäude. Nach wenigen Stunden wurde die rote Fahne auf dem Pariser Rathaus gehisst. Gleich am nächsten Tag kam es zur einer Sitzung des Zentralkomitees, welches die Kommunalwahlen für den 22.März 1871 ansetzte, die dann aber auf den 26. März verschoben wurden. In seinem ersten Dekret verkündete das Zentralkomitee mit sofortiger Wirkung die Verschiebung, des Verfalltermins, der Rückzahlung, der Kriegsanleihen an die Bevölkerung und den Kündigungsstopp für HausbesitzerInnen. Auf die ersten Aktionen der konterrevolutionären Kräfte reagierte das Zentralkomitee kaum. Doch als sich am 22. März 1871 etwa 1000 Reaktionäre in Paris versammelten, und diese auch noch zwei Wachen der Nationalgarde erschlugen, ließen sich Kämpfe nicht mehr vermeiden. Kämpfe die teilweise in einem blutigen Gemetzel endeten. Die Wahl der Pariser Kommune verlief aber ohne gröbere Zwischenfälle, was nicht zuletzt auf die Positionierung von 30 Nationalgardisten vor jedem Wahllokal zurückzuführen war. Auch die Wahlbeteiligung war relativ hoch – von 485.569 eingetragenen Wählern, beteiligten sich 229.167 – wenn Mensch bedenkt, wie viele BürgerInnen Paris verlassen hatten. Am 28. März wurde dann die Liste der Ratsmitglieder der Pariser Kommune bekannt gegeben, und das Zentralkomitee legte seine Vollmachten nieder und konzentrierte sich wieder auf die Reorganisation der Nationalgarde. Von 91 gewählten Räten traten nur 83 das Amt an und weitere 22 wechselten innerhalb der nächsten Tage auf die Seite Thiers. Während sich die

Pariser Kommune mit der Schaffung neuer sozialer Strukturen auseinandersetze, hatte Thiers in Versailles Zeit, seine Truppen zu verstärken. Unterstützt wurde er dabei von den Preußen, die Angst hatten, dass die ArbeiterInnen Preußens auf ähnliche Gedanken kommen könnten. So konnte Thiers seine Truppen auf 170.000 Mann erhöhen, obwohl in den Waffenstillstandsbedingungen festgesetzt worden war, dass nicht mehr als 40.00 Mann in der Umgebung von Paris stationiert sein dürfen[66]

Thesenpapier

1. Aufgrund der Belagerung kam das wirtschaftliche Leben in Paris fast vollständig zum Erliegen. Unternehmer stellen als Bedingung die Entwaffnung der Nationalgarde.

2. Die Kanonen der Nationalgarde, die sie am 26. Februar vor den Preußen „gerettet“ haben, stellen eine Bewaffnung dar, die Thiers nicht hinnehmen kann. Aufgrund der Ereignisse vom 31.Oktober, wo sich die Unfähigkeit der Kommunarden gezeigt hatte, und unter Ausschluss militärischer Überlegungen entschließt sich Thiers, General Vinoy das Kommando zur Eroberung der Geschütze zu geben.

3. Die Nationalgarde rechnete zwar mit einem Angriff, gab es doch bereits am 16.März den Versuch durch die Gendarmerie die Kanonen zu erobern, jedoch war sie am Morgen des 18.März, absolut unvorbereitet auf die Situation.

4. Thiers entscheidet sich am späten Nachmittag mit der Regierung Paris zu verlassen und nach Versailles zu gehen, möglicherweise aufgrund der Ereignisse um den Tod des Generals Lecomte und Generals Thomas. Sicherlich aufgrund der massenhaften Desertionen der regierungstreuen Truppen und den Massen auf der Straße, den ZivilistInnen und Nationalgardisten, die sich obwohl zentral unkoordiniert erfolgreich gegen die inzwischen sehr wenigen und versprengten regierungstreuen Truppen verteidigen.

5. Im Laufe des Tages hatte der eigentliche Grund, die Kanonen und die Entwaffnung der Nationalgrade an Bedeutung für die Regierung verloren. Es ging jetzt vor allen dingen nicht handlungsunfähig zu werden, durch eine mögliche Absetzung o.ä. und die Regierung in ihrem aktuellen Zusammenhang zu erhalten.

6. Die Geschehnisse im Laufe des Tages des 18. März 1871 geben dem Zentralkomitee der Nationalgrade die Möglichkeit die Administration der Stadt und des französischen Staates in Paris zu besetzen, da sie von der gewählten Regierung verlassen wurde. Sie füllte ein entstandenes Machtvakuum aus.

7. Das Zentralkomitee der Nationalgarde konstituierte sich am 19.März öffentlich als eine Übergangsregierung und Verwaltung. Sie ließ verlauten, die Macht an sich genommen zu haben, um sie gleich wieder abzugeben.

8. Die Bürgermeister, als einzige von der Regierung anerkannte Macht, versuchen mit dem Zentralkomitee zu verhandeln, was ihnen aber erst die Regierung und

[66] http://www.linkeseite.de/Periodika/morgenrotnr.11-02.01.htm 26.04.2001 15.37 Uhr

dann auch die Kommunarden mit der Bürgerkriegsdrohung erschweren. Gleichzeitig wird das Zentralkomitee von ihnen aber nur halbherzig anerkannt.

9. Die Korrespondenz mit den Preußen und die Niederwerfung des Aufstandes der „Freunde der Ordnung“ stellt eine Regierungsleistung dar, die zur Anerkennung als politische Führungskraft durch die Berufspolitiker, die Bürgermeister, lenkt und zur Zustimmung zu den Wahlen am 26.März auch durch die Regierung Thiers führt.

Literaturliste

Duncker, Hermann (Hrsg.), Pariser Kommune 1871, Berichte und Dokumente von Zeitgenossen, Berlin 1931.

Horne, Alistair, Paris ist tot – Es lebe Paris! Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 un der Aufstand der Kommune in Paris, Bern, München 1967.

Lissagaray, Prosper, Geschichte der Kommune von 1871, Berlin 1953.

Schneider, Dieter Marc (Hrsg.), Pariser Kommune 1871 I, Texte von Bakunin, Kropotkin und Lavrov, in: Ernesto Grassi (Hrsg.) Politik und Gesellschaft, Bd.28, Hamburg 1971.

Schneider, Dieter Marc (Hrsg.), Pariser Kommune 1871 II, Texte von Marx, Engels, Lenin und Trotzki, in: Ernesto Grassi (Hrsg.) Politik und Gesellschaft, Bd.29, Hamburg 1971.

Swoboda, Helmut (Hrsg.),. Die Pariser Kommune 1871, München 1971.

La Commune. Introduction et légendes par Bernard Noël. Postface par Jean-Claude Gautrand. Paris: Editions Nathan 1998, (Photo Poche Histoire, H 2), 140 Seiten (nicht paginiert), 76 Abbildungen, ISBN: 209-754 228-X, Preis: FF 57,-.[67]

[67] http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensio/buecher/2000/wiul0500.htm 26.04.01 15:56

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Die Revolution 1848 in Deutschland

Die Revolution von 1848 in Deutschland

Einleitung

Es bedurfte nur noch eines Anstoßes, um der allseits verbreiteten Grunderfahrung, so könne es nicht weitergehen, Umsetzung verlieh. Die Motive waren dabei vielfältig und widersprüchlich. Die Opposition war aber einheitlich. Sie vereinte die gemeinsame Anschauung, dass die Regierungen den Krisen nicht mehr Herr wurden. Die zukunftsorientierte Hoffnung war dabei, dass es zu tiefgreifenden Reformen, neuen Männer, zeitgemäßen politischen Institutionen, einer volksnahen Politik kommen musste und es müsse alles grundsätzlich besser werden. Es kam zu Vereinigung von Menschen, die unter alltäglichen Verhältnissen nie gemeinsam politischen gehandelt hätten. Die Barrikadenkämpfe vom 22. bis 24.02.1848 in Paris gaben Anstoß für die dt. Verhältnisse. Es machte den Eindruck, dass das dichte Aufeinanderfolgen bei gleichzeitiger Spontaneität, zu Geschlossenheit in der Aktion und zu einer Gleichartigkeit der Forderungen kam.

Die Handlungsebenen

1. **Ebene:**

Die Basisrevolution war eine spontane Volksbewegung mit Straßenbarrikaden, Protestversammlungen vor Rathäusern und Residenzen und einer resolutionsfassenden Volksversammlungen aus allen Schichten der Bevölkerung. Es war auch eine breite Massenbewegung. Sie verhalf der 1848er Revolution erst zum Durchbruch. Die Bezeichnung „bürgerliche Revolution“ daher nur unzureichend zutreffend

2. **Ebene:**

Die außerparlamentarische und publizistische Öffentlichkeit entstand durch Presse- und Vereinigungsfreiheit. Pressewesen und Vereinsbildung zielten über das Spontane hinaus auf dauerhafte Organisation. Sie standen durch Flugschriften und Maueranschläge mit der revolutionären Basis im Austausch.

3. **Ebene:**

Durch die Landtage in den Einzelstaaten und der Nationalversammlung in Frankfurt, institutionalisierte und verrechtlichte sich die Revolution. Sie sollten in konstituierenden Versammlungen neues Recht schaffen. Die parlamentsabhängigen Fraktionen waren durch Abgeordnete mit den zwei vorderen Ebenen verbunden. Die Institutionen waren dominiert durch Bürgerliche.

4. **Ebene:**

Die Obrigkeit wurde durch die neuberufenen „Märzministerien“ und die Magistrate in den größeren Städten gestellt. Auch waren sie in den Reichsministerien der provisorischen Zentralgewalt vertreten.

5. **Ebene:**

Die Monarchischen Gewalten, also Staatsbürokratie, Militär und Diplomatie, blieben so gut wie unangetastet, waren dadurch später problemlos wieder verfügbar für die alten Eliten. Sie standen in permanenter Spannung zu den anderen Handlungsebenen.

6. **Ebene**:

Ruhezonen taten sich durch Handlungsdefizit hervor, Regionen in denen nichts durch die Bevölkerung geschah, boten so den monarchischen Eliten

Rückzugsgebiete, konnten sich hier restaurieren, während sich die Energien auf den anderen Ebenen zerrieben und erlahmten.

1. Verlauf

Die staatliche Aufsplitterung schuf viele isolierte Aktionspunkte, die die deutsche Revolution wie eine Kette nacheinander- und nebeneinander abrollender lokaler Erhebungen ablaufen ließ. Es gab zwei große Schübe, erstens von Baden nach Norden und Osten ausgehend und dann in allen deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Erst dann konnte sich die Revolution in Wien und Berlin durchsetzen. Der Anstoß war die Mannheimer Volksversammlung vom 27.02 1848. Die Personen hatten den Anspruch für ganz Deutschland. zu sprechen. Ihre Forderungen war die Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Offiziere, Pressfreiheit, Schwurgerichte wie in England, Herstellung eines deutschen Parlaments, dass waren die sogenannten Märzforderungen und machten die Runde durchs ganze Land. Es kam in dieser Folge auch zu revolutionären Volksbewegung in anderen Mittel- und Kleinstaaten. Sie waren selten gewalttätig, eher charakteristisch, dass man(n) petitionierte, die Herrscher um die Gewährung politischer Recht bat oder drängte. Parallel, aber kaum koordiniert seit den ersten Märztagen, waren die Agrarrevolten. Charakteristisch für diese Aufstände waren, dass sie spontan, lokalbezogen, ohne politische Zielrichtung, aus sozialer Notlage, auch gewaltsam waren. Sie verliehen der städtischen Bewegung Nachdruck. Dorfgemeinschaften, bewaffnet mit Äxten, Beilen und Sensen, forderten den Adel zum Verzicht auf Rechte auf. Es kam zu riesigen Versammlungen und es wurde an die zwölf Artikel aus dem Bauernkrieg erinnert. Die Eisenbahn transportierte dabei viele aus den ländlichen Regionen in die Zentren oder zu den Residenzen. Im April erlahmte die Abfolge der Agrarrevolten. Republikaner versuchten zwar die Bewegung zu steuern, aber die soziale Basis der ersten Märztage schmolz. Ein besonderer Brennpunkt war Schleswig-Holstein. Nach dem Tod des dänischen Königs Christian VIII. im Januar ging sein Nachfolger energisch daran verfassungstechnisch eine Annexion Schleswigs vorzubereiten. Die Herzöge protestierten und die bürgerlichen Führer der deutschen Bewegung riefen den Notstand aus, denn der König sei seiner Handlungsfreiheit beraubt, beriefen sich auf das echt zum Widerstand und bildeten am 24. März eine provisorischen Landesregierung. Das war ein unmittelbarer Angriff gegen den Repräsentanten einer Monarchie, hier machte die Revolution nicht vor dem Throne halt. Im nationalen Konflikt um Schleswig-Holstein überwand das Bürgertum seine Spaltung, die reformistisch konstitutionelle Bewegung geriet in eine Aktionsfront mit den demokratischen Republikanern aus rein nationalpolitischen Zielen. Volksbewaffnete Freischärler stürmten nach dem Einmarsch dänischer Truppen in den Norden, verbanden sich mit preußischen Truppen und machten auch dort die Demokratisierung möglich. Das hätte fast einen europäischen Krieg bedeutet, wenn nicht die Reaktion die Ereignisse im September 1848 in Österreich, Preußen, Baden entschieden hätte. In Wien wurde die Opposition scharf unterdrückt und verstärkte die Not eines verelendeten Vorstadtproletariats. Mit dem bekannt werden der Ereignisse in Paris wurden auch hier Petitionen eingereicht. Der Landtage trat am 13. März zusammen, Mitglieder aus allen Schichten versammelten sich vor dem Ständehaus, der Rücktritt Metternichs wurde gefordert. Die Stände versuchten hinzuhalten, die Menge stürmte das Haus, Militär rückte heran, dadurch Barrikadenbau und militärischer Zusammenstoß. Die Revolution lief in zwei Zonen: in der Innenstadt, eher in bürgerlichen Bahnen, in den Wiener Vorstädten als Sozialrevolte mit Plünderungen. Metternich

wurde zum Rücktritt bewegt und ein kaiserliches Manifest mit einem vorbehaltlosen Verfassungsversprechen und der Aufhebung der Zensur erlassen. Ein Bürgerausschuss stellte die städtische Verwaltung. In Preußen fand die Revolution zuerst in der Rheinprovinz statt. Über Petitionen wurde eine einheitliche Oppositionsfront gebildet. Das waren aber drei unterschiedliche Richtungen. Großbürgerliche Wirtschaftsliberale wünschten volkstümliche Reformen und eine liberale Fortentwicklung, Rechtskontinuität und Kooperation mit dem konstitutionellen Adel. Liberaldemokratische Kreise wollten vom König eine preußische Repräsentativverfassung, allgemeines Wahlrecht und ein nationales Parlament. Sozialrevolutionäre forderten auf der Kölner Volksversammlung mit Intellektuellen des Kleinbürgertums und der Unterschicht, die Aufhebung des stehenden Heeres, Volksbewaffnung, Schutz der Arbeit, Sicherung der Lebensbedürfnisse, Erziehung der Kinder auf Kosten des Staates. In Berlin entwickelte sich auch hier seit dem 6. März aus einer Reihe von Volksversammlungen die Revolution. Die Aktion wurde meist gesteuert von einer Gruppe demokratischer Literaten der Berliner Zeitungshalle. Als Residenz und politischen Mittelpunkt Preußens entwickelte hier eine schärfere Dynamik. Seit dem 13. März stationierten hier Soldaten. Es entwickelte sich ein emotionsgeladenes Spannungsfeld zwischen Zivil und Militär. Die Stimmung wurde durch Todesopfer gesteigert. Am 18. März kam es zur Eskalation. Die Menschenmenge jubelte dem König zu, aufgrund der erlassenen Patente zur Aufhebung der Pressezensur und zur Einberufung des Landtages zum 2. April. Es fielen zwei Schüsse und gaben dass Signal für eine Straßen- und Barrikadenschlacht. Der König ließ das Militär ohne Bedingungen vom Schloss abziehen, und bekundete den Märzgefallenen seine ehrende Anteilnahme. Den Ausgang stiftete zwei Missverständnisse, die für den weiteren Verlauf großes Gewicht hatten und das politische Urteil der Revolutionäre stark beeinflussten. Die Revolution hatte nur einen Scheinsieg für das Militär und Fürsten erlangt. Das Militär war nur zurückgedrängt, nicht übernommen, die Truppen bleiben aber loyal dem König gegenüber. Der König hatte sich zur Verfassung und zur deutschen Einheit bekannt, seine Potsdamer Rede, durch das Anlegen von schwarz-rot-goldenen Armbinden (gesetzlich verbotene Farben) und die Proklamation „An mein Volk und an die deutsche Nation“ bekräftigten dieses Urteil. Er nährte damit aber nur die Hoffnungen der Nationalbewegung und glaubte, er böte sich als Rückhalt eines nationalen Einigungswerks auf der Basis einer geschriebenen Verfassung an, wollte nur Zeit damit gewinnen und weiteres Blutvergießen verhindern. Stattdessen wurde bereits die Gegenrevolution, z. B. von Otto v. Bismarck vorbereitet und damit war der sogenannte „ Sieg des liberalen Bürgertums“ nur ein Pyrrhussieg. Bereits in den letzten Märztagen bildete sich eine ultraroyalistische Gruppe, die als Schattenregierung arbeitete. Das Bürgertum hatte die Revolution kaum mit der Tat getragen (am 18. waren vor allen dingen Handwerker und Gesellen gestorben), der Monarch hatte zwei neue Minister eingesetzt, die er zwischen März und Dezember sechsmal wechselte, Militär, Diplomatie und Verwaltung blieben in seiner ständigen Verfügungsgewalt. Während sich die Revolution bereits in anderen deutschen Staaten verrechtlichte, ereignete sich im südlichen Baden Anfang April der Hecker-Aufstand. Dieser hieß so, wegen des Wortführers der republikanischen Bewegung, dem Advokaten Friedrich Hecker. Er war politisch damit beschäftigt, das „Vorparlament“ in eine permanente revolutionäre Körperschaft zu wandeln, gescheiterte aber. Er wollte die Revolution weitertreiben, wartete auf den richtigen Augenblick. Er konnte mit anderen Anführern etwa 10 000 Mann mobilisieren, die sich auch bewaffneten. Die badische Regierung erbat sich eine

militärische Intervention der Bundesversammlung. Die Hecker-Leute wurden von 30 000 Soldaten niedergeschlagen. Die Bedeutung der Revolution in Baden war, dass das Hecker den ersten gewaltsamen, durch Volksbewaffnung organisierten, nach innen gerichteten Freischarenzug zum Sturz der Monarchie wagte. Vorher war die Revolution eher spontan und in Einzelaktionen. Die Frage war immer wie viele Leute würden mitmachen, den Hecker-Aufstand damit zu einer ernsthaften Bedrohung machen. Er hatte einen starken sozialen Rückhalt. Der Zug wirkte wie eine Agrarrevolution. Der Bundestag zeigte seine vollständige exekutive Macht, über die bis dahin Unklarheit geherrscht hatte und die Truppen bewiesen Zuverlässigkeit im Kampf gegen die Revolution. Die Konstitutionellen zeigten sich bereit die Gewalt der Demokraten mit Gegengewalt zu beantworten. Das Ziel der Demokraten war, die Truppen auf die Verfassung zu vereidigen. Damit waren sie für ihre Sache, die Liberal-konstitutionellen Anhänger der Monarchie mit ihrem Teil der Revolution noch mehr verrechtlichen, um sie zu bändigen. Hier wurden die Chancen der Revolution ausgelotet, die Handlungsspielräume waren im April 1848 geringer, als zu meist angenommen wurde.

2.1. Die Märzministerien

Die Märzministerien waren die Antwort der Fürsten auf die Revolution, abgehoben von der Basisrevolution als Weg der Verrechtlichung, liefen sie in den letzten Märzwochen an. Die Umbildung der Kabinette wirkte auf breite Kreise des Bürgertums sehr beruhigend, die Revolution konnte geschlossen werden. Sie nahmen eher zögernd Reformen in Angriff, da sie sich ihrer legislativen Funktion nicht sicher waren und übernahmen lieber die Ausübung exekutiver Gewalt. Damit erfüllten sie die Funktion, die ihnen die Fürsten zugedacht hatten. Die Politik der Märzministerien lief parallel mit der Provisorischen Zentralgewalt. Es fand auch die Bildung der politischen Interessengruppen mit Presse und Zensur statt. Der Bundestag in Frankfurt/Main fordert am 30. März 1848 die deutschen Einzelstaaten auf, Volkswahlen abzuhalten. Damit kamen sie Märzforderung nach Parlamentswahlen nach. Die Wahlvorbereitungen führten zu einer Klärung der politischen Lage und die Parteien wurden sich ihrer Identität bewusst.

Regionaler Verlauf im Vormärz – das Beispiel Erfurt

Die Nachrichten von den Februarereignissen in Paris fanden auch in Erfurt großen Widerhall. Es wurden die Forderungen laut nach den Einberufungen des Vereinigten Landtages und der Modifizierung des Wahlrechtes. Oberpräsident von Bonin traf bereits Ende Februar amtliche Vorbereitungen hinsichtlich der zu erwartenden Ereignisse. Anfang März druckte die „Erfurter Zeitung“ die in anderen Städten gestellten Forderungen: Pressefreiheit, allgemeine Volksbewaffnung, Einberufung eines deutschen Parlaments und eine zeitgemäße Verfassung. Die „Thüringer Zeitung“ berichtete über revolutionäre Vorgänge in den benachbarten Staaten, wie am 3. März Gotha, 8.März Weimar, 9. März Arnstadt, am 11. März in Weimar. Hier kam es auch zu Märzministerium. Am 9. März kam es in Erfurt zu aufregenden Reden und Agitationen in Bierlokalen und Kaffeehäusern. Am 10. März beriet die Stadtverordnetenversammlung in einer vertraulichen Sitzung über die Abgabe einer Petition Erfurter Bürger an den König, die Einberufung eines Vereinigten Landtages betreffend. Am 12. März war ein Plakat an die Tür der Sparkasse geschlagen

„Mitbürger von Erfurt, jetzt ist die Zeit entweder für Freiheit oder Tod. Nieder mit der Regierung, den Faulenzern“

Am nächsten Tag kam es zu Demonstration für niedrige Bierpreise, dabei wurde das Lied „Ein freies Leben führen wir“ gesungen. Zudem wurden Fensterscheiben von Brauern und Gastwirtschaften eingeworfen. Am 14. März eskalierten die Unruhen. Vor dem Polizeigebäude in der Augustinerstraße kam eine große Menge zusammen, die tobten und schrien. Sie zogen durch die Straßen und stießen dann mit Militär zusammen. Soldaten machten ohne Kommando abzuwarten von der Schusswaffe Gebrauch. Dabei wurden zwei getötet, und 5 verletzt, außerdem 19 Personen verhaftet und auf den Petersberg gebracht. Es waren zumeist Handwerker. Den Straßenprotesten folgte am Abend die Zerstörung der Wohnung des Regierungsrates von Ehrenberg, dieser war bei den unteren Schichten sehr verhasst, da er einen Prozess gegen Krackrügge geführt hatte. Außerdem wurden zwei Häuser von Brauereibesitzern angegriffen und zum Teil demoliert. Die herbeigeeilten Polizeibeamten und der Oberbürgermeister konnten die Lage nicht entschärfen, eher das Gegenteil. Sie wurden auch verhöhnt. Danach zog die Menge durch die Stadt. Die Polizei schätzte 1000 Personen. Am nächsten Tag wurden Ansammlungen und Herumziehen polizeilich verboten. Die Nachrichten von den Berliner Straßenkämpfen sorgten aber für weitere Unruhe. Die Erfurter Zeitung kommentierte: die revolutionären Handlungen wurden als große Tage, nicht nur in der Geschichte Preußens, sondern der Weltgeschichte bezeichnet. Alle Verhältnisse Deutschlands werden nun einen anderen Standpunkt gewinnen. In der Nacht des 19. wurden Flugschriften in die Briefkästen geworfen, auf denen gedroht wurde, Häuser anzuzünden, wenn die inhaftierten Teilnehmer des 14. März nicht freigelassen würden. Ihre Entlassung war am 22. März, da der König am 20. März eine Amnestie für sämtliche politischen Verbrechen erlassen hatte. Es kam zur Beruhigung auch in Erfurt nach Einsetzung des Berliner Märzministeriums. In der Presse war zu lesen, in der Erfurter Zeitung, es sei ein königliches Geschenk, dessen sich jeder Preuße würdig erweisen müsse, in dem er königstreu ist. In der Thüringer Zeitung wurde Einigkeit und Energie für die konstitutionelle Umgestaltung Deutschland gefordert. Für Erfurt wurden keine Veränderungen der städtischen Verwaltung gefordert. Nach dem 14. März bildete sich in jedem Erfurter Stadtbezirk eine Bürgerwehr. Außerdem forderte die Regierung zu Erfurt zur Bildung eines „Bürger-Sicherheits-Vereins“. Meistens Mitglieder aus der sozialen Mittelschicht, Kleinbürgertum, etwa 2000 Erfurter traten im Frühjahr ein. Ihre Aufgaben war die Polizeibehörde bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und bei Stillung und Unterdrückung von Tumulten und Aufruhr von Gewalt, anmahnend und begütigend wirkt und die Ruhestörer zu ermitteln half [...] bei ihrem eintretenden Wirken werden die Bürgerwehr und ihre Mitglieder als Abgeordnete der Obrigkeit betrachtet. „Bezirks-Schutzvereine“ auf Wunsch der Mitglieder unbewaffnet, trugen auf nächtlicher Patrouillen nur Stöcke, deshalb den Namen „Knüppelgarde“. Sie erhielten aber schon Ende März die Erlaubnis Gewehr zu tragen, diese wurden ihnen auch zugewiesen. In Preußen wurde das Land mit dem am weitesten reichenden Wahlrecht für Männer ausgestattet. Die Wahlvorbereitungen führten auch in Erfurt zum ausdifferenzieren der politischen Lager, die Demokraten erhielten Rückhalt aus dem Bürgerhilfsverein und dem Schutzbürgerverein, die monarchistisch-konservativ eingestellten, waren um die Erfurter Zeitung und im Volksverein organisiert.

Kurzbiographien

Krackrügge war 1838 als Seilerwarenhändler nach Erfurt gezogen. Er war politisch engagiert, trat für die Beseitigung von Missständen innerhalb der Erfurter Kommunalverwaltung und deren Demokratisierung ein. Er geriet schon früh 1840 mit der preußischen Bürokratie in ersten Konflikt, stieg zum Stadtverordneten auf, wurde Wortführer der oppositionellen Bewegung in Erfurt, als Vorsteher des Bürgerhilfsvereins, war Sprecher der Erfurter Sänger, trat als Journalist und Redakteur in Erscheinung. Seit 1847 gab den „Deutschen Stadt- und Landboten“ heraus, das brachte ihm einen Gesinnungsprozess ein, weil er kritisch über gesellschaftliche Zustände berichtete, dieser machte ihn in ganz Deutschland bekannt. Ende 1847 trat er eine mehrmonatige Zuchthaustrafe an. Die Haftentlassung war im Frühjahr 1848. Er wurde mit Begeisterung von Erfurtern empfangen und nahm seine politischen Aktivitäten wieder auf, indem er Mitbegründer des Erfurter Volksvereins wurde, auch weiter Vorsteher des Bürgerhilfsvereins, auch publizistisch weiter aktiv, versuchte zuerst eine vermittelnde Rolle zwischen demokratischen und konservativen Kräften zu spielen. Erst bei einer Debatte über seine Nominierung für die preußische Nationalversammlung entschied er sich für das demokratische Lager. Er wurde am 8. März 1848 als Abgeordneter gewählt, zählte in der preußischen Nationalversammlung zur linken Fraktion, wirkte stark in Berlin, aber auch weiterhin in Erfurt, mit seinen Forderungen nach Aufklärung der Vorgänge vom 14. März und der Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer trug er zur weiteren Polarisierung der politischen Lager in der Stadt bei. Er blieb auch nach 1848 weiterhin aktiv auch wenn das monarchistische Lager in stark anfeindete. Er kämpfte gegen den Belagerungszustand, setzte sich für eine Amnestie ein und die Abschaffung des Bürgergeldes. Im Jahr 1849 wurde er wegen Steuerverweigerung angeklagt, aber freigesprochen, blieb auch in den 50ern als Vorsteher des Bürgerhilfsvereins aktiv, in den 70ern siedelte er nach Berlin über, danach gilt er als verschollen.

Berlepsch wurde 1814 in Göttingen geboren. Seine Familie siedelte vier Jahre später nach Erfurt über. Er war nach Gymnasium, Handelsschule und Lehrzeit als Buchhändler tätig und betrieb eine Leihbibliothek. Er gründete 1844 den Erfurter „Stadt- und Landboten“, mit Krackrügge zusammen. Er kritisierte Kommunalangelegenheiten und Steuerfragen. Im Jahr 1845 trat er in den Erfurter Bürgerhilfsverein, arbeitete mit Krackrügge zusammen. Deshalb wurde der Verein eine Hochburg der liberalen Erfurter Bürger. Er wurde durch seine Arbeit sehr populär und 1846 zum Stadtverordneten gewählt. Er geriet immer wieder in Widerspruch zur preußischen Bürokratie, so wurden Fiskalprozesse geführt um die Arbeit mit dem Stadt - und Land-Boten zu behindern und sie zu schikanieren. Im Juli 1847 wurde Berlepsch wegen der Beleidigung eines Offiziers zu einer achtwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt und wegen eines weiteren Prozesse musste er sein Amt als Stadtverordneter niederlegen. Im Jahr 1847 gründete er in Arnstadt die Thüringer Zeitung gegründet, die ab September erschien. Die Ausrichtung wurde demokratisch und radikaldemokratisch während des Revolutionsjahres 1848. Berlepsch galt bald als führender Demokrat in Erfurt, besonders durch seine Tätigkeit als Vorsteher des Schutzbürgervereins und als Initiator der Thüringer Volkstage, war eine bekannter Agitator, der in Thüringen und in andere Städte reiste um vielfältige Kontakte zu anderen Demokraten und Republikanern zu halten. Er verfolgte aber auch persönlich ehrgeizige Pläne, er wollte an die Spitze eines geeinten thüringischen Staates treten, schätzte deshalb

die Stärke der Demokraten am 24. November falsch ein. Daraufhin musste er sich tagelang in Erfurt verstecken, und flüchtete dann in die Schweiz, wo er wieder als Publizist arbeitete. Er ließ sich in St. Gallen nieder, und schrieb 1949 ein Buch zu den Vorgängen 1848 in Erfurt „Berlepsch und der Belagerungszustand zu Erfurt“. Er war dann nicht mehr politisch tätig, erhielt 1851 das Kantonsbürgerrecht und veröffentlichte Werke zur Fauna und Geologie der Alpen, die sehr erfolgreich waren. In Abwesenheit wurde er zu sechs Jahren Festungshaft verurteilt. Er kehrte nicht mehr nach Deutschland zurück, obwohl er ab 1865 Straffreiheit erhielt.

Literaturverzeichnis

Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung (Hrsg.), Königstreue und Revolution; Erfurt, eine preußische Stadt im Herzen Deutschlands, Katalog und Begleitbuch zur Ausstellung, Erfurt 1999.

Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Moderne Deutsche Geschichte, Band 5, suhrkamp verlag, Frankfurt/Main 1985.

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Der Mythos Ernst Thälmann

Der Mythos Ernst Thälmann

Einleitung

Ich entwickelte früh ein Interesse an der Person Thälmann durch die eigene Biographie. In der Grundstufe der POS wurde mir noch die Geschichte von Teddy Thälmann erzählt und selber war ich schließlich Thälmann-Pionier. Es folgte die Wahrnehmung als Märchen oder nette Erzählung, der Film als Unterhaltung. Der Zusammenbruch der DDR führte zu einem Geschichtsboom besonders bei ehemaligen DDR – Bürgern, die sich nun mit den Historikern auf den erleichterten Wegen in den Archiven nun um ein nicht mehr verordnetes Geschichtsbild bemühen. Das stellte einen politischen Kampfplatz um Schuld, Abrechnung, Bestrafung, Amnestie und Amnesie dar. In der historischen Wendediskussion ging es um die Bewältigung der DDR – Vergangenheit, die Tätigkeit der Staatssicherheit, Kontroversen um die Stasi – Akten, strafrechtliche Verfolgung führender DDR – Politiker, Straßennamen und natürlicher der Umgang mit den politischen Denkmälern, wie Lenin und Thälmann. In dieser teilweise sehr hitzigen Diskussion erschien das Buch „Thälmann ist niemals gefallen?“, dem eine „Anti – Thälmann – Kampagne“ vorgeworfen wurde. Die Hitze der Diskussion liegt darin begründet, dass es sich hierbei nicht nur um ein nettes Märchen oder eine Erzählung handelt, sondern das mit dem Mythos Ernst Thälmann der Versuch der nationalen Identitätskonstruktion der DDR vorhanden ist. Die Diskussion wurde also um das Erbe der DDR geführt, über den Wert ihrer Gesellschaft u.ä., dass sich hierbei gerne die neuen Verwalter mit einem überragenden Erkenntniskapital gegenüber den Ureinwohnern hervortaten. Eine Arbeit über Ernst Thälmann kann also die Geschichte der DDR nicht außen vorlassen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände habe ich meine Arbeit in drei etwa gleichwertige Teile strukturiert. Im ersten Teil wird es um das Verhältnis der KPD und Ernst Thälmann gehen, dabei vermeide ich dieses Verhältnis im Sinne der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung zu definieren. Der zweite Teil konzentriert sich auf die Darstellung des Mythos in seinen unterschiedlichen Phasen und Ausprägungen. Drittens werde ich den Versuch einer Konstruktion seiner Biographie als historische Person vornehmen. In einem allgemeineren Teil werde ich die Besonderheiten eines sozialistischen Mythos ausarbeiten und die Merkmale eines antifaschistischen Helden beschreiben.

Politische Verhältnisse

Die Erfahrung des I. Weltkrieges und die Berichte über die Revolution in Polen und Russland hatten sich weite Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft radikalisiert. Enttäuscht durch die Burgfriedenpolitik der SPD wurde 1918/19 die KPD aus einem Teil des Spartakusbundes und Bremer Linksradikalen gegründet. 1920 spaltet sich die USPD in einen linken und einen rechten Flügel der sich jeweils der KPD und der SPD anschloss. Nun wurde die KPD auch zu einer Massenbewegung von ihren vorher rund 80.000 Mitgliedern gab es nun fast eine halbe Million. Sie unterstützten die Diktatur nach Sowjetmodell. Einer der Wegbereiter war Thälmann, er hatte sich auf dem Spaltungsparteitag in Halle mit einer Mehrheit der Hamburger USPD für einen Anschluss an die Komintern ausgesprochen.

Verhältnis zur Sozialdemokratie in der Weimarer Republik

Die KPD fuhr zwischen 1925 – 1928 mit verschiedenen Konzepten. Der Kurs der Bolschewisierung der KPD, den Thälmann gläubig verfocht, setzte auf den Parteityp der Bolschewiki, d.h. eine stetig ansteigende Ausgrenzung von Positionen, die von den sowjetrussischen Erfahrungen abwichen, mit dem Leninismus als Weiterentwicklung des Marxismus wurde der Anspruch auf ein Wahrheitsmonopol instrumentalisiert, die Lenins Auffassungen dogmatisierten und katechisierten. Deshalb wurde Thälmann als Parteiführer 1925 installiert, und arbeitete an der These des Sozialfaschismus, mit einer Analyse des Niedergangs des Kapitalismus. Er leitete auch einen Versöhnungskurs ein, zwischen den Kräften der ehemaligen linken Opposition, der Mittelgruppe und auch einige Rechte näherten sich in einem widerspruchsvollen Prozess an. Zwischen 1925 und 1928 wurde eine realistischere Politik mit an Tagesaufgaben orientierten Aktionsprogrammen geführt, damit ging eine bessere Analyse der Weltwirtschaftskrise einher. Das bedeutete für sie nur einen zeitweiligen Niedergang, keine Änderung der Verhältnisse. Clara Zetkin war in kritischer Distanz zu Thälmann, da sich dieser sich vorbehaltlos mit dem stalinistischen Kurs der KPD identifizierte. 1928 nach dem VI. Weltkongress der Komintern und der Zerschlagung der Bucharin-Gruppe gab es keine Alternativen zur stalinistischen Politik, obwohl es die Möglichkeit bis 1934 noch gegeben hätte. Im Jahr 1927 beschloss die KPD auf dem 12. Parteitag den Ausschluss der KPD (O). Das war eine Zäsur für die Verbindung der Frühgeschichte der KPD. Die Politik der KPD ist also nicht nur auf den Einfluss Moskaus zurückzuführen. Auf dem Parteitag setzte sich das bessere Führungskonzept durch. Ab 1935 wurden Thälmanns engste Freunde in der KPD – Führung entmachtet. Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck hatten nun die Parteiführung inne, die sie auch nicht mehr aus den Händen geben wollten. Sie schufen einen Thälmann der als Paradebeispiel für die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Deutschland im Ausland galt. Sie nutzten ihn für die Parteipropaganda.

Bedeutung für die DDR

Seit 1956 galt der Kult um Stalin als verpönt. Mit Ulbricht war wenig Staat zu machen. Der biedere Pieck noch der verklemmt Honecker besaßen Ausstrahlungskraft. Deshalb wurde Thälmann als Vorbild der DDR, die sein Vermächtnis erfüllt, eingesetzt. Die Thälmannlegende sollte den Machtanspruch der SED, besonders ihres Politbüros historische begründen und rechtfertigen. Die Inszenierung des Thälmann – Kultes war der formulierte Anspruch auf die führende Rolle der Exilpolitführung der KPD im neuen Staate DDR. Ihm wurde eine große Bedeutung beigemessen. Es gab Gedenkorte, Tage, stunden mit entsprechenden Zeremonien, 10 Ausstellungen, 15 Denkmäler, 80 Gedenksteine, 9 Büsten, unzählige Gedenktafeln, Filme, Bildbände, Wanderausstellungen, Dia – Ton – Vorträgen, Schulungsmaterialien. Diese Kulturprodukte wurden für jede Altersgruppe aufbereitet.

Die Legende

1. der Mythos vor 1933

Ernst Thälmann war eine populäre Figur mit seiner charakteristischen Gestalt, der Lederjacke und Mütze, sowie seinem Beinamen „Teddy“. Er besaß Ausstrahlung und Sinnlichkeit. Es gab die Legende vom mitreißenden Redner, vom Helden des Hamburger Aufstandes. Nach 1933 wurde er zum Symbol der verfolgten Arbeiterbewegung. Aber das Bild auf den Solidaritätsveranstaltungen verlor an Authentizität. Parallel zur Erhöhung und Entrückung verlor er an Einfluss innerhalb der Führung. Ab 1935 auf der Brüsseler Konferenz vollzog die Partei wieder eine ihrer berühmten Wendungen, distanzierte sich vom Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die Verantwortung wurde zwar nicht offiziell Thälmann zugeschoben, aber seinen Anhängern. Damit verlor er seine Hausmacht. Die Nachfolger hatten mehr Interesse an einem Symbol für den kommunistischen Kampf, als einem politischen Konkurrenten. Nach 1945 trat eine Pause in der Heldenverehrung ein, die in den damaligen Machtverhältnissen zugrunde lag. Der antifaschistische Konsens war die Rücksicht gegenüber dem Widerstand anderer Bevölkerungsteile und die Rücksicht bei Vereinigung der SPD und KPD zur SED. Bei den Sozialdemokraten war Thälmann eher ein Feindbild, wegen Schlägereien. Mit dem Kaltem Krieg gewann Thälmann wieder an Bedeutung.

2. die erste Phase in der DDR um 1950

Die erste große Biographie kam 1948 von Ernst Bredel heraus. Das Vorwort war von Wilhelm Pieck. Es entwarf die Grundlinien, die charakteristisch für eine Thälmann – Biographie wurden. Es wurden in zwei wichtigen Bereichen „Verschönerungen“ vorgenommen: 1. im politischen Programm, 2. in seiner persönlichen Biographie. Die Bildung des leninistischen Thälmannschen Zentralkomitees ist das Kernstück der Legende, in der SED – Geschichts-schreibung wurde er 1925 Parteivorsitzender, und sie konstruierten einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen den wahren proletarischen Linken und den ultralinken Intellektuellen. Die tatsächlichen Unterschiede zwischen der massenverbundenen Partei – und Gewerkschaftsfunktionär Thälmann mit der Fischer/Maslow – Gruppe wurde stark überbetont, die Verantwortung für die Krise der KPD in der Weimarer Republik, in der sie zwei Drittel ihrer Mitglieder verlor trat zurück. Die Wittorf – Affäre, eigentlich sehr bedeutsam für die Karriere Thälmanns, wurde von der SED – Geschichtsschreibung sehr gering bewertet, in der offiziellen SED – Biographie wurde die Auseinandersetzung um die Korruptionsaffäre eines engen Freundes Thälmanns, des Politischen Sekretärs der KPD – Bezirksorganisation Hamburg John Wittorf als Aufnahme des Kampfes um die Parteiführung durch die „Versöhnler“ mit „prinzipienlosen, fraktionellen Methoden“ dargestellt. Es bedeutete aber auch, die Verschweigung der Sozialfaschismusthese. Zu den Eltern wurde gesagt, dass die Mutter kaum genannt wurde. Vater Jan war ein „Mitkämpfer der Sozialdemokraten“, dessen Wirtschaft ein Parteilokal war mit illegalen Zusammenkünften, deshalb Vater „Opfer der Polizeiwillkür“ unter dem Sozialistengesetz 1888. Die Umstände seiner Verhaftung waren auch nebulös. Ihr ging die Ermordung seiner engsten Mitarbeiter durch den NKWD voraus. Bedeutend war das Desinteresse der KPD – Führung und Stalins an seiner Freilassung. Er empfand Verzweiflung und Einsamkeit in der Haft. Seine Gefängnisschriften wurden nur marginal als Quellen benutzt. Ab 1950 verstärkt sich die Legendenbildung. Thälmann wurde

wichtig im Kalten Krieg. Die Inszenierung des Thälmann – Kultes war der formulierte Anspruch auf die führende Rolle der Exilpolitführung der KPD im neuen Staate DDR. Das Thälmann – Bild wurde vor die komplexe Realität des Widerstandes und Verfolgung gestellt, mit den Widersprüchen und Brüchen, Grauzonen von Verrat, Kollaboration, Versagen, Fehlentscheidungen. Die Vorstellungen eines internationalen Mahnmales für den Widerstand in Berlin wurden ab 1952 abgelöst von Thälmann – Vorschlägen für ein Mahnmal. Es wurde Druck ausgeübt, wenn Thälmann nicht als die Inkarnation des Widerstandes berücksichtigt wurde. Es gab eine Zäsur bei der Installierung 1953 in der Gedenkstätte in Ziegenhals. Zur Eröffnung hielt Ulbricht eine Rede. In dieser wurde Thälmann als das Ideal eines populären Arbeiterführers und Protagonisten einer heroischen Kampfzeit dargestellt.

3. die zweite Phase in der DDR in den 60er / 70ern

Die 1979 verfasste „Thälmannbiographie“ erhielt den „Nationalpreis der DDR I. Klasse“ mit 100 000 Mark dotiert aus der Hand Honeckers für den „Dienst an der Klasse“ und einer „realsozialistischen Tat“. Die Briefe Thälmanns aus dem Gefängnis wurden zu Quellen erklärt, aber die Originale in den Archiven gesperrt. Nur die redigierte Veröffentlichungen von Dr. Lothar Berthold 1965 als Möglichkeit der Einsichtnahme vorhanden. Sie wurden genutzt für Biographie, Filme und Bücher und aus ihnen auf vielen Veranstaltungen zitiert. Die Tochter schrieb auch einen kleinen Band „Erinnerungen an meinen Vater“ der die SED - Geschichtsschreibung bestätigt. Sie sprach von der innigen und herzlichen Beziehung über ihren unvergessenen Vater, war besonders für Kinder in der DDR gedacht. Die Filme „Sohn seiner Klasse“ und „Führer seiner Klasse“ bestätigten dass des gewünschte Thälmann. Er wurde als ein „vorbild- und beispielhafter“ „Revolutionär“ dargestellt. Am 10. März 1971 wurde von dem SED – Zentralkomitee die Konzeption der Thälmannbiographie beschlossen. Sein Bild war ein „klassenbewusster Arbeiter und konsequenter Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, die

„Typische Verkörperung der vom Leninismus und von der Kommunistischen Internationale geformten Kämpfer für die Partei neuen Typus.“

Die Darstellung in der künstlerischen und öffentlichen Bildwelt, stellt einen Thälmann als generelles Heroenbild dar, mit wenigen signifikanten Zeichen (hoch die Faust). Er wurde immer mehr zu einem verallgemeinerten Symbol. Seine historische Person wurde durch den Mythos eines permanenten Revolutionärs ersetzt.

Eine rekonstruierte Biographie

1. Kindheit

Der Vater war Fritz Johann Amandus Thälmann, 11. April 1857 in Weddern, Holstein geboren. Er war erst Knecht, dann wurde er eingezogen als Soldat des „Ersten Garderegiments zu Fuss“ in Potsdam. Nach der Militärzeit nach wanderte er nach Hamburg aus. Er heiratete am 3. Mai 1884. Die Mutter war Maria Magdalena Kopheisz. Sie wurde am 8. 11. 1857 in Kirchwerder, Vierlanden geboren. Sie brachte 40 000 Mark als Aussteuer in die Ehe. Sie fügte sich in allem ihrem Mann. Der Vater kaufte ein Haus mit Grundstück in der Wandsbeker

Chaussee 283 bis Seumestr. 4 in Hamburg. Nach der Geburt des Sohnes 1886 übernahm er die Kellerkneipe. Im Jahr 1892 wurden beide Eltern zu zwei Jahren Zuchthaus wegen Hehlerei verurteilt. Sie hatten gestohlene Waren aufgekauft und in Zahlung genommen. Entgegen der DDR-Biographie war Thälmanns Vater keineswegs ein Sozialdemokrat. Thälmann schrieb selber im Gefängnis in seinen biographischen Erinnerungen, dass sein Vater allen möglichen bürgerlichen und militärischen Vereinen angehörte. „Die Mutter, die nie politisch eingestellt war, blieb stets religiös und hat diesen ihren Glauben mit ins Grab genommen." Der Vater wurde von Verwandten, ehemaligen Nachbarn und Kollegen der Familie als „dickköpfig, autoritär, geizig" beschrieben. Sein eigenes Vergnügen war das „Skatspielen bei Bier in Männerrunden". Auch die Schwester Thälmanns blieb unerwähnt. Die Schwester war Frieda Helene Marie Thälmann. Im Jahr 1887 geboren, zeitlebens unpolitisch, nicht sehr gebildet und religiös. Beide Kinder wurden von unterschiedlichen Pflegefamilien versorgt. Die Mutter wurde nach einem Jahr entlassen, verkaufte auf dem Hopfenmarkt Gemüse und Früchte um die Kinder zu versorgen. Sie gründete zwei Geschäfte, einen Grünwarenladen sowie einen Fischladen. Sie nahm sich wenig Zeit für die Kinder. Das war in diesem sozialen Milieu auch nicht üblich. Der Vater arbeitet für die Post, dann später betrieb er ein kleines Fuhrunternehmen. Ernst musste schon früh in den Geschäften und beim Vater mitarbeiten, so blieb wenig Zeit für die Schule und Schularbeiten. Wurde er mit Büchern ertappt, gab es Prügel. Trotzdem sehr wach, konnte rechnen, bevor er in die Schule kam. Er war sehr gut in der Schule, kam deshalb in die Selekta. Der Vater war stolz auf ihn, beschrieb ihn als hübschen, schlauen Jungen, eben ein Stammhalter. Der Schwester hingegen war eine andere Rolle zugewiesen, die sie gegenüber Ernst benachteiligte, dass sah er jedoch auch Jahre später nicht. Er nutzte stolz seine eigenen Fähigkeiten das Lernen betreffend um sich gegenüber ihr aufzuwerten. Ein Bewusstsein über die soziale Rolle der Frau wendete er nicht im privaten an.

2. Jugend und Ehe

Der Sohn wollte ein Handwerk erlernen oder Lehrer werden. Geld für eine Ausbildung wäre vorhanden gewesen. Der Vater versagte ihm die Bildung, nur zur Gewerbeschule konnte er. Frieda war wie selbstverständlich auch das verwärt, sie arbeite im Haushalt. Mutter war eine Trinkerin, starb 1927 in einer psychiatrischen Einrichtung in Hamburg, dies blieb ganz besonders in der DDR unbenannt. Der Vater zahlt ihm keinen angemessenen Lohn, nur ein Taschengeld. Thälmann ging gerne feiern, seine Schwester auch. Beide oft im gleichen Lokal, wenn er kam, musste sie hinten gehen, er sah es nicht gerne, dass sie sich „mit Husaren tanzte". Mit dem Vater gab es oft Streit, der Vater trank auch viel. So gab es oft Prügel. Die Mutter spielt keine Rolle bei den Streits. Thälmann haute von zu Hause ab, verabschiedet sich von der Mutter, arbeitet in einer Fischmehlfabrik, wo er für gleiche Arbeit, weniger Lohn erhält als die älteren. Im Jahr 1903 tritt er in SPD ein. Ein Jahr nach Verlassen des Elternhauses mit dem er sich inzwischen wieder versöhnt hatte. 1904 trat er in die Gewerkschaft ein und wirkte als Funktionär der Transportarbeitergewerkschaft. Im Jahr 1906 zog er zu den Eltern zurück, als Untermieter, wird bei Gelegenheitsarbeiten vom Vater ordentlich bezahlt. Ernst hatte sich durchgesetzt. Thälmann empfand trotzdem tiefen Respekt vor seinem Vater. Er frage ihn oft nach seiner Meinung, der Vater wandelte sich zu einem Anhänger. Von seinem Tod war er tief betroffen. Er erwähnte ihn oft. Vom Verlust der Mutter gibt es kein schriftliches Zeugnis. Seine Ehefrau wurde als beschränkt angesehen. Thälmann hielt sie mit Geld knapp. Sie heirateten im

Jahr 1915. Er wurde in den Krieg eingezogen, desertiert aber vom Heimaturlaub. Im Jahr 1918 trat er in die USPD ein.

3. Der KPD - Funktionär

Thälmann bekannte sich nicht zu der in der Sozialdemokratie ausgeprägten linken Gruppierung, welche 1918/19 die KPD (Liebknecht/Luxemburg) gründeten. Er vertrat orthodoxe sozialdemokratische Positionen, deshalb ging er zuerst zur USPD. Diese war prägend für sein theoretisches – politisches Profil. Er wirkte fast ausschließlich im regionalen Hamburger Bereich, galt als der Führer der linken USPD in Hamburg. Erst im Laufe 1923 fing er an eine zentrale Rolle in der KPD zu spielen. Er wuchs in die Führungsgremien hinein. Bereits 1921 war er Delegierter des III. Weltkongresses der Komintern. Thälmann wandte sich gegen Lenins Kritik an linksradikalen Positionen, versicherte aber seine zentralistische Disziplin. Die „Oktober – Niederlage“ 1923 führte zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, die die starke linksradikale Opposition der bisherigen Parteiführung (Brandler/Thalheimer) als rechtsopportunistisch zu diffamieren suchte. Ruth Fischer, Arkady Maslow, Werner Scholem eroberten die führenden Positionen, machten Ernst Thälmann zum stellvertretenden Parteivorsitzenden. 1925 spitzten sich die Gegensätze zwischen der Fischer-Gruppe, der Komintern – Führung und der innerparteiliche Widerstand gegen Stil und Kurs stieg an. Thälmann hatte sich treu den bolschewistischen Grundsätzen verschrieben. Die KPD – Führung wurde vom EKKI ausgeschaltet und Thälmann zum Vorsitzenden bestimmt. Er wurde als Führer auf Parteitagen begrüßt. Der Gruß der Genossen war mit „Heil Moskau“ radikal. Die Wittorf – Affäre seines Parteifreundes war ausschlaggebend für eine Suspendierung. Wittorf hatte Parteigelder unterschlagen, Thälmann versuchte die Unterschlagung zu vertuschen, zumindest die Aufklärung auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Die „Versöhnler“ erfuhren es, setzten beim ZK den Beschluss durch, Thälmann bis zur Klärung von seinen Ämtern zu entbinden. Die Komintern, also Stalin, griff ein und die Mehrheit der ZK – Mitglieder zog ihre Zustimmung zur Absetzung Thälmanns zurück (ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der dt. Arbeiterpartei), Thälmann war somit an die von inzwischen Stalin beherrschte Komintern und die KpdSU(B) gebunden, in der Partei wurden nun „Rechte“ und „Versöhnler“ ausgeschlossen. Die Partei war auch finanziell von der Sowjetunion abhängig. Es gab eine Rückkehr zur Politik der Sozialfaschismusthese und der Bewertung der Sozialdemokratie als der sozialen Hauptstütze des Imperialismus. Thälmann trug diese Politik maßgeblich. Damit wurde der Widerstand gegen den Nationalsozialismus verhinderte. Erst 1932 kam es zu einem einlenken mit der Gründung der Antifaschistischen Aktion. Am 03.03.1933 wurde Thälmann verhaftet.

4. Die Haft

Die Umstände der Verhaftung und seine Haftbedingungen wurden umgedichtet, wie das er widerstandslos mitging wurde nicht nachrecherchiert im Polizeibericht. Er hatte eine große Zelle. Er konnte den Besuch alleine empfangen, gab Wunschliste für Nahrungsmittel und Delikatessen ab. Er erhielt auch ein Radio. Es war also nicht zu vergleichen mit den Haftbedingungen seiner Parteigenossen.
Die Unwahrheiten über die Thälmann – Kuriere, waren die Verbindung zwischen dem Exil-Politbüro und Rosa Thälmann. In Wirklichkeit war die einzige Verbindung mit der Außenwelt, die Besuche seiner Frau Rosa. Sie schmuggelte

seine Anweisungen für KPD – Führung nach außen, und brachte Berichte über die Arbeit hinein. Dadurch gewann Rosas eine große Bedeutung als treue Gefährtin des Mannes. Thälmann sucht Halt in abstrakten, völkischen Ideen der Nazis. Die Briefe an Frau Rosa war ein Spiegel seiner Empfindungen. Sie wurden nur redigiert veröffentlicht und verwendet. Die Berichte der Thälmann – Kuriere wurden gar nicht beachtet. Er unternahm Bemühungen, seinen Überzeugungen treu zu bleiben, obwohl die Nazis Angebote machten. Die Briefe reflektierten sein Nachdenken, seine Grobschlächtigkeit, Rücksichtslosigkeit, Unduldsamkeit in Verständnis für andere. Er begann im Leid auf zu gehen, wurde ein „Glaubensmärtyrer", sagte schon 1937 zu Rosa „Die Partei sieht mich lieber drinnen als draußen, da es sonst mit ihrer Propaganda aus ist." Er nahm ein Glaubensmartyrium auf sich, seine Beweggründe für den Sozialismus waren nicht mehr interessengeleitet sondern, idealistisch. Hielt sich für „glaubensstark, glaubensfest, glaubenszukunftssicher, glaubenskämpferisch". Einen früheren Ideologen, der zum Theologen geworden war, konnte das SED – Politbüro nicht brauchen. Der „Brief an einen Kerkergenossen" wurde zum Kernstück der SED – Geschichtsschreibung. Wilhelm Pieck schrieb den Brief um und ließ weg, was nicht zum Bild passte, innerhalb des Briefes, aber auch über den Adressaten. Die historischen Umstände der Vereitelung der Flucht blieben geheim, sein unbekannter Kerkergenosse führte wahrscheinlich zu seiner Haftverlegung von Bautzen nach Schlesien. Thälmann schrieb viel über seine Tochter, machte sich viele Gedanken, hatte starke emotionale Beziehung zu ihr, sie aber nicht zu ihm. Der Thälmann – Kurier Edwin versuchte zu kitten, in dem er Briefe für sie schrieb, damit Thälmann eine Antwort erhielt.

Schlusswort

Der Mythos Ernst Thälmann verdeutlicht wie nichts anderes in der DDR die Abhängigkeit vom Einfluss der Sowjetunion und deren linientreu Politikvorstellung, im weiteren zeigt sich das der allgegenwärtige Personenkult sich als einziges Mittel durchsetzen konnte die Bevölkerung für den Kommunismus zu gewinnen. Der Versuch des Staates, eine Doktrin des Antifaschismus und Kommunismus aufzubauen, scheiterte nicht erst heute im Spotlicht der rechtsextremen Taten in den neuen Bundesländern. Dieser Widerspruch zwischen Überbau und der Basis wird erst verständlich, wenn ein drittes Motiv der Thälmannstaatsrezeption mitbedacht wird. Teddy wurde als Nationalheld konzipiert, dem Nationaldenkmäler gesetzt wurden. Zwar wollte sich der antifaschistische Staat DDR per eigene Definition von der Vergangenheit befreit sehen, und dem Bruch weit mehr praktiziert haben als sein Antagonist BRD, die mentalitätsgeschichtlichen Kontinuitäten sind jedoch offensichtlich.

Literaturverzeichnis

Monteath, Peter: Ernst Thälmann, Mensch und Mythos, Amsterdam – Atlanta 2000, in: Wallace, Ian, German Monitor No. 52.

Gabelmann, Thilo (d.i. Egon Grübel): Thälmann ist niemals gefallen? Eine Legende stirbt, Berlin 1996.

Behrenbeck, Sabine: Der Kult um die toten Helden,

Ernst Thälmann - Lebenslauf

1886
16. April: Ernst Thälmann wird als Sohn des Gemischtwarenhändlers Johannes Thälmann und dessen Ehefrau Magdalena (geb. Kopheisz) in Hamburg geboren.

1892/93
Wegen Unterschlagung verbüßen seine Eltern eine einjährige Zuchthausstrafe. Thälmann verbringt das Jahr bei Pflegeeltern.

1893-1900
Besuch der Volksschule in Hamburg.

1900-1902
Thälmann arbeitet als unbezahlte Aushilfe im elterlichen Geschäft.

1902/03
Er wird in das Schleswig-Holsteinische Fußartillerieregiment Nr. 9 einberufen. Wenig später erhält er wegen "Dienstunbrauchbarkeit" seine Entlassung.

1903
15. Mai: Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Er wird Mitglied des Zentralverbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

1903-1907
Tätigkeit als Transport-, Hafen- und Werftarbeiter in Hamburg.

1906
Die Politische Polizei legt über Thälmann wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten und seines politischen Engagements eine Akte an.

1907
Thälmann heuert auf einem Dampfschiff als Heizer an und befährt die Nordamerika-Route.

1907-1915
Er ist als Speicherarbeiter, als Schauermann und als Kutscher bei Hamburger Betrieben tätig.

1913
Thälmann unterstützt die Forderung Rosa Luxemburgs nach dem Massenstreik als Aktionsmittel der Sozialdemokraten zur Durchsetzung politischer Forderungen. Er kritisiert die Bewilligung der von dem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg eingebrachten Heeresvorlage durch die SPD.

1915
13. Januar: Wenige Tage nach dem Erhalt seiner Einberufung zur Teilnahme am Ersten Weltkrieg heiratet Thälmann Rosa Koch, Tochter eines Schuhmachermeisters. Aus der Ehe geht eine Tochter hervor.

1915-1918

Einsatz als Soldat in Frankreich.

1918
Oktober: Thälmann kehrt gemeinsam mit vier befreundeten Soldaten aus dem Heimaturlaub nicht mehr an die Front zurück und desertiert. November: Eintritt in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).

1919
Januar: Die Hamburger Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) fordert die bewaffnete Unterstützung der soeben ausgerufenen Bremer Räterepublik gegen die von Gustav Noske befehligten Truppen. Thälmann ist an der Beschaffung von Waffen aus Polizeigebäuden und Kasernen beteiligt. Wahl zum ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Hamburg der USPD.
November: Auf dem USPD-Parteitag in Leipzig unterstützt Thälmann den Anschluss der USPD an die Kommunistische Internationale (Komintern).

1919-1933
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.

1920
Thälmann schließt sich zusammen mit Teilen der USPD der KPD an. Er unterstützt die Forderung der USPD nach einem Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch.

1921
Wahl in den Hamburger KPD-Vorstand.

1923
Oktober: Unter Thälmanns Beteiligung beschließt ein Teil der KPD-Mitglieder den bewaffneten Kampf zur Konstitution der proletarischen Räterepublik in Hamburg. Der Aufstand wird von der Hamburger Polizei niedergeschlagen.

1924
Thälmann wird zum stellvertretenden Vorsitzenden der KPD gewählt. Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI).

1924-1929
Er ist Vorsitzender des Roten Frontkämpferbunds, dessen Mitglieder sich wiederholt Straßenschlachten mit der Sturmabteilung (SA) der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) liefern.

1924-1933
Thälmann ist Mitglied des Reichstags.

1925
Kandidat der KPD für die Reichspräsidentenwahl.
März/April: Beim ersten Wahlgang kann keiner der sieben Kandidaten die erforderliche Mehrheit erreichen. Im zweiten Wahlgang siegt Paul von Hindenburg mit 48,3 Prozent, Thälmann erhält 6,4 Prozent. Mit Unterstützung des EKKI in Moskau und ausdrücklicher Billigung durch Josef W. Stalin übernimmt Thälmann den Parteivorsitz von Ruth Fischer, geb. Eisler (1895-1961). Fischer

hatte sich um eine von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) unabhängige Parteiführung bemüht.

1925-1933
Vorsitzender der KPD.

1928
Thälmann wird von der KPD wegen der "Wittorf-Affäre" seiner Parteiämter enthoben. Ihm wird die Vertuschung von Unterschlagungen seines Freundes und Parteisekretärs Wittorf vorgeworfen. Auf Weisung Stalins kann Thälmann jedoch wenig später seine Funktionen wieder einnehmen.

ab 1929
Unter Thälmanns Leitung konzentriert sich die KPD vor allem auf die politische Bekämpfung der SPD und nennt deren Mitglieder in Übereinstimmung mit Stalin "Sozialfaschisten". Thälmann bekämpft die NSDAP nicht in gleichem Maße wie die SPD.

1931
Er wird Mitglied des Präsidiums der Komintern. Unter Thälmanns Vorsitz beantragt die KPD gemeinsam mit dem "Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten" einen Volksentscheid zur Auflösung des SPD-Regierten Preußischen Landtags.
August: Der Volksentscheid scheitert, die preußische Regierung unter Otto Braun bleibt im Amt.

1932
Thälmann wird als Kandidat der KPD für die Reichspräsidentenwahl nominiert.
März/April: Im ersten Wahlgang erhält er 4,98 Prozent. Im zweiten Wahlgang werden für ihn 10,2 Prozent der Stimmen gezählt. Paul von Hindenburg siegt mit 53 Prozent vor Adolf Hitler, der 36,8 Prozent der Stimmen erhält. Thälmann warnt in einer Rede vor der Überschätzung der NSDAP.

1933
3. März: Thälmann wird nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten von der Polizei verhaftet.
Er wird des Hochverrats angeklagt.

1933-1944
Er ist in verschiedenen Gefängnissen inhaftiert. Thälmann hält vor allem über seine Frau und seine Tochter den Kontakt zur Außenwelt.

1933-1937
Haft im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit.

1935
Auf Anweisung Hitlers wird der Prozess gegen Thälmann eingestellt. Er befürchtet, Thälmann würde maximal eine Höchststrafe von 15 Jahren Freiheitsentzug erhalten. Die Untersuchungshaft wird aufgehoben und in die sogenannte Schutzhaft umgewandelt.

1937-1943
Haft im Gerichtsgefängnis Hannover.

1939
Nach Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts bittet die Ehefrau Thälmanns in der sowjetischen Botschaft um die Fürsprache Stalins für ihren Ehemann. Stalin verwendet sich nicht für Thälmann.

1943/44
Thälmann ist in der Haftanstalt Bautzen inhaftiert.

1944
16. April: Seine Tochter Irma wird verhaftet und in das Konzentrationslager Ravensbrück eingewiesen.
8. Mai: Thälmanns Ehefrau Rosa wird ebenfalls verhaftet und nach Ravensbrück gebracht.
14. August: Hitler ordnet die Ermordung Ernst Thälmanns an.
17. August: Thälmann wird in das Konzentrationslager Buchenwald verlegt.
18. August: Ernst Thälmann wird in der Nacht in Buchenwald erschossen. Seine Leiche wird sofort im Krematorium verbrannt. Wenige Wochen später behauptet die nationalsozialistische Propaganda, Thälmann wäre bei einem Bombenangriff am 24. August ums Leben gekommen.

1958
In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), wo Thälmann als Inkarnation des kommunistischen Widerstands stilisiert wird, erfolgt die Gründung der "Pionierorganisation Ernst Thälmann" als Massenorganisation für Kinder. Die Mitglieder grüßen sich mit dem Thälmann-Gruß "Seid bereit - Immer bereit".

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Foucault, der Kulturarchäologe und Psychologe

Foucault, der Kulturarchäologe und Psychologe

1. Einleitung

Das Foucault ein Historiker sein soll, wird von deutschen Geschichtswissenschaftlern gerne in Frage gestellt. Ihm und seiner Arbeit gegenüber wird ein hysterischer Ton angeschlagen, die deutsche Geschichtswissenschaft rezipierte ihn auf ganz eigene Weise, ganz „nach Bedarf (...) als Strukturalist oder Poststrukturalist, Diskurs- oder Machttheoretiker, als Verächter der Aufklärung oder Herold der Posthistoire, philosophischer Dunkelmann oder Ratgeber unanstößiger Lebenskünste (...)." Als Historiker wird er aber kaum bezeichnet. Gleichzeitig hat er aber von sich gesagt: „Ich schreibe nichts als Geschichte." Er ist nicht nur in seinem Eigenanspruch durch die germanische Historie ignoriert worden, sondern auch nur sein vielfältiges Werk in Ansätzen beachtet.

Vier Punkte die Foucault zu einem Historiker qualifizieren, eine intellektuelle Biographie, wechselseitige Herausforderung von kritischem Impuls und historischer Praxis. Er hat sein Denken immer als politisch verstanden und hat über akademisches Milieu hinausgezielt. Er war sehr sensibel für gesellschaftliche Entwicklungen.

Er arbeitete in zwei Forschungsfelder „Tod des Menschen" und „Mirkophysik der Macht", diese sind genuin historischer Natur. Die Historie mit dem erkenntnispolitischen Werkzeug der Kritik und Problematisierung, fordert denjenigen der sie praktiziert in besonderer Weise, es geht um den Historiker selbst, sein Handwerk und seine Haltung zur Welt.

Die foucaultsche Formel war, dass die Menschen ihre eigene Geschichte schreiben, nicht unter selbst gewählten, sondern vorgefundenen Umständen. Foucault findet Hegel und konstatiert eine Absage an dessen theoriepolitisches Konzept. Hegel dominiert seit 1945 das intellektuelle Feld in Frankreich. Er will Hegel entkommen, bei Sicherung der Rationalitätsansprüche der historischen Praxis. Sein Bündel von Fragestellungen, die ihn ein Leben lang begleiten 1. das Problem des Subjekts, 2. das Problem der Wahrheit, 3. das Problem von Sein und Zeit. Die Zusammenstellung sind wichtiger Zitate zur Arbeit des Historikers, d.h. die versammelte Historikergilde sieht es so, und Foucault sieht es so, d.h. seine Verordnung im theoretischen Feld der Historie

Foucault betrieb die Philosophie der Sozial- und Kulturgeschichte, nach Habermas als „transzendentaler Historismus" bezeichnet. Er ging inhaltlich und methodisch neue Wege. Die Begriffe der Mensch, das Individuum und das Subjekt erschienen bei Foucault nicht als inhaltslose überkommene Idealismen, sondern als Effekte anonymer Wissensstrukturen produktiver Macht-Wissensstrategien. Sie wurden methodisch in einem neuen Raum analysiert. Das methodische Gebiet waren die philosophische Kritik, die soziologische Untersuchungen und die historische Forschung, das bewirkte eine überbewerte Sozialtheorie, einen verkappten Strukturtranszendentalismus, hinter- und untergründigen Machtontologie, oder einen entfesselter Historismus. Durch eigenem Zugriff neue Perspektive auf Bedingungen menschlichen Denkens, Erfahrens, Sehens und Fühlens. Das hatte eine radikal inhaltliche Relativierung und methodische Präzisierung zur Folge und bewirkte eine Provokation

foucaltischer Archäologie und Genealogie. Das Subjekt nach Nietzsche war eine „Erfindung“ der metaphysischen und rationalistischen „Kausalitäts-Interpretation“, die über den Willen zur Macht hinwegtäuscht und auf sprachlicher Ebene ein Effekt der „Verführung“ der Grammatik bewirkte. Auch bei Marx wurde die Vorstellung des Subjektes als bürgerliche Ideologie decouvriert. In der Psychoanalyse kam es zur neuzeitlichen Subjektkritik. Das „Ich“ wäre abhängig vom Anspruch des „Es“, Befehle des „Überich“ und der Realität. Im 20. Jahrhundert folgte die französische Subjektkritik. Bei Lacan verschärft Kritik an der subjektiven Souveränität, begreift Unterbewusstsein als sprachlich strukturiert, hat PA in linguistische und strukturalistische Termini übersetzt. Auch als linguistic turn bezeichnet. Der ethnologische Strukturalist Levi-Strauss gab einem humanistischen und souveränen Subjekt, den Effekt von Verwandtschafts- und Tauschstrukturen. Lyotard sagt im Postmodernen Wissen endet das Erzählen. Die Postmoderne schluckt Geschichten oder Geschichte. wie bei Derrida und der Dekonstruktion und Baudrillard und die Simulationstheorie. Im 20.Jhd. erfolgte die deutsche Subjetkritik. Heidegger’sche Existenzialontologie besagt, dass der Mensch Wächter oder Hirt des Seins ist, dass die Seinsvergessenheit verfällt, solange er sich der metaphysischen und humanistischen Tradition als subjektiviertes und objektiviertes Seiendes begreift. Levinas besagt ‚unverantwortete Verantwortung’ und dass „Das Subjekt ist im modernen Denken in die Krise geraten“. Foucault steht nicht alleine, sondern in einer Tradition gegenmetaphysischen, gegenhumanistischen und gegen-aufklärerischem Denkens der Moderne, dass ist die Postmoderne. Die neuzeitlichen Philosophie und Humanwissenschaften kommen überein, die subjektive Autonomie als Illusion, die subjektive Souveränität als Anmaßung und subjektive Identität als idealistische Konstruktion zu entlarven. Foucaults Analyse war die „Diagnose“ der Gegenwart unserer Kultur. Sechs Angriffslinien seiner Analyse unterscheiden sich, in dem er seine Subjektkritik zuspitzt. Er analysiert Subjekt und Individuum als Effekte anonymer Wissensstrukturen und Produkte machtmäßiger Unterwerfungstechniken. Die Vernunft ist rationalistisches und moralistisches Instrument der Ein- und Ausschließung, damit verschwindet die humane Selbst- und Welterkenntnis im Raster anonymer Wissensstrukturen und Machtprozeduren. Es gibt keine juristische Zurechenbarkeit, da autonome Freiheit, Ethik, verantwortliches Handeln nicht den Menschen dispositionierte. Wird das soziale Leben so fragwürdig? Das Wissen um den Körper und die endliche Zeit sind Effekte verinnerlichter Wissensstrukturen und implantierter Machtstrategien. Sprache ist kein zuverlässiges Medium menschlicher Mitteilung und Darstellung, vernünftiger Kommunikation und Argumentation, sowie Medium der Wahrheitsfindung. An das schwierige und komplexe Denken Foucaults muss man sich in drei Schritten herantasten. Der hervorstechende Modus (Modus operandi), ist die Modellbildung als Frage- und Problemperspektive. Das bewirkte auch eine methodische Neuorientierung in der Archäologie und ein kritisches Potenzial mit Referenzpunkte in der philosophischen Tradition. Das Verfahren der Struktur- bzw. Diskursanalyse, ein besonderes Verfahren, dass historische Ereignisse und im Weiteren sprachliche Zeugnisse isolieren, organisieren und zusammensetzen. Foucault benutzt bestimmte Modelle, die Fragen dazu waren. Welche Modelle setzt Foucault in seiner Analyse ein? Mit welchem Modell arbeitet er? Der anthropologischen Zirkel, d.h die Fragen des Menschen nach sich selbst ist anthropologisch zirkulär, der prekäre Status, es ist in der Zeit, also endlich und immer von Voraussetzungen und Vormeinungen, die über uns gekommen sind, geprägt. Kann Foucault die wissenschaftlichen, institutionellen, sozialen, philosophischen und

anthropologischen Ein- und Ausschließungen kritisieren, ohne selbst Ein- und Auszuschließen? Kann er den anthropologischen Menschen verabschieden, ohne ein bestimmtes Modell vom Menschen vorauszusetzen? Das Modell reduziert die hereinbrechende Reizfülle, indem es diese selektiert und organisiert und dadurch differenziert. Es reduziert und organisiert Wahrnehmung und Empfindungen. In anthropologischer Perspektive ist der Ein- und Ausschluss durch das Modell ein lebensnotwendiger Vorgang, ohne den der Mensch aufgrund von Reizüberflutung keine Unterscheide setzen könnte. Die Pädagogik sieht er als eine Disziplinarpraxis und Disziplinarwissenschaft, also die Geburt des sujet assujetti im ‚Macht-Wissen' der ‚Disziplin'. Die Genealogische Studie von Serveiller et Punir (1975) ist ein entscheidender Perspektivenwechsel, es soll eine archäologische Analytik der Macht geleistet werden, nicht mehr nur des humanwissenschaftlichen Wissens beschränkt. Das zentrale Problem ist das moderne Subjekt. Die Untersuchung dazu bewegt sich nun aber in einem neuen Raum. Das Subjekt dient als ‚unterworfener Souverän' durch die Prozesse der wissenden und machtmäßigen Ein- und Ausschließung. Es wird die Produktion des Menschen als subiectum, als sujet assujetti untersucht. Dabei stellt sich die Frage.

Was ist Macht?

Das ist etwas, was man über andere hat, leitet sich von mugan und mügen ab. Macht haben, heißt, etwas vermögen, heißt Gewalt über etwas ausüben. Die Sphäre der menschlichen Macht ist die Politik. Macht ist nicht gleich Gewalt. Der Herrscher muss seine Macht organisieren, institutionalisieren und legitimieren. Politische Macht impliziert immer das Problem der Norm. Was Macht eigentlich ist, lässt sich nicht feststellen, auch nicht ihre Bereiche und Erscheinungsformen auf einen Nenner zubringen. Foucault versteht Macht, als Analyseansatz der spezifischen Verbindung von sozialer Praxis und wissenschaftlichem Diskurs, von ihm als Macht-Wissen bezeichnet, dieses Verhältnis ist noch genauer zu bestimmen. Macht ist etwas das produziert, das hervorbringt, das das Wissen umschließt, so dass dieses nicht mehr ohne Macht zu denken ist. Unbedeutet ist das ‚Unbewusste' einer Kultur, sondern um die Beziehungen des Wissens zur Macht. Die Macht gilt nun als das, was hervorbringt, was schafft, was als ‚Es' triebartig und als ‚Wille' sich selber wollend dem Wissen zugrunde liegt. Macht wird in Verbindung zum Wissen und zur Wahrheit gesehen, sie bringt Wahrheit als Wissen hervor. Wahrheit als Machtphänomen erübrigt die Norm. Die Differenz von Macht und Gewalt fällt in sich zusammen.

Der Wille zur Wahrheit

Auf den Willen zur Wahrheit gerichtete Untersuchungsperspektive der Genealogie ist eine wichtige Fragestellung, nämlich die Position des Erkenntnissubjekts im Rahmen seines neuen Genealogischen Programms. Das methodische Instrumentarium der Genealogie und ihren fundamentalen Bezugspunkt stellt den menschlichen Körper über Nietzsche. Eine wichtige Analyse unternahm Surveiller et Punir und die Darstellung der Pädagogik als Disziplinarpraxis und als Disziplinarwissenschaft. Die Produktion des Sujet assujetti, als panoptischer Machttyp durchzieht die gesamt Gesellschaft. Mit ihr gehen auch die kritischen Rückfragen einher, zur verschwiegenen Anthropologie der genealogischen Analyse der ‚politischen Anatomie'.

Reflexion

Foucault sieht die „Aufklärung als Unterwerfungsdiskurs“. Dieser Feststellung stimme ich ohne Zweifel und weiteren Fragen zu, erscheint mir der momentane Postmodernediskurs in der gleichen Art. Die Postmoderne passt das Individuum erneut auf Krieg, Gott und Vaterland an. Hinzu kommt die Akzeptanz von Biotechnik und Genfood.

Was ist Macht?

1651 veröffentlichte der englische Philosoph Thomas Hobbes seine Staats- und Gesellschaftstheorie unter dem Titel Leviathan oder Wesen, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Gemeinwesens, in der er die Prinzipien der Staatsgewalt begründete. Im folgenden Auszüge aus den Paragraphen X., XI. und XIII. aus dem Kapitel über „Zwang und Furcht als Grundelemente politischen Lebens”.

Macht- und Staatsgewalt

X. Allgemein definiert, ist die Macht eines Menschen der Inbegriff seiner gegenwärtigen Mittel, sich ein zukünftiges Gut (bzw. etwas, das ihm als Gut erscheint) zu verschaffen; sie ist entweder ursprünglichen oder instrumentalen Charakters. Natürliche Macht besteht in hervorragenden Fähigkeiten des Körpers und des Geistes: wie außerordentlicher Kraft, Ansehnlichkeit, Klugheit, Geschicklichkeit, Beredsamkeit, Freigiebigkeit, Vornehmheit. Instrumental aber sind diejenigen zusätzlichen Machtelemente zu nennen, die, durch jene natürlichen Fähigkeiten oder durch günstigen Zufall erworben, geeignete Mittel und Werkzeuge darstellen, mehr Macht zu erwerben: wie Reichtum, guter Ruf, Freunde und diejenige geheime Wirksamkeit Gottes, die die Menschen als Glück bezeichnen. Denn in dieser Hinsicht gleicht die Macht dem Gerücht, dass beide sich im gleichen Maße steigern, wie sie sich ausbreiten; oder der Bewegung schwerer Körper, die desto schneller wird, je mehr die Fallstrecke wächst. Die größte menschliche Macht entsteht durch Zusammenfügung, wenn nämlich möglichst viele Menschen ihre Macht vereinigen, indem sie sie durch Übereinkunft auf eine Person (sei es eine natürliche oder eine korporative) übertragen, die dann nach ihrem Willen über sie verfügen kann. Solcher Art ist die Macht des Staates. Vereinigung von Macht ist aber auch so möglich, dass ihr gemeinsamer Gebrauch von der immer neuen Willenseinigung der zusammengeschlossenen Individuen abhängig bleibt; Beispiel dafür ist die Macht einer Partei oder einer Parteien-Koalition. Deshalb bedeutet es Macht, Diener oder Freunde zu haben: denn diese sind als vereinigte Kräfte aufzufassen (...)

XI. (...) In erster Linie behaupte ich als allgemeinen Trieb aller Menschen ein dauerndes und ruheloses Verlangen nach Macht und immer gesteigerter Macht, das erst im Tod aufhört. Die Ursache dafür liegt nicht immer darin, dass der Mensch nach intensiverem Genuss strebt, als er ihn bisher erlangt hat, oder dass er mit einer bescheidenen Macht nicht zufrieden sein mag; sondern darin, dass er sich seine gegenwärtige Macht und die gegenwärtigen Bedingungen seines Lebensbehagens nicht sichern kann, ohne mehr Macht zu erwerben (...)

XIII. Die Natur hat die Menschen mit körperlichen und geistigen Fähigkeiten sehr gleichmäßig ausgestattet; mag sich auch manchmal ein Mann von stärkerem Körper und flinkerer Intelligenz als die anderen finden, so fällt doch, alles in allem genommen, der Unterschied zwischen Mensch und Mensch nicht so ins Gewicht, dass der eine deshalb irgendeinen Vorteil beanspruchen kann, auf den sich der andere nicht ebenso gute Aussichten machen darf. Denn was die Körperkraft angeht, so ist der Schwächste stark genug, den Stärksten zu töten, sei es durch Hinterhalt und List, sei es durch Bündnis mit anderen, die in derselben Gefahr schweben wie er selbst. Und was die geistigen Fähigkeiten betrifft, so finde ich in dieser Hinsicht die Gleichheit zwischen den Menschen noch ausgeprägter als in der Körperstärke (wenn ich von den auf die Sprache gegründeten Künsten absehe, insbesondere von jener Geschicklichkeit, nach allgemeinen und unfehlbaren Regeln voranzuschreiten, die man Wissenschaft nennt; diese besitzen nur sehr wenige und nur in wenigen Dingen, da sie uns nicht als natürliche Ausstattung angeboren ist und wir ihrer nicht, wie der Lebensklugheit, habhaft werden, während wir uns um andere Dinge kümmern). Denn Klugheit ist nichts anderes als Erfahrung; und diese verleiht gleiche Lebenszeit allen Menschen im gleichen Maße ... Aus dieser Gleichheit der Fähigkeiten erwächst gleiche Hoffnung, unsere Ziele zu erreichen. Sooft daher zwei Menschen denselben Gegenstand begehren, in dessen Genuss sie doch nicht beide gelangen können, werden sie zu Feinden; und so versuchen sie dann im Streben nach jenem Zweck, der für jeden hauptsächlich auf die eigene Selbsterhaltung hinausläuft, manchmal aber auch nur auf den Genuss als solchen, einander zu vernichten oder zu unterwerfen. Und daraus folgt: wenn einer auf einem günstigen Landbesitz Pflanzungen anlegt und Gebäude errichtet und ein Angreifer hat nicht mehr zu fürchten als die Macht dieses einen Mannes, dann ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass andere sich gegen ihn zusammentun und ihn mit vereinten Kräften nicht nur der Früchte seiner Arbeit berauben, sondern auch seines Lebens oder seiner Freiheit. Und dem Angreifer droht wiederum die gleiche Gefahr von einem anderen.

Macht

Macht„bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.” Diese klassische Begriffsbestimmung Max Webers zeigt deutlich den formalen Charakter von Macht. Er bezeichnet ein ungleichgewichtiges soziales Verhältnis zwischen Personen. Machtfülle auf der einen Seite ist ohne relative Ohnmacht auf der anderen nicht denkbar. Macht steht in engem Zusammenhang mit Gewalt. Machtverhältnisse sind umso stabiler, je subtilere Formen die Gewalt annimmt. In primitiven Gesellschaften war es vorrangig die physische Stärke, die Macht verlieh, heute haben sich Besitz, Ämter, Wissen, Einfluss, Geschicklichkeit der Menschenführung etc. in den Vordergrund geschoben. Machttheorien finden wir außer in der Soziologie in den verschiedensten Wissenschaften wie Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Politikwissenschaft.

Historismus (Geschichte), geschichtsbezogene Denk- und Betrachtungsweise, die die Geschichte vor allem unter dem Aspekt der historischen Entwicklung betrachtet und die Einmaligkeit der historischen Erscheinungen betont. Der Historismus versucht, den Platz des Menschen in der Welt durch die Analyse der Geschichte zu erkennen. Dies soll durch die historische, also quellenkritische,

Methode bewirkt werden, entwickelt u. a. von Leopold von Ranke, um Objektives über die Vergangenheit aussagen zu können. Diese historische Methode wurde von allen geisteswissenschaftlichen Disziplinen übernommen. Friedrich Nietzsche kritisierte den Historismus als Erster 1874 in seinem Werk Unzeitgemäße Betrachtungen. Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben: Der Historismus kümmere sich nur um die Geschichte und mache unfähig, die Probleme des Lebens der Gegenwart zu lösen. Max Weber löste in seinen wissenschaftstheoretischen Arbeiten das Problem, indem er wissenschaftliche Tatsachenerkenntnis trennte von normativer Werteerkenntnis. In neuerer Zeit wurde der Historismus überwunden durch die Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Methoden, in der DDR durch die Übernahme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Der von Karl R. Popper kritisch verwendete Begriff Historizismus bezeichnet eine historische Denkweise (besonders den Marxismus), die durch das Erkennen eines gesetzmäßigen Ablaufs der Geschichte Voraussagen für die Zukunft zu machen versucht.

Historismus (Philosophie), Begriff für die im 19. Jahrhundert einsetzende philosophisch-wissenschaftliche Auffassung, nach der sämtliche Kulturerscheinungen unter dem Gesichtspunkt ihrer jeweils spezifischen historischen Entstehung und der damit verbundenen Eigengesetzlichkeit in den Blick zu nehmen seien. Dieser Auffassung entspricht eine verstehende Methode (siehe Hermeneutik). Der Historismus steht im Gegensatz zu all jenen philosophischen Überzeugungen, die als Gegenstand der Suche nach der Wahrheit nur das als überzeitlich verstandene Absolute gelten lassen wollen. Aus einer solchen Perspektive wird der Historismus häufig als Relativismus abgetan. Für die Geschichtswissenschaft kann die Gefahr des Relativismus zumindest dann nicht von der Hand gewiesen werden, wenn das methodische Prinzip des Historismus absolut gesetzt und damit die Vergleichbarkeit historischer Prozesse negiert wird. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlangte der Historismus in der Historischen Rechtsschule und der Historischen Schule der Nationalökonomie seine größte Bedeutung, zu der auch Max Weber und Werner Sombart noch zu rechnen sind. Karl Popper kritisiert als Historizismus sozialwissenschaftliche Theorien, die – wie der Marxismus – behaupten, der Verlauf der Geschichte sei objektiven Gesetzen unterworfen, deren Kenntnis es ermögliche, verlässliche Voraussagen über zukünftige Entwicklungen zu machen.

Historismus (Stil), (lateinisch historia: Geschichte), in der Kunst und Architektur der Versuch, historische Stile wieder zum Leben zu erwecken und als solcher meist abschätzig bewertet. Insbesondere wurde seinen Vertretern Einfallslosigkeit und Beliebigkeit der Ausdrucksmittel (Eklektizismus) vorgeworfen. Der Historismus hatte seine Blütezeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Achtung vor dem Geist eines entsprechenden Stiles hatte die Forderung nach handwerklicher Genauigkeit zur Folge, die in unüberschaubarer Fachliteratur dokumentiert wurde. 1857 wurde das Victoria and Albert Museum in London mit der Zielsetzung gegründet, zeitgenössische Entwürfe, die historische Stile imitierten, als verbindlichen Stil zu etablieren. Die neuen historisierenden Stile, die in England besonders Imitationen der mittelalterlichen Handwerkskunst waren, wurden in Stilzimmern demonstriert (siehe Victorian Style). Während für Kirchen, Schlösser, Rathäuser und Wohnhäuser gotische Elemente verwendet wurden (siehe Neugotik), wurden Kulturbauten wie Theater, Opernhäuser oder Museen häufig im Stil der Renaissance erbaut. Reiche Bürger ließen ihre repräsentativen Häuser im barocken Stil errichten. In Deutschland entstanden

ebenfalls zahlreiche dem Historismus verpflichtete Bauten, so insbesondere in München das Palais Leuchtenberg (1816, von Leo von Klenze), die Staatsbibliothek (1831-1842, von Friedrich Gärtner) und die Feldherrnhalle (1841-1844, Gärtner). Die Semperoper in Dresden (1838) und das Schweriner Schloss (1844) beziehen sich ebenso wie die Münchner Bauten auf die Renaissance. Obwohl der Historismus in Frankreich vom Art Nouveau und in Deutschland und Österreich vom Jugendstil abgelöst wurde, werden Nachahmungen von Möbeln und Keramik, besonders des 18. Jahrhunderts, heute noch in Massenproduktion hergestellt.

Überwachen und Strafen

Dieses Buch von Michel Foucault knüpft an die Genealogie der Moral von Nietzsche an, in der er eine systematische Ethnologie der eigenen Kultur vornahm. Er stellte die sozialisierende Wirkung moderner moralischer Normen fest, die auf der inneren Grausamkeit des individuellen Gewissens oder des Schuldbewusstseins beruhen. Das Gewissen als innere Sanktion, stellt eine Verringerung äußerer, gewalttätiger Bestrafung dar und funktioniert gleichzeitig als Instanz grausamer Selbstbestrafung, falls moralische Normen übertreten werden. Zivilisation und Moralisierung haben dem Menschen ein Gedächtnis, andauernde Selbstverantwortlichkeit und soziale Verlässlichkeit eingeprügelt. Außerdem verhält sich moralische Schuld äquivalent, ähnlich wie ökonomische Schuld. Frei nach dem Motto: Fügst du mir einen Schaden zu, füg' ich dir einen Schaden zu. (was ist mit dem Spruch aus dem alten Testament? Auge um Auge, Zahn um Zahn. Der die gleichzustellende Behandlung von Sklaven und Freien einforderte. Entschädigt wird durch das Leid, dass dem Schädiger angetan wird.
Das Buch knüpft nicht nur an Nietzsches Genealogie an, sondern auch unmittelbar an Wahnsinn und Gesellschaft, und an die dort erörterten Repressionspraktiken.
Stellt nun der basalen Ausschlussstruktur der macht eine andere Grundstruktur gegenüber.

Literaturliste

Malte Brinkmann, Das Verblassen des Subjekts bei Foucault, Anthropologische und bildungstheoretische Studien, in: Kommission „Bildungs- und Erziehungsphilosophie der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften", Schriften zur Bildungs- und Erziehungsphilosophie, Band 16. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999.

Ulrich Brieler, Geschichte, S. 170-190, in: Michel Foucault, Eine Einführung in sein Denken. Frankfurt/ New York, 2001.

Hinrich Fink-Eitel, Michel Foucault zur Einführung, 3., durchges. Aufl. – Hamburg: Junius, 1997.

Thomas Hobbes: Zwang und Furcht als Grundelemente politischen Lebens. In: Texte der politischen Theorie. Herausgegeben von Richard Schottky. München 1969.

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Friedrich Nietzsche

Friedrich Nietzsche

Einleitung

Es gibt gerade bei Nietzsche die Besonderheit, dass er kein systematischer Denker war. In seinen Werken gibt es keinen Einstieg über klar definierte Begriffe, die es uns erleichtern würden, ihn zu verstehen. Deshalb habe ich die Daten präsent, aber nicht in meinen Vortrag integriert. Falls zum Beispiel Unklarheiten während der Diskussion auftreten, kann ich aushelfen. Im Weiteren muss ich sagen, da ich Nietzsche nicht vollständig im Rahmen seiner Epoche darstellen kann, dass ich als Fokus die Darstellung seines Einflusses auf politische Strömungen ausgewählt habe. Hilfreich war mir dabei der Text von Aschheim. Dieses Vorgehen betrachte ich insoweit als legitim, da Politik als Teil der Kultur immer auch Symptom derselben ist. Seine Äußerungen zum Selbstmord werde ich also an der Führleine des Deutungsansatzes von Aschheim darstellen. Der erste Teil des Vortrages wird den nationalen Mythos Nietzsche beschreiben, um seine Wirkung als Querfrontstratege auf dem politischen Parkett deutlich zu machen. Diese Formulierung ist aber im Rahmen der späteren Deutung von ihn sich annehmenden Gruppen zu verstehen, und bedeutet keine Selbstbezeichnung. In diesem Sinne ist meine These für den Vortrag, dass er auf der einen Seite der Verfechter des Lebens war, zu dem auch in letzter Konsequenz der Tod gehört, auf der anderen Seite den Selbstmord als feige Tat verurteilte, aber ihn trotzdem zum Beenden eines verlöschenden Lebens als legitim ansah, und hier den späteren Nationalsozialisten ideologisches Werkzeug für ihr Euthanasieprogramm gab.

Biographie

Am 15. Oktober 1844 wird Friedrich Nietzsche als Sohn eines pietistischen Pfarrers geboren in Röcken (Preußische Provinz Sachsen). Nach dem Tod des Vaters zieht die Familie nach Naumburg. In der Kindheit war er jedoch ohne Freunde, lebte sehr zurückgezogen und schrieb bereits Gedichte sowie hörte besonders Musik. Er studiert Theologie und klassischen Philologie in Bonn und Leipzig, wo er sich besonders mit Schopenhauer beschäftigt. Im Philologischen Verein legt er erste wissenschaftliche Arbeiten vor. Im Jahr 1868 macht er seinen Militärdienst und beginnt die Freundschaft mit dem Komponisten Richard Wagner. Ein Jahr später wird ihm der Doktorgrad ohne Prüfung in Leipzig erteilt. Er wird an die Universität Basel als außerordentlicher Professor für griechische Sprache und Literatur berufen. Am Deutsch-Französischen Krieg nahm er als freiwilliger Krankenpfleger teil. Seine erste größere Abhandlung über "Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik" war 1872 von klassischen Philologen abgelehnt wurde. Deshalb wendete Nietzsche sich ganz der Philosophie zu. 1873-1876 erscheint seine vierbändige kulturkritische Abhandlung "Unzeitgemäße Betrachtungen". Von der Universität Basel wird er 1876 wegen seiner Krankheit suspendiert. 1878-1880 erscheint das zweibändige Werk "Menschliches Allzumenschliches. Ein Buch für freie Geister", indem er den Bruch mit Wagner vollzog. Aufgrund zunehmender Kopf- und Augenbeschwerden gibt Nietzsche sein Lehramt an der Universität Basel auf und isoliert sich von seinen Freunden. Er verbringt die folgenden Jahre abwechselnd u.a. in Venedig, Nizza, Sizilien und Sils-Maria (Schweiz). 1881/82 erscheint die "Morgenröthe. Gedanken über die moralischen Vorurtheile" und "Die fröhliche Wissenschaft", in denen er den "Willen zur Macht" zum allgemeinen Seinsprinzip stilisiert. 1883-1885 erscheint "Also Sprach Zarathustra. Ein Buch für Alle und Keinen", indem er den "Wille

zur Macht" als die bestimmende Instanz aller Lebens- und Kulturentwicklung benennt. Das zugrundeliegende Menschenbild konzipiert den "Übermenschen" als einen "Überwinder" des endlichen, in seinen Interessen befangenen Menschen. Erst der Übermensch erkenne die ewige Wiederkehr des Gleichen in der Geschichte und könne so die konsequenteste Form des Nihilismus erleben. 1886 erscheint die Schrift "Jenseits von Gut und Böse. Vorspiel einer Philosophie der Zukunft". 1888 Nietzsche arbeitet an polemischen Schriften wie "Der Fall Wagner" oder "Der Antichrist. Versuch einer Kritik des Christentums", die schon Spuren seiner ausbrechenden psychischen Krankheit tragen. In Turin erleidet er einen psychischen Zusammenbruch. Sein Freund Overbeck holte ihn ab und brachte ihn in die Nervenklinik von Basel, wo der Arzt »Paralysa progressiva« diagnostizierte. Ab dem Januar 1889 lebt er unter der Vormundschaft seiner Mutter in Jena und Naumburg. Sein letztes von ihm noch herausgegebenes Werk, "Götzendämmerung oder Wie man mit dem Hammer philosophirt" erscheint. Nach dem Tod der Mutter zieht Nietzsche mit seiner Schwester nach Weimar, wo er am 25. August 1900 in geistiger Umnachtung stirbt. So schildert Lou Salomé den Eindruck, den Nietzsche auf sie machte. Im März 1882 wurde er auf der Rückfahrt von Sizilien von Malwida von Meysenbug nach Rom eingeladen, dort traf er die Russin Lou Salomé, die ihn anzog, begeisterte und die, so schien es, ihm ein »zweites Dasein« schenkte – es war Nietzsches großer kommunikativer Aufbruch nach dem Zusammenbruch der Freundschaft mit Wagner. Die Beziehung zu ihr dauerte bis November 1882; Lou Salomé bestand auf ihrer Selbständigkeit, der Versuch Nietzsches, seinen Freund Paul Rée, der bereits selbst in die Russin verliebt war, um ihre Hand anhalten zu lassen, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Als Nietzsche schließlich von seiner Bereitschaft zu einer 'wilden Ehe' mit Lou er zählt, erwächst ihm in seiner Schwester Elisabeth eine unversöhnliche Feindin. Ihrem Intrigenspiel fiel schließlich die Freundschaft zu Salomé und Rée zum Opfer; Nietzsche flüchtete im November 1882, erst nach Genua, kurz darauf nach Rapallo, wo er den Winter verbrachte – den »schlechtesten Winter« seines Lebens. Im Januar und Februar aber erlebte er euphorische Phasen; in nur zehn Tagen entstand der erste Teil des Zarathustra, auch den zweiten und dritten Teil schrieb er in ähnlich kurzen Perioden (Juni, Juli 1883 in Sils-Maria und Januar, Februar 1884 in Nizza). Der vierte Teil entstand mit Unterbrechungen im Winterhalbjahr 1884/85 in Zürich, Mentone und Nizza.

Der Mythos Nietzsche

Nietzsche hat wieder an Aktualität gewonnen. Er wurde im Rahmen des „postmodernen Denkens“ vor allen dingen in Frankreich und den USA wiederentdeckt und seit dem auch stark rezipiert wurde. Im deutschen Geistesleben hat er schon immer eine besondere und zentrale Rolle gespielt. Seine Werke legten den Stein für Grundsatzdebatten, der nationalen und kollektiven Identität und des individuellen Selbstverständnisses. Dabei wurde er schon immer von den verschiedensten Gruppen aufgenommen. Hinsichtlich seiner Aussagen haben alle diese Gruppen einen mehr oder weniger starken Selektionsprozess betrieben. Im Weiteren möchte ich diese Gruppen vorstellen. Vor 1890 beschrieb er seinen Einfluss selbst mit dem Satz, „er habe nachgerade einen unterirdischen Einfluss bei allen radikalen Parteien (Socialisten, Nihilisten, Antisemiten, christliche Orthodoxen, Wagnerianern).“ Angehörige der Jugendbewegung traten als erste Nietzsche-Anhänger auf. In diesem Zusammenhang ist auch Walter Benjamin zu nennen. Dieser Philosoph der Kritischen Theorie und Mitarbeiter des

Institutes für Sozialforschung, war ein drängender Initiator der Jugendbewegung in Berlin, und erfuhr Nietzsche wie viele seiner Zeitgenossen als Schlüsselereignis. Nach 1890 beschäftigte sich ein breiteres Publikum mit seinen Werken. Diese nahmen einen zentralen Platz im individuellen und kollektiven Selbstverständnis der Deutschen und der nationalen Diskussionen ein, auch wenn er international eher und mehr gelesen worden war. Dabei spielte die Darstellung von Nietzsche als Deutschem Denker eine zentrale Rolle. Aschheim beschreibt es so: „Das „echte“ Verständnis Nietzsches wurde zu einer Art Sondererlebnis erklärt, zu dem angeblich nur deutsches Denken und Fühlen befähigt. Deutsch zu sein und Deutsch zu sprechen, so wurde argumentiert, seinen die ontologischen Voraussetzungen, wenn man den Philosophen wahrhaft erfassen wollte.“ Über Nietzsche fanden extreme Diskussionen statt, die mit der über den Werther, aus meiner Sicht, durchaus zu vergleichen ist. Er galt ebenso als Verführer der Jugend, als gefährlicher Denker, umgeben mit der Aura der Macht. Auf diese Weise ging er auch in die populäre Literatur ein, etwa in Wilhelm von Polenz „Wurzellocker“ aus dem Jahr 1902. In diesem Buch wurde Nietzsche als Hexenmeister und ideologischer Zauberer beschrieben. Zu dieser Zeit prangerten schockierte Verfechter von öffentlicher Ordnung und Moral den schändlichen Einfluss des Philosophen auf die verletzliche Jugend an und verwiesen auf eine Welle von Selbstmorden und gar einigen Mordfällen. Mit dem I WK und während der Weimarer Republik wurde Nietzsche bereits nationalistisch umgeformt. Dabei half die Wahrnehmung seiner Person als primär Deutschen. In dieser Zeit wurde er germanisiert und nationalisiert, und rückte ins allgemeine Bewusstsein. Nietzsche wurde dabei als der Formulierer des Zarathustra als der eigentliche Prophet wahrgenommen. Formulierungen von ihm zum Krieg und männlichen Werten finden sich ausreichend. In diesem Umgang mit Nietzsches Werken, hat man seiner beißenden Kulturkritik die Zähne ausgeschlagen. Übrig blieb das, was nützlich war. Durch die patriotische Vereinnahmung seiner Person und Werke wurde er international diskreditiert. Gleichzeitig war der I WK das Stahlbad der späteren Nationalsozialisten, hier fand ihre Taufe statt und wurde ihr ideologischer Boden vorbereitet. Armin Mohler, der wohlwollende Chronist der „konservativen Revolution“ bemerkte dass diese ohne Nietzsche nicht möglich gewesen wäre. Seine antimodernistischen Äußerungen, die sowohl die Demokratie, den Marxismus und die Religion ablehnten, fanden hinreißenden Anklang. Am entscheidensten waren, die Kunstgriffe, welche in der Nazi-Rezeption hinsichtlich seiner Positionierung zum Antisemitismus gemacht wurden. Er wurde als jemand ausgelegt, der eine viel radikalere Form des Judenhasses vertrat, als bisher, und wurde so die „wohl wichtigste radikalisierend wirkende Kraft“, die schließlich in Auschwitz ihre Umsetzung, als radikalstes, experimentellstes, über alles hinwegsetzendestes, alle Traditionen zerstörendestes, fand.

Vom Denken seiner Epoche

Dass Nietzsche nach 1890 eine herausragende Rolle im Zeitgeist einnahm, lag an den besonderen Verhältnissen dieser Zeit. Die Intelligenz und Avantgarde der wilhelminischen Gesellschaft war von tief unzufriedenden, antipositivistischen und prophetischen Strömungen erfasst, die ich als den „Aufbruch in die Moderne“ bezeichnen will, auch wenn dieser Begriff eher im Zusammenhang mit Kunst genannt wird. Es treten eine Reihe von „-ismen“ auf, in Form von politischen Bewegungen, Kunstströmungen, religiösen Glaubensrichtungen oder allgemein als diffus weltanschauliches Programm, denen sowohl die Nietzsche-Lektüre als

auch der Gestus der Verkündigung und das Versprechen auf Erlösung gleich ist. Ihre Einteilung erfolgt dabei in positivistisch und negativistisch. Doch gerade die als positiv charkterisierten, wenden sich vom Konzept des Individuums ab, und verlagern ihre positiven Zukunftsvorstellungen auf die Masse und das Kollektiv, um damit die Angstvorstellungen der Zeitenwende zu kompensieren. Als Ausdruck der abendländischen Sinnverfinsterung entstehen sie eher unter dem Eindruck eines Modernisierungsschocks als in emphatischer Zukunftsfreude. Krisenbewusstsein und Angstvisionen bestimmen ihren Zukunftssinn. Es wird die Verzweiflung ausgedrückt, dass der „alte Mensch" seinen Grund und Wert verloren hat, demnach wird diese Krise nicht als verheißungsvolle Befreiung begrüßt. Der „Aufbruch in die Moderne" ist dabei jedoch keine einheitliche Denkweise, sondern beschreibt eher eine neue Art Gesellschaftsprozesse wahrzunehmen, von vielen verschiedenen Personen, aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, wie Musiker, Dichter oder Physiker. Die Evolutionstheoretiker haben den Menschen seiner Sonderstellung beraubt. Die Naturwissenschaftler enthüllen das Wesen der sichtbaren Welt als der menschlichen Sinneswahrnehmung unzugänglich. Das Festeste, die Materie, wird aufgelöst in Energie. Technisierung und Industrialisierung entfremden die Menschen von einander. Die liberalste Form des Warentausches, der Kapitalismus verdinglicht sie. Mit dem Wirklichkeitszerfall geht der Ichzerfall einher. Die Psychologen bestimmen das Unbewusste als die den Menschen beherrschende Instanz. Die einzige Sicherheit, das religiöse Gefühl, hat sich seit der Aufklärung selbst depotenziert. In dieser Situation stellt Nietzsche fest, die Menschen haben sich in ihrer Ungläubigkeit behaglich eingerichtet, mit Ersatz-Gottheiten, wie der Nation, der Geschichte oder der Wissenschaft gut arrangiert und diese als Instanzen kollektiver Sinngebung operationalisiert. Trotzdem ist Nietzsche auch nur ein Kind seiner Zeit, denn das Gefühl einer hoffnungslosen Verlorenheit, wie es Rilke und Kafka später formulierten, ist ein starker Motor für seine Werke. Er ist beeinflusst vom Irrationalismus, d.h. die rationale Erkenntnis ist nicht die wahre Erkenntnis, die sich auch auf Gefühle, den Geist oder die Seele berufen muss. In diesem Sinne ist er neben Sören Kierkegaard und Schopenhauer, einer der geistigen Väter der Begründer der Existenzphilosophie, Martin Heidegger und Karl Jaspers, die bekennende Nietzscheaner waren.

Seine Bedeutung und seine philosophische Methode

Nietzsche kommt zugute, dass er der erste Philosoph war, der den kulturellen Abstieg am Ende des 19. Jahrhunderts fast schon prophetisch vorhergesehen hatte, der mit einer umfassenden Kulturkritik, die nicht hinterfragte Berufung auf anerkannte Werte seine Gesellschaft wachrütteln wollte. Wie eingangs schon erwähnt haben seine Werke einen spezifischen Charakter, denn neben seiner metaphysischen Formulierungen, mit der er die endgültige Absage an diese beschrieb, lehnte er alles Systematische ab. Diese Ansicht über die Entwertung der Werte machte ihn zu einem Wortführer des Nihilismus. Dabei formuliert er es in etwa so: Ein Atheismus, der den Glauben beliebig macht, begreift seine eigene Dimension nicht, denn die Berufung auf letztgültige Werte ist nicht mehr möglich und ein neues radikales Selbstverständnis muss entwickelt werden. Die Wahrheit der biblischen Offenbarung wird durch die Wahrheit der Wissenschaft, die zehn Gebote Gottes durch die Normen der Gesellschaft und die Gesetze des Staates, die Erlösung im Jenseits durch den Fortschritt und das Glücksversprechen im Diesseits ersetzt. Zwar wurde der göttliche Herr beseitigt, die Menschen sind aber weiterhin Sklaven der christlichen Werte. Eben diese Werte sind aber überholt.

Eben diese Situation ist nihilistisch. Dabei ist der Nihilismus weder als bejahend noch verneinend zu verstehen, schließlich will er nicht neubewerten. Er ist das Experiment der Moderne. Der Nihilismus verlangt die Hinwendung auf das Diesseits, die letztendlich eine positive Einstellung darstellt, da sie das Lustprinzip freigibt. Der Mensch muss eine Erhöhung seiner selbst anstreben. Der Übermensch ist geboren. Gleichzeitig stellte Nietzsche mit der Forderung nach dem Übermenschen, die Frage nach dem Sinn des Lebens. Schließlich ist mit dem Tod Gottes, oder besser mit dem Tod aller Götter die Sinnfrage nicht erledigt, sondern sie stellt sich mit einer nie gekannten existenziellen Dringlichkeit erneut. Als Analysator von Dekadenz und Krise, ruft er zur unbedingten Bejahung des Lebens auf, und zwar des grausamen und sinnlosen.

Vom Sterben zur rechten Zeit

Wie sind nun seine Äußerungen zum Thema Selbstmord innerhalb dieses Rahmens zu bewerten? (1) 88: „Verhinderung des Selbstmordes – Es gibt ein Recht, wonach wir einem Menschen das Leben nehmen, aber keines, wonach wir ihm das Sterben nehmen: dies ist nur Grausamkeit.“ Und Vom vernünftigen Tode (Euthanasie) Die Verächter des Selbstmordes nur den unfreiwilligen, natürlichen Tod gelten, Nur dieser gilt als „vernünftig“, Dieses Verhältnis stellt Nietzsche auf den Kopf, gerade der natürliche, der unfreiwillige Tod ist der unvernünftige. Er ist von aller Vernunft unabhängig, da keine Erwägungen über das im Leben Erstrebte und Erreichte. Sogar aller Vernunft entgegen: „die erbärmliche Substanz der Schale“ bestimmt darüber „wie lange der Kern bestehen soll oder nicht.“ beim natürlichen Tod ist „ der verkümmernde, oft kranke und stumpfsinnige Gefängniswärter der Herr (...), der den Punct bezeichnet, wo sein vornehmer Gefangener streben soll.“ Auch: „Der natürliche Tod ist der Selbstmord der Natur, das heißt die Vernichtung des vernünftigen Wesens durch das unvernünftige, welches an das erstere gebunden ist.“, Der freiwillige Tod charakterisiert dadurch: weit entfernt davon, unvernünftig zu sein, in ihm zeigt sich die Helle der Vernunft, mit vollem Bewusstsein, vielleicht gar mit „Freudigkeit“, es entscheidet der „vornehme Gefangene“, ob und wann er geht. Der natürliche Tod findet „unter den verächtlichsten Bedingungen“ statt, als ein „unfreier“ Tod, „zur unrechten Zeit“, als eine „Feiglings-Tod“. (2) Zur fröhlichen Wissenschaft ist die Kernaussage. Mitleid ist oft genug unangebracht, Leid kann nicht verhindert werden, verursacht, unter Umständen noch mehr Leiden, Erkenntnis durch Krise, der Tod als Trost. (3) Rede Zarathustras paradigmatisch zu Beginn: „ Viele sterben zu spät, und Einige sterben zu früh. Noch klingt fremd die Lehre: ´stirb zur rechten Zeit!` Stirb zur rechten Zeit: also lehrt es Zarathustra.“ Auch unabhängig von solchen Umständen plädiert er für den Tod zur rechten Zeit: „ Auf eine stolze Art zu sterben, wenn es nicht mehr möglich ist, auf eine stolze Art zu leben. Der Tod, aus freien Stücken gewählt, der Tod zur rechten Zeit, mit Helle und Freudigkeit, inmitten von Kindern und Zeugen vollzogen: so dass ein wirkliches Abschiednehmen noch möglich ist: wo Der noch da ist, der sich verabschiedet, ins gleichen ein wirkliches Abschätzen des Errichten und Gewollten, eine Summirung des Lebens.“ So lässt er auch Zarathustra sagen: “ Meinen Tod lobe ich euch, den freien Tod, der mir kommt, weil ich will.“ Entscheidende Umwertung im Verhältnis zwischen dem „natürlichen“ und dem „freiwilligen“ Tod, den er bevorzugt, Zur rechten Zeit zu gehen ist nicht leicht, deshalb jetzt schon sterben lernen, bei Zeiten diese „schwere Kunst“ zu üben., Nur der versteht sich auf Tod und Leben, der Nein sagt, „wenn es nicht Zeit mehr ist zum Ja“., Wer frei ist zum Tod und frei im Tod – der allein ist ein „heiliger

Nein-sager“, Zarathustra sprach zu seinen Schülern: nur in dessen Sterben “gleich einem Abendroth um die Erde“ glüht der Geist und die Tugend, Dann gewinnt der Tod den Charakter eines Festes, denn nur als Fest inszeniert wird der freiwillige Tod zum vollbringenden Tod und damit den Lebenden „ein Stachel und ein Gelöbnis“: „ Also sollte man sterben lernen; und es sollte kein Fest geben, wo ein solcher Sterbender nicht der Lebenden Schwüre weihte!“. Es findet sich eine Apotheose des freiwilligen Todes, so einen Ton hat noch keiner vorher angeschlagen, Tritt an eine Moral der Zukunft zu entwerfen. „ Die weisheitsvolle Anordnung und Verfügung des Todes gehört in jene jetzt ganz unfassbar und unmoralisch klingende Moral der Zukunft.“ Bestenfalls scheinen Konturen im Gegenlicht der herkömmlichen Moralvorstellungen auf, gegen diese musst sich abgesetzt werden, Herkömmliche Moralvorstellungen: religiös motivierte Abwehrhaltungen, Nur unter der religiösen Beleuchtung des natürlichen Todes als der vernünftige und der freiwillige Tod als der unvernünftige, Der Selbstmord als die „That des Nihilismus“ substituiert werden konnte durch den „langsamen Selbstmord“, d.h. durch „ein kleines aber dauerhaftes Leben“, „ein ganz gewöhnliches bürgerliches mittelmäßiges Leben“, Auf diese Weise haben alle Religionen, voran das Christentum, den „langsamen Tod“ gepredigt, Zarathustra fordert: „Möchten Prediger kommen des schnellen Todes! Das wären mir die rechten Stürmer und Schüttler an Lebensbäumen.“, Diese Prediger sind unabdingbar für die Heraufkunft der ersehnten „Moral der Zukunft“. (4) Den Aphorismus 157 in Jenseits von Gut und Böse 1886 „Der Gedanke an den Selbstmord ist ein starkes Trostmittel: mit ihm kommt man gut über manche böse Nacht hinweg.“ Er bezieht auch hier eine radikale Umwertung, gemessen an vorhergehenden Positionen, das Problem erhält eine neue Beleuchtung. (5) Schon im ersten Band von Menschliches, Allzumenschliches von 1876 /1878, im Aphorismus 80, Titel: „Greis und Tod“: „Abgesehen von den Forderungen, welche die Religion stellt, darf man wohl fragen: warum sollte es für einen alt gewordenen Mann, welcher die Abnahme seiner Kräfte spürt, rühmlicher sein, seine langsame Erschöpfung und Auflösung abzuwarten, als sich mit vollem Bewusstsein ein Ziel zu setzen?“ Frage eher rhetorisch, seine Position: “Die Selbsttödtung ist in diesem Falle eine ganz natürliche naheliegende Handlung, welche als ein Sieg der Vernunft billigerweise Ehrfurcht erwecken sollte: und auch erweckt hat, in jenen Zeiten als die Häupter der griechischen Philosophie und die wackersten römischen Patrioten durch Selbsttödtung zu sterben pflegten. Die Sucht dagegen, sich mit ängstlicher Berathung von Aerzten und peinlichster Lebensart von Tag zu Tag fortzufristen, ohne Kraft, dem eigentlichen Lebensziel nach näher zu kommen, ist viel weniger achtbar.“ In Götzendämmerung, Teil „Streifzüge eines Unzeitgemäßen“, Nr. 36, 1888: „ Der Kranke ist ein Parasit der Gesellschaft. In einem gewissen Zustand ist es unanständig, noch länger zu leben. Das Fortvegetiren in feiger Abhängigkeit von Ärzten und Praktiken, nachdem der Sinn vom Leben, das Recht zum Leben verloren gegangen ist, sollte bei der Gesellschaft eine tiefe Verachtung nach sich ziehen.“ Hier diskutiert Nietzsche die Frage des Freitodes in enger Verbindung mit Krankheitszuständen und den Erfahrungen des Alters, diese Frage lohnt aber nicht lange diskutiert zu werden. In Anknüpfung an meinen Dritten Teil muss hier gesagt werden, dass er zwar zur Vernichtung des europäischen Judentums keine direkten Aussagen beigesteuert hat, seine Äußerungen, z.B. Vom vernünftigen Tode aber durchaus die Euthanasieprogramme der Nazis vorformulieren. Nach Ursula Baumann scheint der Zusammenhang zwischen Suizid und Euthanasie erstmals bei Nietzsche auf. In radikaler Umwertung der christlichen Tradition, in der er den Leib über die Seele, das Diesseits über das Jenseits stellt, ist für Nietzsche ein guter Tod

derjenige, der „aus freien Stücken“ gewählt wird. Gleichzeitig finden sich auch in den Überlegungen zur „Moral der Ärzte“ in der Götzendämmerung Formulierungen, die auf eine Zwangs-Euthanasie hinauslaufen. Im Zustand der Degeneration gibt es kein Recht mehr auf das Leben. Während der Diskussion vor 1918 über eine gesetzlich legitimierte Euthanasie in Deutschland wird als ein Argument gegen die Euthanasie das Mitleid angesprochen. Er begründet, dass Mitleid oft nur aus eigenen Motiven gegeben wird, gleichzeitig bleibt es phrasig. Mitleid ist oft genug unangebracht, da es Leid nicht verhindern kann. Es verursacht, unter Umständen noch mehr Leiden. Schließlich ist auch ein zentrales Thema bei Nietzsche, das Erkenntnis durch Krise erfolgt. In diesem Sinne habe ich auch den Aphorismus aus Jenseits von Gut und Böse verstanden, der Gedanke an den Tod, und ein früh genuges Ende ist der Trost. Und macht somit ein eigenes Handeln sinnlos, außer man ist nicht mehr fähig sich seine eigenen Handlungen bewusst zu machen, dann sind die Ärzte gefragt.

Conclusion

Abschließend kann ich nur noch meine eingangsaufgestellte These erwähnen, und bestätigen, dass Nietzsche auch in der Betrachtung über den Selbstmord, eine für seine Zeit ungewöhnliche Sichtweise des Selbstmordes entwickelt hat. Er hat auch hier eine Umwertung betrieben, und eine Betrachtung dieses Themas von einem anderen Standpunkt formuliert. Doch im Rahmen seiner Rezeption fällt auf, dass er es möglich machte, das die herkömmlichen Gegensätze zwischen rechts und links, progressiv und reaktionär auch zu diesem Thema aufbrach. Wie ist es sonst zu verstehen, dass er auf der einen Seite das linke Projekt der Autonomie des Individuums mit diesen Aussagen unterstützt, aber auf der anderen Seite von den Nationalsozialisten als Grund für die Vernichtung von Leben angeführt wurde?

Literaturverzeichnis

Ursula Baumann, Vom Recht auf den eigenen Tod, Die Geschichte des Suizids vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Verlag Böhlau, Weimar 2001. ISBN 3740011807
Friedhelm Decher, Die Signatur der Freiheit, Ethik des Selbstmords in der abendländischen Philosophie, Verlag zu Klampen, Lüneburg 1999. ISBN 3924245797
Steven E. Aschheim, Nietzsche, S. 502 – 520, in: Etienne Francois/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, C.H. Beck, München 2001. ISBN 3406472222
Thomas Seibert, Existenzialismus, Hamburg 2000, in: Martin Hoffmann (Hrsg.), Rotbuch 3000.
Andreas Winnecken, Ein Fall von Antisemitismus, Zur Geschichte und Pathogenese der deutschen Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. Köln 1991, in: Winfried Mogge (Hrsg.) Edition Archiv der deutschen Jugendbewegung, Band 7.
August Nitschke, Gerhard A. Ritter, Detlev J.K. Peukert, Rüdiger von Bruch (Hrsg.), Jahrhundertwende, Der Aufbruch in die Moderne 1880- 1930, Band 2, Hamburg 1990.
http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/NietzscheFriedrich/
http://www.xlibris.de/Autoren/Nietzshe/NzBio/NzBio01.htm
http://www.nietzschfriedrich.de

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Deus lo volt – „Gott will es“
Die Kreuzzüge als gerechte Kriege

Die Kreuzzüge als gerechte Kriege

Einleitung

„Ein herausragender Tag der Weltgeschichte ist der 27. November 1095." Diese Beurteilung der Geschehnisse in Clermont im Zusammenhang mit der päpstlichen Synode, in deren Folge Papst Urban II. zum ersten Kreuzzug aufrief, fiel mir im Laufe meiner Recherche immer wieder auf. Den Kreuzzügen werden allgemein eine große Bedeutung beigemessen, dass zu erkennen, benötigt es keine wissenschaftliche Untersuchung. Oftmals werden diese in einem Atemzug mit der Inquisition erwähnt, und stellen einen der Teile in der Kirchengeschichte dar, der sehr negativ von Laien bewertet wird.

Es wird versucht einen ideengeschichtlichen Umgang mit dem Thema Kreuzzüge, besondere Aufmerksamkeit wird auf den Zusammenhang zwischen dem Aufruf zum Kreuzzug und der Vorstellung vom gerechten Krieg gelegt. Hierbei ist zu klären was ein Kreuzzug ist, welche Vorstellungen von Krieg und damit auch von gerechtem Krieg, es gibt. Hierbei werde ich auch versuchen die Frage, warum Kreuzzüge als gerechte Kriege verstanden wurde, zu beantworten. Viele Fragen müssen jedoch unbesprochen bleiben.

Infolge der Kürze kann nur eine knappe historische Herleitung dargestellt werden. Viele Fragestellungen können nur angerissen werden, wie die Organisation einer Gemeinschaft, durch die sich die Christenheit als ein Volk verstand, als Volk eines Gottesstaates, dem Civitas Dei.

Ein weiterer Teil der Arbeit behandelt die Bedeutung der Kreuzzüge als bellum iustum und die Darlegung dieser Vorstellung im Aufruf Urbans II. Kann aus dem Aufruf bereits die Interessen erkannt werden, die der Papst hoffte mit diesem Unternehmen zu befriedigen? Oder müssen die Rede wie andere Kriegsmanifeste auch behandelt werden?

Sind die allgemeinüblichen Thesen, der Papst rief auf, um das morgenländische Schisma zu überwinden, sowie das mittelalterliche Fehdewesen einzudämmen, an einer direkten Betrachtung durch die Überlieferung eines Chronisten haltbar? Die späteren Interpretationen des Historikers Carl Erdmann, dass Jerusalem gar nicht Gegenstand des Aufrufes war, lassen auch andere Gründe vermuten.

Aufgrund der Bedeutung, die ich dem ersten Kreuzzug, der zur Entstehung des Kreuzzuggedankens und der Kreuzzugsbewegung führte, beimesse, fallen die Kreuzzüge in Spanien (reconquista), die Ostkreuzzüge, der Bauernkreuzzug, sowie die weiteren Jerusalem Kreuzzüge ganz aus meiner Betrachtung heraus. Ich untersuche nur die Bedeutung des Aufrufes am 27. November 1095, einmal für die kollektive Einheit der Civitas Dei, dann hinsichtlich des individuellen Formates sowie in Bezug auf die Entstehung des Kreuzzuggedankens.

1. **Was ist ein Krieg?**

Wie interessant war es zu hören, dass „zum gesamtalteuropäischen Alltag“ „die militärische Konfliktlösung“ gehörte. Mein Bild vom Zusammenleben in allen historischen Gesellschaften war durchaus auch so geprägt, wie es Konrad Repgen mit den Zitaten umschreibt: „Das eine der Friede, ist die Normalität, das andere, der Krieg, ist das Unnormale, das Außerordentliche, dieser sei allerdings von Kriegsjahren, mit einer begrenzten Dauer unterbrochen worden.“

Die mittelalterliche Gesellschaft war geprägt durch das Feudalsystem in dem Faustrecht und Willkür durch das Fehdewesen herrschten; dem Gefüge aber auch einseitige Stabilität gab. Der Ursprung der Ordnung ist hierbei in den „germanisch – frühritterlichen Traditionen“ zu suchen, in der besonders die Normannen als formende Kraft, im Sinne des Wortes, Vorreiter bildeten. Raubgut und Geltung bildeten die formalen Grundlagen, welche die nächste Zukunft Europas entscheidend prägen sollten. Die Auseinandersetzungen, die „Hauptfunktion der feudalen Herren“, hielten sie auf ihren Plätzen in der gesellschaftlichen Ordnung. Die „Militärgesellschaft“, die sich in den Jahrhunderten seit den Invasionen der Barbaren und Karls des Großen etabliert hatte, kennzeichnete sich durch „extreme Häufigkeiten, Kleinräumigkeiten und Kurzfristigkeiten“ ihrer Kämpfe, die die mittelalterlichen Kriegsgeschichten von jenen des Römischen Reiches und der abendländischen Neuzeit unterschied. Einer der entschiedensten Unterschiede ist außerdem, dass sich die Kriege nun im Inneren des Reiches, anstatt wie vormals an ihren Grenzen abspielten. Sie trafen so direkt die Gesellschaft, und zogen sie in Mitleidenschaft.

Die feudale Gesellschaftsordnung war zudem geprägt durch sich fast antagonistisch gegenüber stehenden Bevölkerungsklassen der weltlichen und geistlichen Eliten, sowie des von ihnen abhängigen Bauernstandes. Zwischen den Eliten entwickelte sich nach dem Verfall des karolingischen Einflusses ein Machtkampf mit hegemonialen Ansprüchen, der vorerst vom salischen Herrschergeschlecht gewonnen, jedoch dann infolge des Investiturstreits vom Papsttum in Frage gestellt wurde. Um die Bedeutung für den Krieg zu verstehen, müssen einige sozialpolitische und machtpolitische Gegebenheiten der Zeit beachtet werden. Zwar ging die Gesamtheit der antiken und mittelalterlichen Rechtsgelehrten davon aus, dass es unter definierbaren Bedingungen legitimes Recht auf Krieg gibt und dass der Krieg ein Rechtsverfahren ist, das in den Fällen eintritt, in denen ein kompetenter Richter fehlt. „Der Krieg ist etwas ganz Rechtsförmiges, er ist etwas Ähnliches wie ein Prozess.“

Aber genau diese anerkannten Bedingungen, durchgesetzt von einem Herrscher, fehlten. Natürlich gab es die unterschiedlichsten Versuche, z.B. durch Karl den Großen im Frankenreich, und auch die Salier für den östlichen Teil des ehemaligen Weströmischen Reiches, durchsetzen konnten. Ein einheitliches Rechtsgebot über die Generationen eines Herrschergeschlechtes gab es aber nicht. Alleine die Vielzahl der Begriffe bezeugt schon, wie diffus die mittelalterlichen Verhältnisse waren. So wurde Krieg als bellum, vehede, urlay, werre, guerra u.a. unterschieden. Dabei gewann das Wort Krieg erst im 14.Jahrhundert „die Bedeutung, die“ vorher das „klassisch – lateinische Wort bellum“ wahrgenommen hatte, und dem modernen Verständnis als einem mit Waffengewalt ausgetragenen, zwischenstaatlichen oder innerstaatlichen Konflikt nahe kommt. Diese sehr kurze und recht wage Erörterung zeigt auf, dass Krieg immer schon mehr bedeutete, als

nur der profane Akt des Tötens. Als Machtmittel bedurfte er jedoch auch notwendiger Rechtfertigungen, ganz besonders im Hinblick auf die Christianisierung, und dem damit verbundenem Moralverständnis der fränkischen Stämme, die spätestens seit dem 9. Jahrhundert eng mit der katholischen Kirche zusammenarbeiteten.

2. Was ist ein gerechter Krieg?

Krieg galt als eine Form der „Durchsetzung, die verletzte oder verweigerte Rechte einforderte, für dessen Erzwingung kein Richter oder Gericht zuständig war". Deshalb führten schon seit dem römischen Reich theologische Theoretiker einen Disput, indem es „um das ius ad bellum" ging, welches auch als die Lehre von den sittlichen und rechtlichen Bedingungen zur Kriegsführung durch Christen und christlichen Obrigkeiten trotz der Bergpredigt, bezeichnet werden kann.

Das Christentum war „eine Religion des Friedens", und Krieg war gleichbedeutend mit „Menschenopfern" und „Massenmord". Alleine aus diesem Verständnis war es für die Urchristen zu Zeiten Petrus und Paulus erstes Gebot keine Waffen zu tragen. Als sich jedoch unter Konstantin das Christentum immer mehr durchsetzte und sogar Staatsreligion wurde, stellte sich die Frage, wie mit Aggressoren zu verfahren sei; sowie die Bedeutung und Notwendigkeit des Soldatenstandes für den Gottesstaat, der durch die Kirche vertreten wurde.

Zu diesen Vorstellungen gehörte die Lehre vom bellum iustum, im Besonderen „die, Bedingungen unter denen ein Krieg begonnen werden darf". Diese Lehre formulierte, „als normatives, rein abstraktes Erkenntnisziel" Augustinus, einem Kirchenvater der lateinischen Kirche. Nach ihm kennzeichnen einen gerechten Krieg (bellum iustum) drei Kriterien, dass dieser einen gerechten und gottgefälligen Krieg darstellt. Zum ersten die auctoritas principis: Ein Krieg muss im Namen und auf Anordnung einer legitimen Autorität (Kaiser oder Papst) geführt werden. Ein Krieg darf nur aus einem gerechten Kriegsgrund (iusta causa) hervorgerufen und durch eine Unrechtshandlung (iniuria) eines Gegners geführt werden. Den militärischen Aktionen müssen gute Absichten (rectae intentiones) zugrunde liegen, „die auch sonst generell gelten, also durch Kriegszustand nicht außer Kraft gesetzt (werden). Ut bonum promoveatur et malum vitetur, das Gute ist zu fördern, das Böse ist zu meiden."

Außerdem ist das erklärte Ziel des gerechten Krieges, der Frieden. Wie sich aber durch die Lektüre Konrad Repgens ergibt, wurde diese griffige Schulformel und Ausdifferenzierung von Thomas von Aquin vorgenommen und nicht von Augustinus selbst. Jedoch steht die Theorie in seiner Tradition. Er hatte „wichtige Überlegungen" vorgenommen, die „antikes und christliches Gedankengut verbunden" haben. Eine bedeutende Neuerung durch ihn war die Aufnahme von Zitaten aus dem Alten Testament mit denen das Kriegertum auch vor Gott gerechtfertigt wurde.

Die antiken staatsphilosophischen Grundwerte, die in diese Vorstellungen einfließen, wurden schon von Aristoteles und Cicero rezipiert. Durch Ambrosius, dem Mentor und Taufvater Augustinus, fanden sie auch ihre Aufnahme in den theologischen Disput. Diese Diskussion, die durch Augustinus eine wichtige Ausformulierung erhielt, stellte einen Übergang dar, der das Mittelalter

einläutete. Diese Saat ging jedoch erst mit dem Führungsanspruch des Papsttums auf; ihre Umsetzung fand in den Kreuzzügen den ersten Höhepunkt.

3. **Was ist ein Kreuzzug?**

Der Begriff Kreuzzug wurde in Deutschland erst seit dem 18.Jahrhundert verwendet; maßgeblich bestimmt durch Lessing. Im Mittelalter war die Rede von Reise, Fahrt oder Pilgerschaft nach Jerusalem, Fahrt ins Heilige Land (peregrinatio, expeditio, iter in terram sanctam, gotes vart oder vart über mer). Nach Hans Eberhard Mayer definiert sich ein Kreuzzug wie folgend:„ Ein Kreuzzug (...) ist (...) ein Krieg, der vom Papst ausgeschrieben wird, in dem das Gelübde verlangt, der Ablass und die weltlichen Privilegien bewilligt werden, und der (das scheint wesentlich) auf die Erlangung oder Erhaltung eines ganz bestimmten, geographisch fest umrissenen Zieles gerichtet ist: auf die christliche Herrschaft über das Grab des Herrn in Jerusalem.“

Unter dem Begriffe ist also zu erst eine religiös – militärische Expedition zur Sicherung des Heiligen Landes zu verstehen. Dieser Krieg wurde der Christenheit unmittelbar von Gott durch den Mund des Papstes befohlen. Also steht die Vorstellung ganz im Sinne der Lehre des gerechten Krieges. Diese recht einfache Bergriffserläuterung verhindert jedoch die Betrachtung der Komplexität des Forschungsfeldes, und kann auch nur anfänglich einer Orientierung dienen. Außerdem reichte dieser Grund nicht aus, um dem Unternehmen entsprechende Unterstützung zu sichern. Einige verschiedene Motive, die in ihrer Zusammensetzung bei den Mitgliedern solcher Art von Fahrt stark differenzieren, lassen sich sondieren. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Kennzeichen findet sich bei Rainer Christoph Schwingers, der als Ansatz folgendes formuliert:

> Die reine, idealistische Zielsetzung fand sich seit den Tagen von Clermont wohl nur in den Köpfen der geistlichen Elite des Abendlandes, während die Masse der Kreuzfahrer mit ebenso materiellen wie emotionalen Motivationen ins Heilige Land zogen oder wohin immer der päpstliche Aufruf sie rief.

Als die Kreuzzugsidee unter Gregor VII. entworfen, indem die Befreiung des Heiligen Landes zum gerechten Ziel eines Heiligen Krieges erklärte wurde, fand eine ideologische Untermauerung statt, die den Stereotyp Feind zwar nicht neu erfinden musste, das Bild aber geschickt zu nutzten wusste. Die theologische Tradition sah in den Sarazenen die Vorboten des Antichristen, Teufelsanbeter, die das Heilige Land vernichteten. Es wurde von „Sarazenenpest“, u.a. gesprochen, kurz um sie waren nicht nur die Feinde der Christen. Sie waren die Feinde Gottes, höchstpersönlich.

Gründe für die Festsetzung derartiger Vorurteile lassen sich in der jahrhundertealten Tradition, in der sich Christen und Islamiten als Feinde gegenüber standen, finden. Der „Siegeszug des Islam“ hatte im 7. bis zum 9. Jahrhundert im südlichen Teil Europas seinen Startschuss erhalten. Sie eroberten Westafrika und stießen bis nach Spanien vor. In Sizilien und Unteritalien errichteten sie ebenfalls Stützpunkte und Ansiedlungen. Das byzantinische Reich wurde ebenfalls bedroht. Von Italien aus fielen sie in Südfrankreich und der Schweiz ein. Außer in Spanien konnten sie jedoch im 10. Jahrhundert wieder

vertrieben werden. Dort dauerte die Reconquista, die Wiedereroberung bis ins 15. Jahrhundert.

Die Einheitlichkeit mit der zwar vom Feind, dem Heiden, gesprochen wurde, gab es in dem realen sozialen Zusammenhangen jedoch nicht. Die islamische Glaubensgemeinschaft war in mehrere Hauptlehren gespalten, die untereinander konkurrierten. Eine Aufzählung der verschiedenen Richtungen wird die Vielfalt zeigen. Zum einem existierten die großen Zusammenhänge der Sunniten und Schiiten. Hierbei stellten die Sunniten vor allen dingen die Herrscher der abbasidischen Kalifate und zählen zur orthodoxen Strömung. Die Schiiten unterteilten sich in Sekten der „Fünfer-„ „Siebener –„ und „Zwölferschiiten", diese Zugehörigkeit richtete sich nach der Anzahl der Imame. Hierbei sind besonders die Siebenerschiiten zu nennen, die auch als Ismailiten bezeichnet, die fatimitischen Kalifate in Arabien etablierten.

Aufgrund eines Streites um die Nachfolge der Herrscher, gingen die Siebener zu den persisch als Assassinen bezeichneten Stämmen und nahmen ihre extremen Vorstellungen an, in denen Mord zur religiösen Pflicht und zur politischen Waffe wurde. Dieser Bevölkerungsteil wurde von den Sunniten verfolgt, da sie für diese eine Bedrohung darstellten aufgrund des religiösen Terrors und zumal sie auch die `Touristen', die Christen bedrohten.

Die Türken, besonders der nomadische Stamm der Seldschuken, die im 10.Jahrhundert den islamischen Glauben sunnitischer Richtung annahmen, gaben der Arabischen Kultur die „Stoßkraft" zurück, die sie durch die inneren Auseinandersetzungen verloren hatte. Sie konnten in wenigen Jahrzehnten ein Großreich aufbauen, das byzantinische Herr schlagen, was die Vormachtstellung in diesem Teil der Welt bedeutete, sowie große Teile der byzantinischen Verwaltung „unterwandern", von welcher der oströmische Kaiser abhängig war. Militärische konnte der Kaiser nur im Westen sein Reich sichern, über das türkische Reich jedoch keinen vollständigen Sieg erringen. So sicherten Verträge bis ins 12. Jahrhundert die Situation an der Levante zwischen den unterschiedlichen Herrschern.

Trotz den oströmischen und der „spanisch – sizilianischen Erfahrungen" nannten die christlichen Gläubigen am „Vorabend des Kreuzzuges" ein stereotyphaftes, doktrinäres Bild vom Muslimen ihr Eigen. Die „jahrhundertealten undifferenzierten mentalen Vorurteile" gegenüber dem Islam und seinen Gläubigen wurde handlungsleitend und damit Kennzeichen der Kreuzzüge. Das muslimische Feindbild ist der Teil der „spezifischen Kampfideologie" dieser.

Der Krieg der Civitas Die

Der wissenschaftlichen Einschätzung, „die Kreuzzüge gehören in das Umfeld der Kirchenreform, (...) in der sich die Kirche von den laikalen Gewalten, vor allem vom Königtum, emanzipierte, sich als eigenständige Institution unter der Leitung der Päpste konstituierte." schließe ich mich an, und will an dieser Stelle weiter Motive des Kreuzzuges ausführen, der nun aufgrund seiner Ausrichtung und seiner Feindstellung als Heiliger Krieg bezeichnet werden kann. Im Folgenden werde ich die Fragen klären, die sich im Zusammenhang mit der Ausrufung eines Krieges durch die Kirche und besonders durch „die leitende Autorität des Papstes" ergeben haben, sowie entscheidende sozio- politische Aspekte.

Civitas Dei wird als Gesinnungsgemeinschaft der Christenheit seit der Antike und dem Ende des Römischen Reiches verstanden. Einher ging damit die Vorstellung von einem weltlichen Reich als Schutzmacht des geistlichen Reiches, der Kirche. Unter diesem Begriff wurde besonders seit Augustinus die institutionelle Kirche verstanden. Diese Absichten sollten mit der Reichsidee umgesetzt werden, die hervorgegangen aus dem Römischen Reich, mit seiner Teilung jedoch erlosch.

Das Papsttum belebte die Idee aber wieder, die auf den Anspruch der Weltmacht und dem Gottesgnadentum, sowie einer Befriedung des gesamten Römischen Reiches (Pax Romana) ausgerichtet war. Bereits Karl der Große galt als der Schirmherr des Gottesstaates und als Umsetzter der Idee, wodurch ihm der Papst die Kaiserkrone verlieh. Aus dieser Gemeinsamkeit leitet „die Patria, die sich um 1050 in der Lombardei – insbesondere in Mailand – formierte“, ihren radikalen politischen Anspruch ab. Dieses ließ Rom eine neue institutionelle und kulturelle Einheitlichkeit in der Kirche des Westens schaffen, die zum Aufstieg der römisch-katholischen Kirche und des lateinischen Papsttums führte. Im Investiturstreit ausgehend vom Kloster Cluny und dem Papst Gregor VII. erreichte der Aufschwung seinen damaligen Höhepunkt, in dessen Folge der Papst als Lehnsherr von weltlichen Fürsten anerkannt wurde.

Das Reformpapsttum hatte sich etabliert, brachte das, durch den Investiturstreit als ehemalig anzusehende, Machtgefüge jedoch in starke Bedrängnis und während sich das Geschlecht der Salier im Niedergang befand, aber noch nicht die Zeit der Staufer gekommen war, konnte sich die Kirche als weltliche Macht in diesem Vakuum etablieren, die sogar Kriege befehlen konnte. Dieser kurzzeitige Niedergang der königlichen Herrschergeschlechter war durch den Papst verursacht und durch die Fürsten gestützt. In diesem Zusammenhang muss auch die Autorisierung durch den Papst zu sehen sein. Ohne seinen Aufruf und damit aktive Mitwirkung wurde der Kreuzzug nicht zu einem Heiligen Krieg. Sein Erscheinen war jedoch eher am Rand und an den Anfang gestellt. Er initierte ihn zwar, Organisation und Durchführung fiel jedoch den Fürsten zu. Seine Person ist demzufolge genauso Kennzeichen des Kreuzzuges, jedoch eher eine normative.

Doch warum unterstützten die Fürsten in diesem Sinne den Machtanspruch des Papstes. Poltische Gründe sind für diese Entwicklung nicht ausreichend. Die Gottesfriedensbewegung gibt da gewisse Anhaltspunkte. Diese hatte eine Fusionierung von Kriegsdienst und Frömmigkeit initiiert. Zur clynezianischen Reform des Christentums und zur sanierten Rolle des Papsttums gehörend, bemühte sie sich gerade um die Laienfrömmigkeit des Adels. Ziel der Bewegung war es dem ständigen Fehdewesen, wenigstens zeitweise Einhalt zu gebieten, dazu musste sie eine gewisse „Kontrollfunktion“ ausüben und wenn nötig Zwangsmassnahmen durchführen. Vor allen Dingen in Frankreich versuchten der Papst und die Bischöfe, gegen das sich schon fast zur „Landplage“ entwickeltem Gefechtsverlangen des ritterlichen Adels vorzugehen. Hierzu konnten auch bischöflich autorisierte „Gottesmilizen mit (...) militärischer Gewalt gegen Friedensbrecher“ voranrücken. So beschränkte die Reformbewegung stark die Betätigungsmöglichkeiten der Ritter.

Verarmt, durch die Primogenitur und durch die ständige Mittelgewinnung zur Fehdeführung, besaßen die weiten Teile der Ritterschicht wenig, was ihrem Stand ziemte. Der Wandel des gerechten Krieges, der von Adligen nie die volle

„Unterstützung“ erhalten hatte, zum heiligen Krieg, der ihre Taten rechtfertigte und belohnte, gab ihren Bedürfnissen Expansions- – und Eroberungsraum und den kirchlichen Mächten das benötigte militärische Kräftepotenzial. Die ritterliche Laienschicht, die in den Dienst der Kirche trat, wurde zu einer hoch „ideologischen Kampftruppe“, der militia christiania, ausgebildet und führte in ihrem Dienst, den von der Kirche sanktionierten, Heiligen Krieg. Die militia christiania hat den Kreuzzug erst möglich gemacht, und ist eines der wichtigsten Kennzeichen desselben.

Die Organisation einer Gesinnungsgemeinschaft, wurde politisch nicht möglich, jedoch religiös, da sich die Christenheit als Volk eines Gottesstaates, dem Civitas Die verstand. Gemeinsam war den Menschen in Europa des Mittelalters eine moralische Grundauffassung. Sie stellten so durchaus eine Einheit dar, obwohl jene einer dauerhaften politischen Gesamtorganisation entbehrte. Diese Vorstellung einer Einheit kam die Ecclesias, die Selbstdefinition der Christen als ein Volk, am nächsten. Bereits seit den Anfängen der Missionstätigkeit und der Ausbreitung des Christentums war dieses Selbstverständnis für die BewohnerInnen des Mittelmeerraumes und Westeuropas von Bedeutung.

Zum Selbstverständnis eines Mitgliedes der Civitas Dei, gehörte die regelmäßige Pilgerfahrt an bestimmte Orte des ehemaligen Römischen Reiches. Pilgerfahrten waren im Mittelalter eine willkommene Möglichkeit den alltäglichen Schwierigkeiten zu entfliehen und an einer Gemeinschaft teilzuhaben, die, über Standesschranken, Stadtmauern und Despotengrenzen hinweg, solidarisch miteinander umging. Diese Orte waren Santiago de Compostella in Spanien, natürlich die Heilige Stadt Rom in Italien, das Exil der Jünger Jesus, Petrus und Paulus, sowie die Heilige Stadt Jerusalem in Palästina, dem Ort an dem Jesus starb und wieder aufstand. Alleine vom Aufwand und den Kosten stellte die Reise nach Jerusalem die aufwendigste dar, nicht zu vergleichen mit den angeblichen Gefahren, den wie schon erwähnt, war das Gebiet des Nahen Ostens im 11. Jahrhundert heißumkämpft.

Die Kirche war mit Jesus in Jerusalem geboren, sie würde nun mit dem Sieg über den Antichrist dorthin zurückkehren und damit den Anbruch des Gottesreiches auf Erden einläuten. Diese eschatologischen Erlösungshoffnungen bildeten den spirituellen Grund des Kreuzzugsunternehmens. Die mittelalterliche Vorstellungswelt war, von einem irdischen Ort bestimmt, der „in der Bibel symbolisch und allegorisch umgedeutet und (...) von überirdischem, himmlischen Glanz erfüllt“ war. Johannes der Täufer schrieb im letzten Kapitel der Bibel über die Offenbarung und dem Ende der Welt:

> „Und es kam einer zu mir von den sieben Engeln... Und zeigte mir die Heilige Stadt Jerusalem herniedergefahren aus dem Himmel von Gott, die hatte die Herrlichkeit Gottes. Und ihr Licht war gleich dem alleredelsten Stein, einem Jaspis... Und die Grundsteine der Mauern um die Stadt waren geschmückt mit allerlei Edelstein... Und die zwölf Tore waren zwölf Perlen, und ein jegliches Tor war von einer einzigen Perle, und die Gassen der Stadt waren lauteres Gold.“

Wie glorreich musste diese Darstellung auf die Menschen jener Zeit gewirkt haben, die so gar nichts mit ihrem profanen Dasein, in dem Krieg, Hunger und Krankheit bestimmende Größen waren. Wie leicht konnte sich das himmlische Jerusalem mit dem irdischen verbinden, und dem eigenen unwürdigen Streben mehr Sinn und Verbesserung der Umstände geben. Die Sehnsucht nach Erlösung konnte erfüllt werden. Diese Erwartung war vor all dingen Kennzeichen der Unterschicht, die zum Kreuzzug im Sinne einer Bußfahrt aufbrach.

Der bewaffnete Pilger, also der adlige Ritter, erhielt eine hohe Motivation durch den geistlichen Lohn, den Kreuzzugsablass. Im groben Inhalt versprach er einen Nachlass der Sündenstrafen. Zu erst formuliert auf dem Konzil in Clermont hatte der Papst noch einen weniger umfassenden Charakter des Ablassversprechens im Sinn. Von den Kreuzfahrern jedoch uminterpretiert, führte der zu einer vollständigen Tilgung der Schuld und von Strafen, also auch im rechtlichen Sinne. Andere geistlichen Führer hatten mit dem Ablass noch weiteres im Sinne. Die Zeit des Kreuzzuges war die Zeit der Buße durch die Kreuznahme mit dem das subjektivreligiöse Befinden, des Kampfes gegen die eigene Sündhaftigkeit. Der Kreuzzug als Katharsis der Oberschicht.

Der Kreuzzugaufruf Papst Urbans II. Übersetzung nach Fulcher von Chartres

Quellenkritik und Interpretation

Am 27. November 1095, hielt Papst Urban II. auf einem Konzil in Clermont vor hauptsächlich französischen Klerikern und Laien, seine als Kreuzzugsaufruf eingegangene Predigt. Es war keine Versammlung der Konzilmitglieder hinter verschlossenen Türen, sondern eine Versammlung, die von vorneherein auf Massenwirksamkeit aus war(...) „Auf einem großen freien Platz vor den Toren der Stadt, so vorbereitet, dass die Zahl der Zuhörer unübersehbar schien." Die Predigt Urbans in französischer Sprache ist nicht im Wortlaut überliefert. Durch drei wahrscheinlich Anwesende, Robert der Mönch, Balderich von Dol und Fulcher von Chartres, sowie eine ausgewiesene nachträgliche Berichterstattung von Guibert von Nogent kennen wir den ungefähren Inhalt.

Fulcher von Chartres, sich selber als Augenzeugen darstellend, gibt folgenden Text:

Vielgeliebte Brüder!
Getrieben von den Forderungen dieser Zeit bin ich, Urban, der ich nach der Gnade Gottes die päpstliche Krone trage, oberster Priester der ganzen Welt, hierher zu euch, den Dienern Gottes gekommen, gewissermaßen als Sendbote, um euch den göttlichen Willen zu enthüllen.... Es ist unabweislich, unseren Brüdern im Orient eiligst die so oft versprochene Hilfe zu bringen. Die Türken und die Araber haben sie angegriffen und sind in das Gebiet von Romanien vorgestoßen bis zu jenem Teil des Mittelmeeres, den man den Arm Sankt Georges nennt; und indem sie immer tiefer eindrangen in das Land der Christen, haben sie diese siebenmal in der Schlacht besiegt, haben eine große Anzahl von ihnen getötet und gefangengenommen, haben die Kirchen zerstört und das Land verwüstet. Wenn ihr ihnen jetzt keinen Widerstand entgegensetzt, so werden die treuen Diener Gottes im Orient ihrem Ansturm nicht länger gewachsen sein. Deshalb bitte und ermahne ich euch, und nicht ich, sondern der Herr bittet und ermahnt euch als Herolde Christi, die Armen wie die Reichen, dass ihr euch beeilt, dieses gemeine Gezücht aus den von euren Brüdern bewohnten Gebieten zu verjagen und den Anbetern Christi rasche Hilfe zu bringen. Ich spreche zu den Anwesenden und werde es auch den Abwesenden kundtun, aber es ist Christus, der befiehlt..... Wenn diejenigen, die dort hinunterziehen, ihr Leben verlieren, auf der Fahrt, zu Lande oder zu Wasser oder in der Schlacht gegen die Heiden, so werden ihnen in jener Stunde ihre Sünden vergeben werden, das gewähre ich nach der Macht Gottes, die mir verliehen wurde....Mögen diejenigen, die vorher gewöhnt waren, in privater Fehde verbrecherisch gegen Gläubige zu kämpfen, sich mit den Ungläubigen schlagen und zu einem siegreichen Ende den Krieg führen, der schon längst hätte begonnen sein sollen; mögen diejenigen, die bis jetzt Räuber waren, Soldaten werden...; mögen diejenigen, die sonst Söldlinge waren am schnöden Lohn, jetzt die ewige Belohnung gewinnen; mögen diejenigen, die ihre Kräfte haben zum Schaden ihres Körpers wie ihrer Seele, jetzt sich anstrengen für eine doppelte Belohnung. Was soll ich noch hinzufügen? Auf der einen Seite werden die Elenden sein, auf der anderen die wahrhaft Reichen; hier die Feinde Gottes, dort Seine Freunde, Verpflichtet euch ohne zu zögern; mögen die Krieger ihre Angelegenheiten ordnen und aufbringen, was nötig ist, um ihre Aufgabe zu

können; wenn der Winter endet und der Frühling kommt, sollen sie sich fröhlich auf den Weg machen unter der Führung des Herren.

Die Rede ist dem Buch Regine Pernouds „Die Kreuzzüge in Augenzeugenberichten“ entnommen. Sie stellt vermutlich eine Übersetzung eines Teiles der Historia Hierosolymitana des Fulcher von Chartres dar. Der Quelle ist in diesem Buch ein Text vorangestellt, der den Verfasser vermerkt, jedoch nicht den Ursprungsort. In diesem Buch werden verschiedene zeitgenössische Darstellungen verwendet, die in kurze Kapitel gesetzt, die üblichen Zäsuren der Historie übernehmend, die Texte nur mit wenigen kommentierenden Einschüben für sich sprechen lässt. In wie weit in diesem Buch der ursprüngliche Text wiedergegeben ist, er in der Historia auch mit gleichem Inhalt zu finden ist, kann ich nicht nachprüfen. Mir fehlen dazu die lateinischen Kenntnisse, als auch der Einblick in das Original. Von den im Text enthaltenen Punkten (…, Zeile 3, 14, 17, 21) ist auszugehen, dass sie Aussparungen andeuten und somit Teile des Inhaltes fehlen. Für eine auswertende Betrachtung ist die Quelle ungeeignet, da keine gesicherten Informationen hinsichtlich des Wahrheitsgehaltes zu Verfügung stehen. Außerdem ist zu vermerken, dass der Chronist Fulcher sein Werk am Ende seiner Verfassung gründlich überarbeitet hatte, dass im Original also zwei Fassungen vorhanden sind, die unter Umständen gleiche, beschriebene Situationen unterschiedlich bewerten und damit auch anders formulieren. Außerdem ist zu beachten, dass die Werke Fulchers in ebenfalls mehreren Abschriften vorliegen. Zudem konnte der Autor schwerlich nach Jahren den genauen Wortlaut des Aufrufes wiedergeben. Es ist also anzunehmen, dass er dem Papst entsprechende Worte in den Mund gelegt hat. Weder auf diese Situation, noch auf das Problem der zwei Fassungen, sowie der persönlichen Einstellung des Chronisten zum Papst, geht Regine Pernoud ein. Der Text wurde von ihr aus jedem Zusammenhang gerissen. Unter diesen Umständen kann die Quelle nicht zu einer Verwertung herangezogen werden, jedoch lassen sich Grundzüge erkennen, die ich für eine allgemeine Beschreibung des Inhaltes zulässig halte.

Die Einleitung lässt erkennen, der Papst nutzt seine Stellung nicht aus, sondern kommt ihr nach, da er so zu sagend unter Druck die Forderungen des Aufrufes stellt. Die Hilfeleistung für die bedrückte Ostchristenheit steht dabei eindeutig im Vordergrund. Zum ersten aufgrund ihrer Position, ihre Benennung erfolgt nach der Aussage, es sein der Wille Christis. Zum Zweiten durch die Quantität, die eine ausführliche Beschreibung der Bedrückung darstellt. Der Umfang und die Darstellung stehen dabei in keinem Zusammenhang mit dem Inhalt, der nur als verkürzt zu bezeichnen ist, und die Realität höchstens zufällig trifft. Dieser Teil wirkt, als wünschten die Byzantiner sich nichts sehnlicher als ihre Befreiung durch den Westen. Der byzantinische Kaiser hatte sich schließlich mehrfach in dieser Sache bemüht. Das es in diesen Bemühungen jedoch allenfalls um ein kleines Söldnerheer ging, das Ersuchen also konkret und eingegrenzt war, wird nicht ersichtlich.

Der zweite Teil beschreibt die Belohnung für die „Gottesfahrt“, der auch als relativ ausführlich zu bezeichnen ist. In einem dritten Teil werden diejenigen in einer Aufzählung aufgefordert, die als Teilnehmer am bisherigen Fehdewesen zu bezeichnen sind. Ihnen wird nahegelegt ein christliches Leben durch eben diese expeditio aufzunehmen. Es ist auffällig, wie oft benannt wird, dass derjenige der befielt nicht der Papst oder die Kirche ist, sonder der „Herr“ oder Christi. Das Wort Krieg wird in dem Text einmal genannt, hierbei fällt auf, dass es in einem

engen Zusammenhang zu den Teilnehmern der Fahrt steht, die aufgefordert sind an ihr teilzunehmen. Die kriegerische Tradition dieses Klientels scheint ausschlaggebend für die Einordnung zu sein. Hingegen wird nicht erwähnt, welche die Hilfe für Byzanz sein soll. Die Wirkung kann jedoch entstehen, dass der Krieg die Unterstützung darstellt. Von kriegerischen Handlungen wird auch immer nur in der semantischen Anwesenheit des Feindes gesprochen, so etwa von der „Schlacht gegen die Heiden“ oder dem „Krieg gegen die Ungläubigen“.

Diese Merkmale lassen es zu den Text als ein Kriegsmanifest zu bezeichnen, da er Formalien enthält, die für diese kennzeichnend sind. Er diente legitimatorischen Aspekten und sowohl die Umstände seines Entstehens, ob nun durch den Chronisten oder durch die Situation als auch durch die Argumentation, lassen die Vermutung als berechtigt zu. Im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit die Entstehung der Schrift zu werten ist, kann ich den Text an sich als authentisch qualifizieren. Der Autor hatte nicht die Fähigkeiten nach Jahren einen wortgetreuen Sinn wiederzugeben. Er stand unter dem Einfluss seiner Zeit, in der die Kreuzzüge auch schon als bedeutend bewertet wurden, und somit einer Darstellung bedurften. Es ist jedoch wichtig, das Verhältnis des mittelalterlichen Historikers zum Papst und Papsttum zu klären. Das würde zu mindestens im Ansatz einen, der zur Legitimation dienenden, Aspekt etwas aufhellen. An der Quelle ist der Ansatz nicht zu beschreiben, da ich nicht vom originalen Wortlaut des Autors ausgehen kann.

Zu der Entstehungszeit der Niederschrift und zum Chronisten ist zu sagen, dass dieser in einer Zeit lebte, die geprägt war durch die tiefgreifende Erschütterung einer Lebenswelt und die Welt mit suchenden Augen nach neuen Anhaltspunkten betrachtete. Ein tiefes religiöses Verständnis, auch des Kreuzzuges ist ihm eigenen. Gerade in der Arbeit Verena Epp’s finden sich herausragende Ansätze, die zu einem tieferen Verständnis der mittelalterlichen Lebenswelt bestimmt durch den Blickwinkel des Individuums Fulcher von Chartres beitragen. Die unterschiedlichen Fassungen seines Werkes machen den Geistes – und Wertewandel sehr deutlich, die im Gegensatz zu den eschatologischen Hoffungen, projiziert auf Jerusalem, stehen. Mit seinem selbstbewussten Zukunftsoptimismus erkennt er die Menschheit als aktive Wesen und Lenker ihrer eigenen Geschicke, jedoch immer in einem nach christlichen Maßstäben geführten Leben.

> Fulchers Grundeinstellung ist damit als ein von kirchenreformerischer Gesinnung getragener, sich progressiv entwickelnder christlicher Humanismus zu bezeichnen.

Eine weitere Betrachtung der Person Fulcher wäre durchaus interessant, da er augenscheinlich der Autor des Textes ist, sie würde jedoch den Rahmen der Arbeit übersteigen. Der Text an sich kann nicht als mittelalterliche Quelle betrachtet werden, verdient eigentlich auch nicht die Bezeichnung als Quelle.

Schlussbetrachtung

Für die fränkische Führungselite hatten der Kreuzzug und der Ruhm der Kreuzfahrer eine zentrale Bedeutung eingenommen. Zur Zeit des Mittelalters herrschte die Vorstellung einer Gesinnungsethik, d.h. die Frage nach dem handlungslenkenden Motiv im Vordergrund; ihrer Konzeption zufolge heiligt der Zweck also das Mittel: Gilt der Beweggrund der Handlung als gut, so gilt das

Gleiche für die Handlung. Während heute die Vorstellung einer Verantwortungsethik die Handlungsgrundlage bildet. Diese gegensätzlichen Ansichten führen heute bei vielen zu der Frage: Wie können Kreuzzüge als gerecht angesehen werden? Für die damalige Zeit stellt das eine rein rhetorische dar. Clermont ergänzt Canossa und Forchheim. Es leitet zur Weltstellung des von jetzt an romanischen Papsttums über. Der Papst ist der unbestrittene Führer des Abendlandes. Der Kreuzzug gilt als Kennzeichen der Militarisierung der Christenheit im 11. und 12. Jahrhundert. Gott als Herr der Geschichte habe die Zeiten gewandelt und gibt jetzt den Christen die Gelegenheit, in seinen Dienst zu treten. Im Kampf das Leben für ihn und den Nächsten einzusetzen. Innerhalb eines Jahrzehnts nach der Eroberung Jerusalems durch die Kreuzfahrer konnten die Ereignisse und Bilder des ersten Kreuzzuges den Stoff liefern, um in einem ganz anderen Teil der Christenheit Wesen und Bedeutung des Krieges neu zu definieren.

Literaturverzeichnis

Armanski, Gerhard, Es begann in Clermont. Der erste Kreuzzug und die Genese der Gewalt in Europa, Pfaffenweiler, 1995.

Barlett, Robert, Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt: Eroberung, Kolonisierung und kultureller Wandel von 950 bis 1350, aus dem Engl. von Henning Thies, München: Kindler 1996.

Jakobs, Hermann, Kirchenreform und Hochmittelalter 1046-1215, in: Bleicken, Jochen (Hrsg.), Grundriss der Geschichte, Bd.7., Oldenbourg, Wien 1999.

Cartellieri, Alexander, Weltgeschichte als Machtgeschichte Bd.3, Der Aufstieg des Papsttums im Rahmen des Weltgeschichte 1047 - 1095, München / Aalen 1936 / 1972.

Cartellieri, Alexander, Weltgeschichte als Machtgeschichte Bd.4, Der Vorrang des Papstums zur Zeit der ersten Kreuzzüge, 1095 - 1150, München /Aalen 1941 / 1972.

Epp, Verena, Fulcher von Chartres, Studien zur Geschichtsschreibung des ersten Kreuzzuges, Düsseldorf, 1990.

Erbstösser, Martin, Die Kreuzzüge, Eine Kulturgeschichte, Leipzig 1976.

Hehl, Ernst – Dieter, Was ist eigentlich ein Kreuzzug?, in: Historische Zeitschrift Band 259, München 1994.

Kurze, Dietrich, Krieg und Frieden im mittelalterlichen Denken, in: Heinz Durchardt (Hrsg.), Zwischenstaatliche Friedenswahrung im Mittelalter und Frühe Neuzeit, Köln, Wien, Bohlau 1991, S.1-44.

Maalouf, Amin, Der Heilige Krieg der Barbaren: Die Kreuzzüge aus der Sicht der Araber, aus dem Franz. von Sigrid Kester, München, Diderichs, 1996.

Möhring, Hannes, Die Kreuzfahrer, ihre muslimischen Untertanen und die heiligen Stätten des Islam, in: Vorträge und Forschung, Toleranz im Mittelalter,

Alexander Patschovsky / Harald Zimmermann (Hrsg), Sigmaringen 1998, S. 129-137.

Pernoud, Regine, Die Kreuzüge in Augenzeugenberichten, Paris 1960, Düsseldorf 1961, München 1971, 1972, Reihe: ..... in Augenzeugenberichten“.

Repgen, Konrad, Kriegslegitimation in Alteuropa: Entwurf einer historischen Typologie, in: Historische Zeitschrift Band 241 (1985), S. 27-49

Richard, Jean, [Histoire des croisades. English] The Crusades c. 1071 – c. 1291, translated by Jean Birrell, Cambridge University Press 1999.

Runciman, Steven, Geschichte der Kreuzzüge, Cambridge, München 1950 – 1954, 1957 – 1960.

Schmugge, Ludwig, Mobilität und Freiheit im Mittelalter, in: Vorträge und Forschungsarbeiten, Die Abendländische Freiheit vom 10. zum 14 Jhd, Fried, Johannes (Hrsg), Sigmaringen 1991 S.315-318.

Schwingers, Rainer Christoph, Monographien zur Geschichte des Mittelalters Bd.15, Kreuzzugsideologie und Toleranz, Stuttgart 1977.

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Das Gesellschaftsbild in Frankreich während des Vichy-Regime 1940 - 1944

Das Gesellschaftsbild in Frankreich während des Vichy-Regime 1940-1944

Einführung

> *„Nach seiner Kriegserklärung an das Deutsche Reich verharrte Frankreich in der Defensive; im Mai/Juni 1940 wurde es von der deutschen Wehrmacht förmlich überrannt. Am 22. Juni 1940 schloss Marschall Pétain, seit dem 16. Juni 1940 als Nachfolger von Paul Reynaud Ministerpräsident, einen Waffenstillstand mit dem Deutschen Reich. Der größte Teil Frankreichs inklusive der Hauptstadt Paris kam unter deutsche Besatzung, Elsass und Lothringen wurden faktisch dem Deutschen Reich eingegliedert. Die französische Regierung verlegte ihren Sitz nach Vichy im unbesetzten Teil von Frankreich. Am 10. Juli 1940 übertrug das Parlament Marschall Pétain die unumschränkte Gewalt über das unbesetzte Frankreich, und am 11. Juli nahm Pétain den Titel Chef de L'État Français („Chef des französischen Staates") an. Gestützt auf das Mandat des Parlaments und seinen Ministerpräsidenten Pierre Laval errichtete Pétain ein autoritäres Regime, die Vichy-Regierung. Im Oktober 1940 sagte Pétain Adolf Hitler bei einem persönlichen Treffen die Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich zu. Nach der Landung der Alliierten in Nordafrika besetzte Deutschland im November 1942 auch das bislang noch unbesetzte Frankreich; die Vichy-Regierung, in der nun Pétain von Laval zunehmend in den Hintergrund gedrängt wurde, kollaborierte jetzt in allen Bereichen mit dem Nationalsozialismus."*

Diese wenigen Worte, der Microsoft® Encarta® Enzyklopädie 2000 entnommen, beschreiben den Beginn, die Etablierung und die Hochphase der Vichy-Regierung. Doch, wie das Bild auf der Titelseite nur die „großen Männer" des Etat francais darstellt, stellen die Worte nur eine Seite der Geschichte dar. Die aneinandergereihte Aufzählung der Ereignisse implizieren eine Zwangsläufigkeit der ablaufenden Begebenheiten ohne die Verhältnisse, in denen sie stattfanden, näher zu beschreiben oder die Sichtweisen und Deutungsmuster der historischen Akteure zu berücksichtigen. Aufgrund dieser homogenen Darstellung der Geschichte beschäftige ich mich mit diesem Thema mentalitätsgeschichtlich. Ich werde die Überzeugungen, die mentalen Einflüsse der Machthaber die im Konzept der nationalen Revolution zum Ausdruck kamen besonders ab dem zweiten Teil der Arbeit beschreiben und dann weitergehend in den folgenden Teilen, die konkrete Umsetzung dieser Vorstellungen in Familien- und Jugendpolitik, als auch in ihrer entsetzlichsten Konsequenz, der Kollaboration mit den deutschen Nationalsozialisten zum Holocaust, aufzeigen. Der erste Teil ist besonders mit Beschreibungen der Eindrücke des alltäglichen Lebens in diesen fünfzig Monaten der Geschichte Frankreichs angefüllt. Trotz des Anspruches möglichst multikausal die Verhältnisse darzustellen, beschränke ich mich im Wesentlichen auf die Personen, welche die Macht zu dieser Zeit in Frankreich Inne hatten. Die Betrachtung ist also keineswegs für die gesamte französische Gesellschaft quantitativ repräsentiv, wie der Titel verstanden werden kann. Die Eingrenzung ist nicht nur durch den mehr oder weniger vorgegebenen Umfang der Arbeit gesetzt, sondern auch durch das Thema selbst, denn der Großteil der französischen Bevölkerung hatte sich zumindest am Anfang des Etat francais nicht mit einer Alternative auseinandergesetzt, sondern haben die Vorstellungen

der konservativen Rechten durchaus als die entsprechendste Umsetzung durch die gegebenen Umstände angesehen. Die ausführliche Beschreibung der nationalen Revolution entspricht damit im weitesten Umfang der mentalen Verfassung der französischen Bevölkerung während der Besatzung durch die Deutschen. Der letzte Teil der Arbeit ist den Zazous, der Swing-Jugend gewidmet. Zum einem kann ich hier nur exemplarisch die Unterschiede zwischen Widerstand und Ablehnung, und damit einer Einstellung vieler Menschen zum Ende der Vichy-Regierung beschreiben.

Das Allgemeine Leben zwischen 1940 bis 1944

Der Alltag der Menschen in Frankreich nach der Niederlage gegen Hitlers Armeen war geprägt durch ständige Schwierigkeiten. Die Verkehrs– und Kommunikationswege waren kaum zu nutzen, und wenn doch, wurden sie von allen gleichzeitig benötigt. Kritisch war aber auch die Versorgung mit Heizmaterial. Energieknappheit und Stromausfälle waren an der Tagesordnung. Besonders heikel war jedoch während der Dauer der Besatzung die Nahrungsmittelversorgung. Die Bevölkerung konnte sich ständig nur unterernährend versorgen. In dieser Zeit wurde das Wort „Ersatz“ für Nahrungsmittel prägend. Im September 1940 wurden die ersten Rationierungen verordnet, indem Lebensmittelkarten „nach Bedarf“ ausgegeben wurden, und ab Februar 1941 konnte nur auf Kleidergutscheinen eine Grundausstattung auch von ärmeren Bevölkerungsteilen erworben werden. Ab Juli 1941 bestand nur noch die Möglichkeit Kleidung auf Marken zu erwerben. Allgemein ist die Situation so zu beschreiben, dass die Menschen auf dem Land besser lebten als in den Städten und in einer kleinen Stadt besser als in Großen, wie z.B. Paris. Die Notlage wurde durch die Ineffizienz der Behörden sich um die Versorgung zu kümmern, noch verschärfte. Die Demonstrationen von Hausfrauen in den Städten Südfrankreichs gegen diese Zustände sind hierbei eher als Ausnahmen, innerhalb des autoritär, stark militärisch geprägten Regimes, denn als sein Kennzeichen zu verstehen. Die verschärften kapitalistischen Verhältnisse führten zu einem sich früh entwickelnden Schwarzmarkt und um diesen zu kontrollieren, wurde andererseits eine Wirtschaftspolizei von Regierung und Verwaltung eingesetzt. Mit ihr waren ständige Kontrollen verbunden, welche die Menschen jedoch nicht nur nach Geschäften im Schwarzmarktbereich prüften, sondern auch überwachend nach Arbeitsdienstverweigerern und jüdischen Flüchtlingen Ausschau hielt. So gehörten eine ständig steigende Zahl von Durchsuchungen und Kontrollen nach STO-Verweigerern, Schwarzmarktgeschäftigen und sich am Widerstand Beteiligende zum alltäglichen Leben in Vichy-Frankreich. Um diese Kontrollen zu erleichtern, wurden Karteien in der Verwaltung angelegt, die auch für Razzien genutzt wurden. Der persönlichste Eingriff hinsichtlich der Überwachung der Bürger, fand wohl mit der Einführung des Personalausweises 1941 statt. Weitere Bürgerrechte wurden durch die allgemeine Beschränkung der Meinungsfreiheit empfindlich beschnitten, in der Zensur zur täglichen Ordnung gehörte. Die individuelle Freiheit wurde mit Ausgangssperre, Tanzveranstaltungsverbot und der Beschlagnahmung von Gesellschaftsspielen, die auf der Basis „Räuber und Gendarm“ beruhten, eingeschränkt. Die Besatzer besaßen uneingeschränkten Zugang zu Wirtschaft Frankreichs, da die Hauptproduktionsstätten für Stahl, Kohle und Nahrungsmittel in der besetzten Zone lagen. Doch ihre größte Ausbeute waren die, nach den Festlegungen in der Waffenstillstandsvereinbarung, Unsummen von Besatzungsgeldern. Zu Beginn des Krieges lief die Behandlung der französischen Wirtschaft noch mit den strategischen Interessen der Deutschen

gleich. Erst nach dem Endsieg sollten Überlegungen angestellt werden, aus Frankreich einen wirtschaftlichen Satellitenstaat zu machen, wie er programmatisch bereits vorgesehen war. Deshalb wurden zuerst nur einmalige Aktionen wie Beschlagnahmungen oder dem Ankauf von Agrargütern, Fertigprodukten und Rohmaterial betrieben. Wirtschaftlich wurde die Situation noch durch die unangemessenen Verrechnungsbedingungen der überzogenen Besatzungskosten, sowie eines künstlich hohen Wechselkurses, welcher stark inflationistische Tendenzen verursachte, verschärft. Lohnerhöhungen waren jedoch seitens der deutschen Besatzer unterbunden worden, und konnten das absinkende Lebensniveau nicht auffangen. Die hausgemachte Inflation trug so einiges zur Notlage der Bevölkerung bei. Diese Tendenzen wurden von den Besatzern unterstützt, damit Arbeitskräfte im Rahmen des Zwangsarbeitsdienstes nach Deutschland abwanderten. Das deutsche Ziel bis 1942 war die maximale Ausbeutung. Für dieses Ziel war Vichy sehr kollaborationsbereit. Diese schuf selbstständig eine Verwaltung, welche die industrielle Produktion überwachte und koordinierte. So konnten ab 1943 die französischen Fabriken für den „totalen Krieg“ mit wirtschaften. Gleichzeitig bedeutet die strategische Umstellung der Deutschen, dass sie nun auch anders mit der französischen Wirtschaft umgingen. Nach der Umstrukturierung ihrer Maßnahmen belief sich der französische Beitrag für Deutschland auf ein Drittel des deutschen Außenhandelsbilanzüberschusses und auf 42 Prozent der Finanzeinnahmen aus dem Ausland. Damit stellte Frankreich den von Deutschland in Westeuropa am meisten abgeschöpften Staat dar. Ende 1940 begannen die alliierten Luftangriffe, die im Frühling 1942 die Lage kritischer machten. Luftangriffe gehörten ab 1943 zum täglichen Leben. Vor allen in den Regionen mit strategischer Bedeutung, die in Frankreich besonders durch die Montan-Wirtschaft geprägt waren. Mit einem Zitat von Philippe Burrin beende ich diesen Teil und werde zum eigentlichen Inhalt der Arbeit vorstoßen. „Dennoch drängt sich die Feststellung auf, dass die deutsche Besatzung in Frankreich mit wesentlich weniger Schrecken verbunden war als in Osteuropa. Dass die Koexistenz von Besatzungsmacht und Besatzern in Frankreich wesentlich glimpflicher verlief (...).“

Die äußerste Rechte

Seit der Mitte der zwanziger und besonders der dreißiger Jahre entstanden einige Gruppierungen auf der Seite der äußersten Rechten. Diese waren wichtige Faktoren in der französischen Innenpolitik. Oft als Logen organisiert, reorganisierten sich einige ab 1936 als Parteien. Am Beispiel der Auswahl von drei rechtsorientierten Organisationen, soll ihr Einfluss auf die französische Gesellschaft und die spätere Vichy-Regierung deutlich werden. Außerdem wird an dieser Stelle die Zuordnung des Etat francais in ein politisches System erkennbar. Allgemein ist zu sagen, dass besonders Schriftsteller und Intellektuelle, wie Drieu la Rochelle einen starken Einfluss hatten. Dieser war als Romancier und politischer Schriftsteller der extremen Rechten in mehreren Gruppierungen aktiv und beeinflusste jeweils stark ihren öffentlichen Output.68 Wichtige Parteien während des Vichy-Regimes waren, die Parti Populaire Francais (PPF), die Parti Social Francais (PSF), sowie auch die Parti Rèpublicaine Nationale et Social (PRNS). Eine Skizze ihrer gebrochenen Entwicklung stellt sich, wie folgt dar. Der „Francisme“ von Marcel Bucard akkumulierten eine faschistische Ideologie nach italienischem Vorbild. Das Verbot der Regierung 1936 führte auch

68 Müller, S. 473.

zu Auflösung dieser Bewegung. Ein erheblicher Teil schloss sich aber der Parti Populaire Francais von Jacques Doriot an, „der damals radikalsten rechtsextremistischen und antikommunistischen Partei“. Die Parti Social Francais, entstand aus den Croix de Feu (CdF) von La Rocque, ebenfalls im Laufe des Jahres 1936. Ihre Besonderheit war es, dass sie schnell zu einer Massenpartei anwuchs, mit am Ende des Jahres 1936 über 600 000 Mitgliedern, und damit sogar die Sozialisten und Kommunisten übertraf. Die Parti Rèpublicaine Nationale et Social, entstand aus den Jeunesses Patriots (JP), und ist ein Beispiel für die typische konservative Rechte. Wie die CdF blieben sie ideologisch innerhalb der Grenzen der konservativen Welt und zeigten sich dem Faschismus verschlossen. Nicht nur, dass sich auf der Seite der äußersten Rechten die Kräfte bündelten, auch die von der damaligen Regierung Daladier betriebene Politik der „nationalen Sammlung“ führte zu einer Schwächung der Sozialisten. Vor allem deshalb, weil sie antikommunistische Elemente enthielt, und weil das Verhältnis zwischen Regierung und der extremen Rechten zwiespältig blieb, da diese weiterhin antiparlamentarisch argumentierten. Während der drei Kriegsmonate bewies dann auch die letzte der linken Regierungen vor dem Vichy-Regime, dass sie den, an sie gestellte, gesellschaftlichen Forderungen, nicht gerecht wurde. Der Zusammenbruch im Juni 1940 mit der militärischen Niederlage gegen die Deutschen manifestierte die Notwendigkeit eines Neubeginnes, welcher in vielen Gesellschaftsschichten schon während der Dritten Republik diskutiert worden war, mit dem Krieg wurde er greifbar. Doch erst als sich die politische Landschaft in Folge des Hitler-Stalin-Paktes bewegte, wurde dieser Neubeginn möglich. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt war ein Umschwung der kommunistischen Positionierung verbunden, der zum Verbot der Partei durch die Regierung und zur Verfolgung der Kommunisten durch die konservative, aber auch die sozialistische Presse führte. Das politische Kräftefeld der Republik wurde im Zuge dieses Konfliktes stark zugunsten der politischen Rechten verschoben.

Die Nationale Revolution

Die Bedeutung der ‚nationalen Revolution’ ist, dass sich das Vichy-Regime wie es sich nach außen mit der Kollaboration gegenüber den deutschen Besatzern politisch entschied, diesen Weg auch ebenso innenpolitisch mit besagter Programmatik beschritt. Dabei wurde sie aber nicht nur von den Deutschen misstrauisch beäugt, denn zu ihrer Politik der Unterwerfung gehörte schließlich auch die Zerstörung des französischen Nationalismus. Das Vichy-Regime hatte den Anspruch Frankreich zu erneuern. Bereits am 25. Juni 1940 mit dem Waffenstillstand forderte le Marshall Petain die „intellektuelle und moralische Erneuerung“ Frankreichs. Um diese Erneuerung bewerkstelligen zu können, wurde als staatliche Programmatik die Idee der Revolution nationale für den nationalen Wiederaufbau als unerlässlich in die Regierungsarbeit eingeführt. Mit ihr ging die Vorstellung der Errichtung einer streng hierarisch strukturierten Gesellschaft einher, in der traditionelle und nationale Wertvorstellungen einen neuen Einzug feierten. Materialismus und Individualismus wurden als Übel dargestellt und für die Niederlage gegen Deutschland als verantwortlich bezeichnet. Die Vorstellung der Revolution nationale ging nicht nur auf die Partei Action Francaise eines Charles Maurras zurück, sondern kamen aus einem reichhaltigen politischen Spektrum, deren Gemeinsamkeit die Suche nach einer neuen Ordnung und der Traum eines wohlgeordneten, vorindustriellen Frankreichs war. Das französische, völkische Gruppenspektrum wollte die „neue“ Ordnung mit dem Fundament aus alten Idealen neu gründen. Ein ständisches,

ländliches und katholisches Gesellschaftsmodell sollte wieder entstehen. Maurras selbst hatte innerhalb des monarchistischen Milieus, deren Antisemitismus während der Dreyfuss-Affäre stark geprägt wurde, Mitte der Zwanziger innerhalb der äußersten Rechten stark an Bedeutung verloren. Erstens infolge der Verurteilung durch die Kirche, aber auch weil sein „kulturbezogener, assimilationistischer Antisemitismus“ überholt schien, und eher die Forderungen der Francisten nach Tötung und Internierung der Juden zeitgemäß waren. Die Ansichten Maurras waren stark, wie die der Rechten in Deutschland auch, durch den Mythos geprägt. „Der (...) Traum vom „pays réel“ im Gegensatz zur Realität des „pays légal“ stand im Dienst eines mehr oder minder rassistisch-nationalen Instinktes (...)“, mit dem das „Anti-Frankreich“ bekämpfen wurde, dessen aufklärerisches, individualistisches, egalitäres Gedankengut unnütz und abstrakt, ohne Verbindung zur natürlichen Ordnung war, deren Führer nur in rigoroser Auswahl gewählt wurden. Petain hatte diese Auswahl schon während des I. Weltkrieges in Verdun bestanden und sich damit bewährt. Wohl aus diesem Grund, aber auch aufgrund seines über das Militär weit herausragenden Bekanntheitsgrades wurde er von der äußersten Rechten favorisiert. Obwohl seine völkische Einstellung und die seiner Umgebung, ganz im Stile Maurras, eher konservativ, traditionell deutschfeindlich, gegen eine Übernahme der nationalsozialistischen Wertvorstellungen, und mit der Anpassungsfähigkeit eines Laval oder Vallat nicht zu vergleichen war, die als Verbündete des deutschen Diplomaten im Auswärtigen Amt in Paris Otto Abetz Vichy unter Druck setzten, und zu einem gefügigeren Verhalten zwangen. Als „Munichois“, hatten sie bereits vor dem Krieg beabsichtigt eine Entente mit Deutschland zu schließen.

Der Ausschluss der ‚Anderen’

Mit dem Machterhalt des Vichy-Regimes kamen die französischen Antisemiten endlich auf ihre Kosten. Die militanten Katholiken, autoritären Konservative, Monarchisten und Neo-Faschisten der äußersten Rechten, die nach dem Zusammenbruch der Dritten Republik plötzlich autoritative und mit großer Machtbefugnis ausgestatteten Positionen erhielten, bildeten die Vorhut des französischen Antisemitismus. Damit konnten sie Pläne umsetzen, die sie schon lange gehegt hatten und ihre Vorstellung der Nation als ein organisches Ganzes umsetzen. Begonnen wurde mit dem juristischen Ausschluss der ‚Anderen’, die als „alte Elemente der Zwietracht“ wahrgenommen, nicht wieder das ‚schöne – Neue’, welches nun in den natürlichen Gemeinschaften der Familie, Stände und Regionen organisiert war, bedrohen sollten. Mit dieser Einstellung ging die rassistische, antisemitische und politische Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen einher, benannt wurden sie als sogenannte verschworene Gemeinschaften, die „états confédères“. Mit diesem Begriff wurden Juden, Freimaurer und Ausländer, die eigentlich schon eingebürgerte waren, bezeichnet. Um gegen diese ‚Volksfremden’ vorzugehen, wurden ein Gesetz, welches seit 1939 fremdenfeindliche und antisemitische Gewalt in der Presse unter Strafe stellte, außer Kraft gesetzt. Zudem wurden alle Einbürgerungen seit 1927 überprüft und Beamte ohne französische Vorfahren entlassen, indem das Prinzip des Blutrechtes angewandt wurde. Den Freimaurern wurde anfänglich besonders der Kampf seitens des Etat francais angesagt, da ihre Doktrin aus der Aufklärung hervorging. Das Vichy-Regime wollte den Bruch mit der III. Republik vollziehen, in der die Freimaurer wichtige Rollen spielten. Die Schulpolitik wurde zu einem großen Teil von ihnen geprägt und besonders die Säkularisierung durch sie vorangetrieben. Im August 1940 wurden deshalb alle Geheimgesellschaften

aufgelöst, deren Besitz liquidiert und Beamte mussten eine Zwangerklärung zur Freimaurerei unterzeichnen.

Antisemitismus

Die, bereits erwähnten Maßnahmen zum Ausschluss der ‚Anderen' vernachlässigen einen sehr umfassenden Bereich, den der antisemitischen Diskriminierung gegenüber staatenlosen, ausländischen und französischen Bürgern jüdischen Glaubens. Zwar erklärte sich das Vichy-Regime unter der zunehmenden Führung von Laval erst im Frühsommer 1942 gegenüber den Repräsentanten der SS mit einer etappenweise ‚Lösung der Judenfrage' in Frankreich übereinstimmend. In einer ersten Etappe sollten ausländischen und staatenlosen Juden des besetzten und unbesetzten Gebietes, und in einer zweiten Etappe auch Juden französischer Staatsangehörigkeit, dabei diejenigen die nach dem Ersten Weltkrieg Einbürgerten zuerst, deportiert werden. Doch bereits wenige Monate nach dem Machtantritt Marshall Petains hatten erste antijüdische Diskriminierungsmaßnahmen, die unabhängig von der deutschen Aufsichtsverwaltung erfolgten, eingesetzt. Diese wurden anfänglich sowohl aus antisemitischem Eigeninteresse, als auch im Zusammenhang mit der Kollaboration als Beweis für die Ernsthaftigkeit der französischen Regierung zur Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht, betrieben. Besonders die Unterstützer in der zweiten Periode des Vichy-Regimes erklären sich zu weitreichenden, polizeilichen Unterstützungen bereit. Der Generalsekretär der Polizei, René Bousquet, der als einflussreicher Beamter ganz im Gedanken der Kollaboration aus Staatsräson handelte, trieb diese Unterstützung voran, um die mögliche Souveränität einer Polizei in beiden Zonen Frankreichs zu erreichen. Unabhängig von seinem eigenen Antisemitismus erklärte Xavier Vallat, Vichys Generalkommissar für Judenfragen gegenüber dem SS-Obersturmführer, und späteren Hauptsturmführer und Leiter des Judenreferats in diesem Zusammenhang bei der Sicherheitspolizei des SD in Paris, ohne zu zögern, die besondere Eigenart des französischen Antisemitismus, die sich auf eine lange Tradition berufe. Besonders katholische Antisemiten waren überzeugt, dass der Sturz des Ancien Régimes, die Revolution von 1789, der deutsch-französische Krieg von 1870/71, der Aufstand der Pariser Kommune und das Entstehen der Troisième République das heimliche Werk eines jüdisch-freimaurerischen Komplottes war. Zudem empfanden sie, dass der Parlamentarismus gleichbedeutend mit Sozialismus und Kommunismus war. Damit setzte sich der alte Konflikt zwischen Monarchisten bzw. Orléanisten und Republikanern, der zwischenzeitlich in der Dritten Republik seitens der Republik gewonnen war, wieder durch. In der rechtsextremen kollaborationistischen Presse setzte eine antisemitische Meinungsmache ein, in welcher „der Jude" fortan Sündenbock für die französische Niederlage war. Für sie war der Krieg ein jüdischer Krieg, den „die Juden" angezettelt hatten. Nach dem Krieg forderten die antisemitischen Franzosen, dass deshalb mit den Juden „abgerechnet werde". „Nach errungenem Sieg würde die Arische Internationale eine Welt ohne Juden aufbauen. Bis dahin sollte es heißen ‚Tod den Juden; es lebe unsere Revolution'" Damit fanden Leute wie Sèzille, Vallat, Darquier de Pellepoix und Montandon bereitwillig Gehör. Auch Drumont, Brasillach und Drieu La Rochelle waren hoch im Kurs. Der offizielle Beginn der Diskriminierung durch den Etat Francais begann mit dem Gesetz vom 3. Oktober 1940, welches als ‚Judenstatut' bezeichnet wurde. Doch bereits im Sommer wenige Tage nach dem Einsetzen der neuen Regierung wurde das schon erwähnte Pressegesetz geändert. Am 5. Juli 1940 wurden die Grenzen des Landes

geschlossen und es wurde überlegt die Flüchtlinge, die z.B. aus Deutschland nach Frankreich geflohen waren, teilweise wieder in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Am 3. Oktober 1940 wurde das sogenannte ‚Judenstatut' erlassen. Mit diesem wurde, neben einer rassischen Klassifizierung der Bürger jüdischen Glaubens, welche damit eine härtere Formulierung der Begriffsbestimmung als die deutsche Vorlage des Judenerlasses verwendete, denn im deutschen Erlass wurde ‚nur' von jüdischer Religionszugehörigkeit gesprochen, ein Numerus Clausus für alle Freien Berufe eingeführt, der dem beruflichen Ausschluss von Juden aus der Presse, dem Kino und dem öffentlichen Dienst den Weg bereitet, im weiteren durften sie keine politischen Funktionen ausüben oder verantwortlichen Posten in der Verwaltung besetzen, ferner war der komplette Ausschluss von jüdischen Bürgern aus den gesellschaftlichen Bereichen der Erziehung, Justiz, Polizei, Diplomatie und Armee vorgesehen. Allerdings gab es auch Ausnahmen, die mit der Kriegsteilnahme begründet wurden. Einige Personen erheilten dadurch Sondererlaubnisse. Bereits einen Tag später wurde eine Ergänzung erlassen. Durch diese Verordnung, erhielten die Polizeipräfekten besondere Vollmachten um ausländische Juden in spezielle Lager zu internieren. Am 7. Oktober 1940 wurde das Statut um einen weiteren Aspekt erweitert, indem algerischen Juden die französische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Diese freiwillige, tatkräftige Unterstützung des deutschen Vernichtungsgedankens knüpfte an die Xenophopie und den Antisemitismus vieler französischer Staatsbürger und Regierungsbeteiligter gegen Immigranten und Flüchtlinge seit den Dreißigern an. Die um einiges verschärften Gesetze des Vichy-Regimes schlossen sich aber auch an die Politik der republikanischen Regierung an, da diese schon 1938/39 Ausländergesetzte und Internierungsverordnungen schuf. Gleichzeitig hatten auch die deutschen Besatzer in der besetzten Zone antijüdische Maßnahmen ergriffen. Zusammen mit deutschen Panzern kam auch ein Sonderkommando der Sicherheitspolizei als Außenstelle des Berliner Reichssicherheitshauptamtes nach Paris. Die Abteilung IV der Gestapo war für die „Behandlung der Judenfrage" zuständig, und mit dieser drängte besonders der Leiter des Judenreferats Theodor Dannecker auf eine Mitarbeit der französischen Regierung. Das ‚Judenstatut' galt zuerst besonders für ausländische bzw. staatenlose Juden, weshalb diese auch durch die Razzien, welche von dem deutschen Amtsleiter in Paris 1941 angeordnet worden waren, besonders getroffen wurden. Die Deutschen konnten sich den Einfluss des xenophoben Antisemitismus zu Nutze machen. Ihre Einschätzung war, dass sich durch das Bieten von wirtschaftlichen Vorteilen, d.h. dass durch die Internierung der rund 100 000 Juden in Paris zahlreichen Franzosen die Möglichkeit des Standeswechsels geben würde, eine Billigung der breiten Bevölkerung und der Regierung alle jüdischen Bürger zu deportieren, erzielt werden würde. Ende August 1940 setzten deutsche Besatzungsbehörden Treuhänder für Unternehmen, deren Eigentümer in den unbesetzten Teil Frankreichs geflohen waren, größtenteils Juden, ein. Am 27. September 1940 wurde die erste ausdrücklich auf Juden bezogene deutsche Verordnung erlassen; geflüchtete Juden durften nicht ins besetzte Frankreich zurückkehren. Alle anderen müssten sich registrieren lassen. Am 18. Oktober 1940 erließen die Deutschen weitere Verordnungen zur Meldung und kommissarischen Verwaltung aller jüdischen Betriebe in der besetzten Zone Frankreichs. Ansonsten kümmerte sich die Reichsregierung in Berlin wenig um die Innenpolitik Vichys, besonders in der unbesetzten Zone. Ersten aufgrund der Leitlinie des Generalkommissariats Best, welche die Verantwortung für antijüdische Maßnahmen weitgehend den französischen Behörden überlassen wollte, aber auch aufgrund der deutschen Strategie bis Mitte 1941, die eine ‚Säuberung' der von ihnen besetzten Gebiete

und des künftigen ‚deutschen Siedlungsraums von Juden, indem diese zur Auswanderung getrieben wurden, vorsah. Frankreich sollte nach den Plänen der Nazis, nach dem ‚Endsieg', nicht zum ‚Mitteleuropäischen Großwirtschaftsraum' gehören, und damit zählte diese Region anfänglich auch nicht zu denen, die von Juden zu ‚säubern' war. Erst nach der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 begannen die Nazis mit der Umsetzung der systematischen Vernichtung, die erst im Juni auf die besetzten Länder Westeuropas und das nicht besetzte Frankreich ausgedehnt wurden. Das hieß für Frankreich die Abschiebung der Juden vom besetzten in den unbesetzten Teil Frankreichs und zugleich stellte es ein für die Deutschen willkommenes Auffanglager, nicht nur für die deutschen Juden, sondern auch aus den übrigen europäischen Ländern, dar. Es setzte eine regelrechte Zwangszuwanderung ein. Vichy befand sich dahingehend in einem Dilemma da es damit seine Eigeninteressen verletzt sah, denn es wollte gerade die „Fremden", die „nicht assimilierten" Ausländer in seinem Einflussgebiet vermindern. Wie schon erwähnt kümmerte sich die Besatzer wenig um die französische Innenpolitik, tatsächlich mussten sie das auch gar nicht, denn das im März 1941 gegründeten Generalkommissariats für Judenfragen leiste ‚ganze' Arbeit, indem es zwanzig Bestimmungen erließ, welche Juden jeden Platz im ökonomische und sozialen Leben des Landes nehmen sollte. Außerdem wurde eine neue verschärfende Version des ‚Judenstatuts' am 2. Juni 1941 herausgegeben. Mit diesem wurde eine umfassende rassische Einordnung der Juden nach deutschem Vorbild erreicht, deren langfristiges Ziel es aber war die französischen Gesetze ganz im Stil der Nürnberger Rassegesetze von 1935 an den ‚deutschen Standard' anzupassen. Mit der Erweiterung des Status wurde auch die Erfassung der Juden de jure erlassen. Zudem erschien ein Gesetz im Juli 1941, welches die Arisierung von jüdischen Unternehmen ermöglichte und die Quoten für Anwälte, Ärzte und Studenten begrenzte. Überdies mussten sich ab dem Juni 1941 alle Juden in Frankreich registrieren lassen, was für war die etappenweise Endlösung eine bedeutende Vorarbeit darstellte. Im Mai, August und Dezember 1941 fanden drei, große Razzien statt, die zu der Inhaftierung von 8700 jüdischen Männern führten, von denen, im März bis Juli 1942, die ersten nach Auschwitz deportiert wurden. Die rechtliche Bedrückung der jüdischen Bürger in Frankreich fand mit der Auflösung aller jüdischen Organisationen und der Gründung der Zwangsvereinigung ‚Judenrat Frankreich' am 29. November 1941 eine Klimax, mit der im Mai 1942 eingeführten Kennzeichnungspflicht für Juden aber den Höhepunkt. Ab dem Sommer 1942 veränderten sich mit dem Ergebnis der Wannsee-Konferenz die Umstände. Die Interessen der Deutschen und der französischen Regierung gingen nun hinsichtlich der ‚Judenfrage' geringfügig auseinander, aber weit genug um eine, seitens der deutschen Verwaltung beabsichtigte, „ (...) restlose Freimachung Frankreichs von Juden" nicht zu ermöglichen. Eine umfangreiche Zusammenarbeit fand aber stand, um ‚fremdländische' Juden zurückzuführen, zu repatriieren und damit auch zu deportieren. Im Oktober und November 1942 wurden beträchtliche Anstrengungen seitens der NS-Behörden unternommen, um eine Inhaftierung aller staatenlosen Juden einerseits und die Deportation weiterer ausländischer Juden andererseits im gesamten französischen Staatsgebiet zu erreichen. Im Rahmen der ersten Aufgabenstellung arbeitete die französische Polizei mit den deutschen Besatzern ‚vorbildlich' zusammen, und auch in der zweiten Angelegenheit, kamen nur wenige Staaten der Aufforderung nach, Rückkehr der jeweiligen Staatsbürger jüdischen Glaubens zu veranlassen. Die politische Lage ab dem Frühjahr 1943 beschleunigte die Anstrengungen der Besatzungsbehörden, zur Deportation aller Juden, in deren Folge die Registrierung und Internierung,

ohne Rücksicht auf die Nationalitätszugehörigkeit, stattfanden. Im Februar 1943 kam aus Deutschland die Weisung auch Juden französischer Staatsbürgerschaft zu deportieren. Doch hier widersetzte sich besonders Marschall Petain, der sogar mit seinem Rücktritt drohte. Eine problemlose Umsetzung der deutschen Weisung schien nicht in Sicht. Doch mit der wieder angeheizten Denaturalisierungsdebatte durch einen Entwurf von Louis Darquier de Pellepoix und eines Gegenentwurfes von Bosquet hatte sich schon vorab eine Lösung des Problems angezeigt. Die deutsche Militärverwaltung rechnete nicht wirklich mit einem Widerstand gegenüber ihren Forderungen seitens Vichy, bewies doch das Verhalten führender Vichy-Beamter innerhalb des Streits zwischen Dezember 1942 und Juni 1943 ein Vorgehen gegenüber Juden über den Kollaborations-Konsens hinaus. Der interne Behördenstreit war schließlich mit der Unterzeichnung der Gesetzesvorlage nach einem überarbeiteten Entwurf nach Pellepoix, durch Laval und den Justizminister beigelegt worden. Doch an dieser Stelle trat Petain auf den Plan. Er war „äußerst aufgebracht“ über den Gesetzesentwurf, weshalb Laval gegenüber den Deutschen einen Rückzieher machte. Unnachgiebige Verhandlungen setzten ein, in der die Deutschen einerseits das Polizeiabkommen aufkündigten und androhten Massenverhaftungen ohne die französische Polizei durchzuführen, andererseits ließ Vichy die deutsche Besatzungsmacht wissen, dass sie sich nicht mehr in der Lage sah, „den deutschen Anweisungen zur Festnahme von Juden Folge zu leisten“. Im August 1943 stellt Knochen dann auch resigniert fest: „Die französische Regierung will in der Judenfrage nicht mehr mitziehen.“ Die kollaborationistische Politik der Vichy-Regierung nach dem Sommer 1942 stand ganz im Dienste der „Prophylaxe“, ausländische Juden wurden „geopfert“ um Französischen die Deportation zu ersparen. Aus diesem Grund fanden weiterhin Massenrazzien wie in Paris und Marseille stand. Am 16. und 17. Juli 1942 fand die grande rafle in Paris statt, die zu der Internierung von 12 000 Menschen, besonders Frauen und Kinder im Velodrome d`Hiver führte, welche dann nach Auschwitz deportiert wurden. Im August 1942 führte die Vichy-Regierung auch Razzien im unbesetzten Teil Frankreichs durch, aufgrund derer 10 000 Menschen den Plänen der Nazis zugeführt wurden. Weiterhin fanden Massenrazzien in Marseille am 22. und 23. Januar 1943 statt, deren Ergebnis die Deportation von 6000 Menschen nach Sobibor und Sachsenhausen, sowie die Sprengung eines Stadtteils war.

Frauen- und Familienpolitik

Die Familie spiegelt in der natürlichen Ordnung der konservativen Wertvorstellungen die kleinste Einheit wieder, hier ist die Sphäre des Weiblichen, der häusliche Rahmen, an Heim und Herd sollte sie arbeiten; Glück, Frieden und Harmonie in der Familie stiften. Der Aufbau der nationalen Gemeinschaft wurde mit der Etablierung nicht nur dieses Wertelementes, ganz im Sinne traditioneller und konservativer Vorstellungen geprägt, betrieben. Obwohl die Vorstellungen des Etat francais noch andere Elemente beinhalteten, wie der Wahlspruch „Travail, Famille, Patrie!“ von Petain verdeutlicht, werde ich mich in diesem Bereich besonders auf die Familienpolitik, als die Keimzelle der neuen Ordnung, beschränken. Zu bemerken ist hier, dass die Vichy-Regierung anfänglich die Politik der III. Republik fortsetzte, denn diese hatte aufgrund des demographischen Abstiegs 1939 ein Familiengesetz erlassen, welches die familiäre Keimzelle mit der Autorität des Vaters gegenüber Einzelstehenden privilegierte. Familienvätern wurde sogar ein doppeltes Stimmrecht zugesprochen. Sie setzte aber viel weitergehend ihre konservativen Vorstellungen

in Gesetze um. Die Rolle der Frau wurde als Mutter und Hüterin des Heims gesehen. Innerhalb dieses Rollenverständnisses wurde das Frauenbild des Vichy-Regimes entworfen. Ihre Aufgabe wurde nach ideologischen Impulsen als Mutterschaft und des damit verbundenen Ausscheidens aus dem Berufsleben beschrieben, um ihm privaten, familiären Kreis tätig zu sein. Die Attribute der Frau in der Vichy-Vorstellung waren bestimmt durch die Physis und Psyche, die durch den Fortpflanzungs- und Gattungszweck bestimmt waren. Ihr, der Frau und Mutter, wurde eine passive Rolle, bestimmt durch Zärtlichkeit, Emotionalität, Liebesfähigkeit und Altruismus, zugeschrieben. Die Frau war prädestiniert für die Kindererziehung und den Haushalt. An diesem Ort erwarb sie sich auch eine spezifische Intelligenz für das Praktische und Konkrete. Erst die Mutterschaft führt bei einer Frau zu deren geistiger und körperlicher Blüte. Obwohl der Großteil der Tätigkeiten auf den sogenannten ‚privaten' Bereich isoliert blieben, wurde auch die Wunschvorstellung ihres umfassenden sozialen Engagements formuliert. Die Argumentationslinie für diese Vorstellung der Geschlechterverhältnisse war die Komplementarität der Geschlechter, also ihrer tendenziösen Ausschließlichkeit und Unvereinbarkeit. Die III. Republik wurde in der Propaganda des Vichy-Regimes als „Feminine Ausgeburt" dargestellt, weshalb der Aufbau des neuen Frankreichs Männersache war. Die öffentliche Angstvorstellung der vermännlichten Frau und des verweiblichten Mannes war allgegenwärtig. Die Erziehung und Schulbildung sollte die ‚neuen' Frauen auf ihre spätere Rolle vorbereiten. Ab 1942 wurde deshalb „Haushaltslehre" in der höheren Schulbildung als Pflichtfach eingeführt. Bei den Jugendorganisationen sollte die Kirche als integrierende Säule für das neue Frauenbild, welches aber nur gering modifizierte zu dem der III. Republik war, funktionieren. In der Kirche sollten die Frauen öffentlich sozial tätig, besonders im christlichen Sinne aktiv, wie es ihrem Altruismus entsprach, sein. Auch wenn die petainistischen Ideologen ein sehr einheitliches Frauenbild entwarfen, wurde dieses Bild nicht wie in Deutschland in einer einheitlichen Frauenorganisation umgesetzt. Innerhalb dieses ideologischen Rahmens wurde aber die Frauenpolitik bestimmt. Am 11. Oktober 1940 wurde das Gesetz über die Frauenarbeit erlassen, es untersagte die Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Dienst, mit der Ausnahme unverheirateter, Witwen, Kriegsgefangener und Frauen aus Großfamilien deren Gehalt für den Unterhalt überlebenswichtig war. Das Gesetz wurde jedoch nie vollständig umgesetzt, und 1942 wieder aufgrund des allgemeinen Arbeitskräftemangels abgeschafft. Frauen galten als grundsätzlich finanziell vom Mann abhängig, weshalb ihnen in diesem Bereich auch keine Rechte zugesprochen wurden. Seit 1938 hatten sie zwar das Recht im Haushalt mitzubestimmen und im Falle der Abwesenheit des Mannes und bei Handlungsunfähigkeit diesen zu vertreten. Viele Männer konnten aber gar nicht auf die Bedingungen in ihren familiären Haushalten Einfluss nehmen, da sie bereits zum Kriegseinsatz verpflichtet waren. Die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse ignorierend, wurde im September 1942 ein Gesetz erlassen, welches alle Entscheidungsrecht der Familien- und Haushaltsangelegenheiten dem Ehemann zusprach. Die 1940 ratifizierte Hausfrauenzulage, die in Annerkennung der Situation des Wegfalls des zweiten Gehalts erlassen worden war und die im Dezember 1943 aufgestockt Familienzuschüsse waren bei den hohen Preisen nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die frauenfeindliche Politik des Vichy-Regimes ging noch weiter. Abtreibungen wurden einem Staatsverbrechen gleich gesetzt. Die große Anzahl von ca. 4000 Personen wurde zwischen 1942/1943 deshalb verurteilt, ein Verstoß sogar hingerichtet. Selbst für Scheidungen wurden Gesetze mit einem äußerst rückschrittlichen Inhalt erlassen. Das Gesetz vom April

1941 untersagte Scheidung in den ersten drei Jahren einer Ehe, diese wurde eine Handlung wider die Interessen des Staates sein, Scheidung kam so faktisch einer Dessertation gleich. Auch der Ehebruch wurde ähnlich konservative geahndet. Ein Gesetz im Dezember 1942 erklärte, dass die Frau die Treue zu wahren und dem Mann gegenüber nachsichtig zu sein habe. Mit diesem Gesetz wurde der Ehebruch gleichzeitig auf eine öffentliche – private Ebene gehoben, da er nun als Familien zerstörend und damit gesellschaftsschädigend galt. Der Staat ernannte sich selbst zum Stellvertreter des abwesenden Ehemannes im Kriegsdienst und bei Kriegsgefangenschaft. Innen – und außenpolitischen Entwicklungen zwischen 1940/1944 verhinderte jedoch eine konsequente Realisierung dieser Frauenpolitik. Der Besatzungszustand förderte die starke Ausprägung von politischem Handlungswillen und Selbständigkeit. Selbst die Regierung musste Konzessionen ans praktische Handeln aufgrund der Sachzwänge machen, die im Widerspruch zu den ideologischen Vorgaben standen. Aus diesem Grund wurden 1942/1943 für den STO auch Frauen, aber nie Mütter, die auch nicht in Deutschland arbeiten sollten, zugelassen. Frauenarbeit wurde unverzichtbar für deren Lebensunterhalt, aber ihr Lebensstil war immer noch stärker durch Einkaufen, Schlange stehen, und Haushalten, geprägt. Mit diesen Erfahrungen wurden sie stärker mit der Kriegsrealität und der politischen Durchdringung des Alltags konfrontiert als während des ersten Weltkrieges. Diesen Erfahrungen bestärkten viele Frauen sich am Widerstand zu beteiligen, aber auch hier übernahmen sie eher frauentypische Aufgaben.

Jugendpolitik

Die Vichy-Regierung machte den Erfolg der Nationalen Revolution abhängig von den Reformen in der Jugendpolitik und der Wirtschaft. Deshalb werde ich an dieser Stelle exemplarisch auf die Jugendpolitik eingehen. Petain selbst sah sich als „Schulmeister der Nation“ - die den Krieg zuerst auf den Schulbänken verloren hatte, wo „Individualismus und der Kult der Vernunft“ gelehrt worden waren. Aus diesem Grund veranlasste er die ‚Säuberung’ der Lehrerschaft durch Entlassungen. Bis zum Februar 1943 wurden drei Minister für diesen Bereich verpflichtet, zu erst Georges Ripert von September bis Dezember 1940. Er legte in dieser Zeit Grundlagen für die reaktionäre Erziehungspolitik des Vichy-Regimes und schaffte die Lehrerseminare ab. Der zweite Minister in diesem Amt, Jaques Chevalier brach in besonderem Masse mit der laizistischen Tradition, in dem kirchlichen Schulen umfangreiche finanzielle Hilfen in Form kommunaler Unterstützung erhielten. Gleichzeitig wurde der Katechismus als Wahlfach zugelassen und die Anbringung von Kruzifixen in Schulräumen erlaubt. Diese umfangreichen Änderungen führte aber auch zu seiner Entlassung, da die Öffentlichkeit dieses Traditionsbruch nicht akzeptieren wollte. Der dritte Minister, Jeróme Carcopino, nahm zwar die Maßnahmen seines Vorgängers zurück, setzte aber seine antisemitischen und antifreimaurerischen Vorstellungen durch, indem er eine konsequente Säuberung vorantrieb. Er zeichnete sich auch verantwortlich für die große Reform des höheren Schulwesens, indem der Lateinunterricht wieder eingeführt wurde. Im Zuge der Umbildung des französischen Schulwesens wurde die ‚Einheitsschule’ eingeführt und der kostenlose Unterricht an Gymnasien zugunsten von Stipendien gestrichen. Gleichzeitig wurden besondere Anstrengungen unternommen, Kaderschulen wurden gegründet, in welchen die künftige Führungselite des Landes im Geiste der Nationalen Revolution ausgebildet werden sollte. In der freien Zone entstanden zum einen die Ecully, ein Mädcheninternat und die Uriage für die Jungen. Uriage war von Hauptmann

Dunoyer de Segonzal gegründet worden und diese Schule fühlte sich zuerst der politischen Philosophie, dem sozialen Christentum und dem Schriftsteller Charles Péguy entlehnt, verbunden. Von der Kollaboration abgestoßen, verlor sie seitens der Regierung an Bedeutung, was zu ihrer Auflösung führte. Die Schüler und Lehrer schlossen sich danach dem Maquis an. In der besetzten Zone wurde La Chapelle – en – Serval zur Kaderschule bestimmt, dort aber auch von den Nazis geführt. Ebenso wichtig wie die pädagogische Einwirkung des Vichy-Regimes auf die Schulpolitik wurde die Frage der Jugendorganisationen behandelt. Das Regime sah die Erneuerung Frankreichs nur durch die Dynamisierung der Jugend voranschreiten, weshalb im Juli 1940 drei Institutionen gegründet wurden, um den neuen Anspruch zu verwirklichen. Das war zum einem das Generalkommissariat für Erziehung und Sport, welches durch den Tennischampion Jean Borota geleitet wurde. Mit diesem sollte die ‚neue' Jugend zu sportlichen Aktivitäten angeregt werden. Die Vorüberlegung zu dieser Institution bestand in dem Wunsch einen Gegensatz zur rein theoretischen Erziehung durch Bücher zu finden. Die zweite Säule der gesteuerten Jugendpolitik waren die Jugendarbeitslager, die in der Obhut des General de la Porte du Theil, dem Regionalkommissar der Pfadfinder, lag. Die Jugendarbeitslager waren im Sinne des Wortes Lager, in welchen junge Männer des Abgangjahres 1940, die acht Monate Beschäftigung durch gemeinnützige Arbeit und gemeinsames Lernen nachgingen. Die Burschen mussten aber bereits ihren Wehrdienst geleistet und keine Beschäftigung erhalten haben. Das Alltagsleben dort war geprägt durch eine petainistische Pfadfindermoral. In der besetzten Zone wurden diese Jugendorganisation jedoch verboten, da sie, nach der Meinung der Besatzer, den militärischen Geist wieder aufbaue. Die wichtigste Institution war aber das Generalsekretariat für die Jugend, welches durch den Ingenieur Georges Camirand aufgebaut und geleitet wurde. Es sollte die Aktionen der Jugendbewegung im patriarchalisch-autoritären Geist der Nationalen Revolution koordinieren. Camirand war stark von Marschall Lyautey beeinflusst, was sich auch in der von ihm verfassten Programmatik niederschlug. Lyautey hatte eine große Anzahl von Kadetten nach dem ersten Weltkrieg nachhaltig beeinflusst. Seinen Vorstellungen entsprang der Wunsch nach einem militärischen Paternalismus, der den Sinn für Gehorsam, Disziplin und Hierarchie protektionierte. Schon kurz nach der Gründung der Einrichtung wurden Auseinandersetzungen um unterschiedliche Konzepte geführt. Eine Strömung sah für das Sekretariat eine straffe politische Ausrichtung vor, die, je nach Anhänger, mehr oder weniger an Deutschland orientiert war. Deren Verfechter waren der Minister für nationale Erziehung Bonnard, der Innenminister Pucheu, sowie der stellvertretende Generalsekretär für die Jugend Georges Pelorson und ihre Anhänger. Die zweite Strömung sah eine gelenkte Koordinierung mit verschiedenen Jugendorganisationen vor, die sich an die offizielle Linie hielten. Die Verfechter dieser Ausrichtung waren die konservativen Kreise aus dem Umfeld Petains, die sich auch der Unterstützung durch Kirchen, besonders der katholischen sicher waren. Eine Ausrichtung nach diesem Modell lag sehr im Interesse der katholischen Kirche, da sie so eine gewisse Unabhängigkeit der eigenen Jugendbewegungen sichern konnte. Die Verfechter des petainistischen Kurses konnten sich am Ende der Auseinandersetzung durchsetzen, weshalb eine Vielfalt der französischen Jugendbewegung unter dem Vichy – Regime zustande kam. Zu nennen sind die Kameraden Frankreichs, welche zum Umfeld Petain zählen, die Jugend des Marschalls, die kollaborationistisch eingestellt waren, die Jugend Frankreichs und der Überseebesitzungen, sowie die Jugend des Neuen Europas, welche den national – völkischen Kreises zuzuschreiben war.

Widerständige Jugend ? Die Zazous

Als Beispiel der widerständigen Jugend bringe ich das Beispiel der Zazous an. Zazous waren eine Gruppen Jugendlicher zwischen 16 und 22, denen die Leidenschaft für amerikanischen Jazz und eine ausschweifende Lebensart, zu der auch auffällig elegante Kleidung gehörte, eigen war. Diese Jugendlichen werden auch öfters mit dem Wort Swing in Verbindung gebracht, den Swing steht als Begriff für alles Mögliche, das mit dem Musikstil Jazz in Zusammenhang steht. Die Zazous wurden ab dem Frühjahr 1941 zum ersten Mal in der Presse erwähnt und diffamiert. Sie gab es überwiegend in Paris. Ihr Merkmal war eine auffällige, kostspielige Kleidung, die zu dieser Zeit nur auf dem Schwarzmarkt erstanden werden konnte. Auffällig ist, dass es in der Kleiderwahl keine geschlechtsspezifische Trennung der Merkmale gab. Es wurde angezogen, was gefiel. Alle diese Kennzeichen bedeuteten eine Missachtung der Normen und materieller Beschränkungen, welche die Besatzung auferlegte. In Missachtung der Norm, dass die Mode prinzipiell Frauensache war, kleideten sich die Männer modebewusst und auffälliger, Frauen gingen stark geschminkt und platinblond gefärbt, was mit dem ‚neuen' natürlichen Frauenbild unvereinbar war. Gleichzeitig war ihre Lebensweise eine andere, indem sie Partys veranstalteten oder zu diesen gingen, während andere prinzipiell nicht mehr ausgingen und auf Nachrichten von der Front warteten. Aufgrund dieses Verhaltens wurde ihnen Kritik zuteil, indem sie als egoistische Individualisten und Nichtsnutze bezeichnet wurden. Sie wurden sogar zu den ‚drei großen Übeln' gezählt, dem Schwarzmarkt, den Gaullisten und den Juden. In der Presse wurde soweit gegangen, den Begriff Zazou als Synonym für staatsfeindliche Kräfte und Abweichler zu verwenden. Obwohl sie vom Vichy-Regime in dieser Weise wahrgenommen und in der Presse derartig dargestellt wurden, entsprach das keineswegs einer vermuteten Teilnahme am aktiven Widerstand, denn grundsätzlich wurde der aktive Widerstand von den meisten Anhängern abgelehnt. Die überwiegende Mehrheit nahm keine politische Stellung ein und entwickelte auch kein politisches Engagement. In ihrem Wesen waren die Zazous apolitisch, trotzdem galten sie als widerständlerisch und wurden als eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung angesehen. Mit dem Rückzug ins Private und einem individuellen Lebensstil drückten sie trotzdem einen Protest gegen die Armut, den Kriegs– und Besatzungsalltag, auch gegenüber der reaktionären Vichy-Regierung und deren Kollektivzwang aus, zu welchem sie sich mit direkten Aktionen nicht bereit fanden. Mit ihrem geforderten Recht auf Freiheit in der Kleidungswahl und im Handeln prägten sie eine Generation junger Menschen in Frankreich.

Literaturverzeichnis:

Marc Olivier Baruch „ Das Vichy – Regime, Frankreich 1940 – 1944“, Reclam, deutsche Bearbeitung, Ditzingen 2000.

Julia Drost „Mode unter dem Vichy – Regime, Frauenbild und Frauenmode in Frankreich zur Zeit der deutschen Besatzung (1940 – 1944)“ Pfaffenweiler: Centaurus – Verlags – Gesellschaft 1998.

Ahlrich Meyer „Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940 – 1944, Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung“ Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2000.

Magnus Brechtken „ Französische Kolonien, deutsche Judenpolitik und Umsiedlungsfrage“, in: Stefan Martens, Maurice Vaìsse, Frankreich und Deutschland im Krieg (November 1942 – Herbst 1944, Pariser historische Studien: Bd. 55, Bonn: Bouvier 2000, S. 481 – 494.

Regina M. Delacor “Ausländische Juden – Opfer nationaler “Prophylaxe”? Zur Verstrickung des Ètat francais in die „Endlösung der Judenfrage 1942-44“, in: Stefan Martens, Maurice Vaìsse, Frankreich und Deutschland im Krieg (November 1942 – Herbst 1944, Pariser historische Studien: Bd. 55, Bonn: Bouvier 2000, S. 495 – 514.

Herbert Tübergen: Das Bild des Juden in der Propaganda des Vichy-Règimes, Analyse der antisemitischen Ausstellung „Le Juif et la France“, Dissertation, Frankfurt a.M. 1992.

Philippe Burin: Deutsche Besatzungsherrschaft zwischen Hegemonialpolitik, Ausbeutung und Germanisierung: Das Beispiel Frankreich, in: Norbert Frei / Hermann Kling (Hrsg.): Der nationalsozialistische Krieg, Frankfurt a.M. / New York 1990. S.195 – 204.

Hans-Jürgen Heimsoeth: Frankreich im Krieg mit Deutschland: Der Zerfall der Dritten Französischen Republik während der „Dròle de Guerre“, in: Ch. Carlier / St. Martens (Hrsg.): La France et l’Allemagne en guerre. Sept. 1939 – nov. 1942, Paris 1990. S. 49 – 63.

Klaus- Jürgen Müller : Betrachtungen zum Deutschlandbild der französischen extremen Rechten, in: Ursule Büttner (Hrsg), Das Unrechtsregime, Bd. 1, Hamburg 1986. S. 469 – 488.

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Kurt Schumacher

Kurt Schumacher
„Darum erklärt die SPD, dass das deutsche Volk zur Wiedergutmachung und Entschädigung an den Juden verpflichtet ist.“

Biographische Daten Kurt Schumachers: 1895 - 1952

Kurt Schumacher wurde am 13.10.1895 in Kulm im damaligen Westpreußen als Sohn eines Kaufmanns geboren. Das Gymnasium schloss er mit einem Notabitur ab. Bereits wenige Wochen später, im August 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger, wurde im Dezember durch den Verlust des rechten Armes schwer kriegsbeschädigt. Aufgrund seines weiteren Unvermögens am Krieg teilzunehmen, begann er 1915 ein Studium der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften, welches er 1919 abschloss. Für seine Verdienste im Krieg erhielt er das Eiserne Kreuz II. Im Jahr 1918 trat er in die SPD ein. Während der Novemberrevolution 1918 in Deutschland machte Schumacher sich einen politischen Namen als Mitglied des Arbeiter – und Soldatenrates von Groß- Berlin. 1920 erfolgte seine Promotion. Zwischenzeitlich wurde er im Reichswirtschaftsministerium angestellt. Seine Tätigkeit als Redakteur der sozialdemokratischen "Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart nahm er im Jahr seiner Promotion auf. In Stuttgart wurde er auch 1924 für die SPD in den württembergischen Landtag gewählt. Seine Verantwortung als Landtagsabgeordneter nahm er bis 1931 wahr. Bis dahin betätigte er sich maßgebliche an der Gründung des Reichsbanners „Schwarz – Rot – Gold“ zur Verteidigung der Republik und der Demokratie, dessen Vorsitzender er in Stuttgart war. 1930 wurde er in den Reichstag gewählt. Er fiel dort als scharfer Redner gegen die Nationalsozialisten auf und fordert von der KPD ein gemeinsames Handeln. Nach dem Machtantritt Hitlers wurde er von 1933 bis 1944 in mehreren Gefängnissen und Konzentrationslagern eingesperrt. Schumacher begann schon vor der deutschen Kapitulation mit dem Aufbau der SPD in Hannover, denn dort wurde am 19.4.1945 der erste Ortsverein wieder gegründet. Die Konzentriertheit der politischen Aktivitäten im Mai 1945 kristallisierten sich besonders in seinem ‚Büro Schumacher’, welches als inoffizielle Parteizentrale galt. In der Sowjetzone wurden zuerst Parteien wiederzugelassen, dadurch SPD legal Schumacher wird durch ein schriftliches Mandat aller Ortsgruppen mit der ost- und westzonenweiten Führung beauftragt. Die SPD der Westzonen wählte ihn auf ihrem ersten Parteitag zum Parteivorsitzenden. Schwere Schläge waren für ihn die Erkrankung an Thrompose und die damit zusammenhängende Amputation seines linken Beines. In dieser Folge konnte er nur marginal am politischen Tagesgeschäft im Nachkriegsdeutschland teilnehmen. Auch ein Kreislaufkollaps an den Vorweihnachstagen des Jahres 1951 ließ ihn kurzfristig für einige Monate aus seinem Büro verschwinden. Seine Tätigkeiten wollte er aber nie komplett aufgeben. Erst mit seinem Tod am 20.8.1952 in Bonn kam er zur Ruhe.

Die politische Karriere - Politisches Programm nach 1945

Kurt Schumacher wurde zu der führenden Persönlichkeit beim politischen Neuaufbau der SPD unter schwierigsten Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg. Sein größter politischer Erfolg war deshalb auch die politische Ausrichtung der Partei in ihren Anfangsjahren. Obwohl sich nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft einiges im Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geändert hatte, konnte Schumacher den Einfluss der KPSU auf die deutschen Kommunisten nicht befürworten. Er wurde zum Hauptgegner der Kommunistischen Partei, als diese die Vereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone durchführte. Die SPD war für Menschen der unterschiedlichsten sozialistischen Gruppen öffnen, vor allem für jungen Menschen. Die Partei war für die staatliche Lebensfähigkeit Deutschlands wichtig und bekämpfte erfolgreich eine extrem föderalistische Lösung für dessen Neugestaltung.

Schumacher war in Opposition gegen die Westbindung Konrad Adenauers, bezeichnete ihn als „Kanzler der Alliierten“. Er bezog eindeutig Opposition gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands. Trotzdem stellte er sich für Deutschlands eine gleichberechtigte Rolle im politischen Konzept Europa vor. Für diese Rolle setzte er sich vehement ein, weshalb ihm international oft Nationalismus vorgeworfen wurde. Er argumentierte aber für ein Deutschland im Bewusstsein des Widerstandes der Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus. Die Misserfolge seiner politischen Karriere waren der Erhalt eines Redeverbotes in der französischen Besatzungszone, dass die Sozialistische Internationale ihn erst nach großem Zögern in ihre Reihen aufnahmen, sowie seine stagnierende Laufbahn, in Bezug auf das Direktorat für Wirtschaftsfragen im Frankfurter Wirtschaftsrat, als auch im Bundestag. Theodor Heuss wurde, anstatt seiner zum Bundespräsidenten ernannt und der Wahlsieg der CDU, befördert Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler Deutschlands.

Verhältnis zur Wiedergutmachung

1. Teil

Schumacher verwendet den Begriff Wiedergutmachung das erste Jahr nach der Beendigung des Krieges im Sinne der Reparationsverpflichtung an die Alliierten und Besatzungsmächte, im Februar 1947 Interview mit dem „jüdischen Gemeindeblatt für die britische Zone“ macht er jedoch die Aussage, dass sich die SPD für eine gerecht Wiedergutmachung an allen politisch und rassistisch verfolgten einsetzen werde. Diese Aussage bedeutete eine Wendung in der politischen Konzeption und Verwendung des Begriffes Wiedergutmachung. Die Frage ist nun, wie kam es zu diesem Umstand. Eines der ausschlaggebenzten Ereignisse sind wohl die Ereignisse und Zusammenhänge um die im Frühjahr 1947 stattfindenden Versuche der Wiederanknüpfung an eine Sozialistische Internationale. Bei der Vorabstimmung in Bournemouth im November 1946, entschied eine eindeutige Mehrheit gegen die Zulassung der SPD. Die Begründung aller Gegner war die These, dass sich das deutsche Volk mit einer Kollektivschuld belastet habe. Trotzdem nahm Schumacher an der Konferenz in Zürich teil, in die Mitglieder, Umstände und Finanzen der Neugründung besprochen wurden. Nach einem Artikel im „St. Galler Tagesblatt“ erklärte Schumacher auf der Konferenz, dass die deutsche sozialistische Partei nicht die alte Vorkriegspartei sei, sondern eine neue, die aus vielen Erfahrungen gelernt habe. Sie braucht jetzt wieder internationale Kontakte, da sie sich nicht isolieren sein will, und schließlich haben auch die politischen Gegner, die Kommunisten und die Katholiken schon wieder internationale Kontakte. Trotzdem versagten ihm nicht nur die Schweizer Sozialisten ihre Zustimmung, auch durch die Enthaltungen der Italiener, Belgier, Palästinenser und Griechen, kam die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zusammen. Das Hauptargument der Mapai war wieder rum Kollektivschuld. Dieses Ressentiment gegen Deutsches reichte soweit, dass Golda Meir in Zürich Schumacher nicht mal die Hand geben wollte, und noch 1950 weigerte sich die Mapai mit der SPD an einen Tisch zu setzten, weshalb wurden die Sozialisten aus Israel auch nicht Mitglied der Comisco, der Rahmenorganisation der Internationale, wurden. Sehr sicher ist aber auch, dass bei dieser Abneigung auch parteilpolitische Gründe eine wichtige Rolle spielten, denn die meisten Sozialdemokraten jüdischer Herkunft in Deutschland symphatisierten nicht mit dem nationalen Zionismus und seinem Lösungsvorschlag eines Staates Israel. Trotzdem gab es im Vorstand der Mapai auch Freunde der SPD, und im besonderen Schumachers. Fritz Naphtali war lange Jahre ein Vertrauensmann der SPD in Israel, dessen gleichnamiger Stiftung wichtige Geldgeschäfte anvertraut wurden. Naphtali und Julius Braunthal, der Sekretär der späteren Internationale, bemühten sich um das Einlenken der Zionisten. Gegen die Kollektivschuld-These setzte Schumacher nur moralische Argumente, die an die Nachsicht appellierten. „Ich kannte im Jahre 1933 idealistische Studenten und Arbeiter, die davon

überzeugt waren, dass der Nazismus den Kapitalismus stürzen wird. Wir dürfen jene Männer und Frauen, die vom Nazismus irregeleitet waren, nicht abstoßen.“ Obwohl es genauso auch machtpolitische gab, wie jenes, dass die These der Kollektivschuld dazu diene Reparationsforderungen und Gebietsabtretungen zu rechtfertigen. Auf der Konferenz wurden Fragen seitens des Schweizer Delegierten Bringolf und des griechischen Delegierten Svolos zu Schumachers Antikommunismus gestellt, er antwortete ausweichend und versuchte die Marxisten für sich zu gewinnen. Nach Albrecht scheint auch sein Antimkommunismus ausschlaggebend gewesen zu sein, die Aufnahme abzulehnen.69 Die Bedeutung der SPD für eine Sozialistische Internationale war aber ausgesprochen groß, die deutschen Sozialdemokraten hatten schließlich die Politik der Internationale über Jahrzehnte vor dem II. Weltkrieg maßgeblich bestimmt. Die Lösung war vorerst ein Kompromiss. Eine Kommission unter der Leitung des Belgiers Louis de Brouckère wurde eingesetzt, welche die Diskussion über die Aufnahme weiterführte, nach einer nochmaligen Befragung in Nürnberg am 30. Juli 1947 zur Haltung der SPD vor Hitlers Machübernahme, war die Kommission überzeugt und empfahl die Aufnahme der SPD. Am 2. Dez. 1947 wurde die SPD in Antwerpen mit zwölf gegen vier bei zwei Enthaltungen in das „Socialist Information and Liaison Office“ (SILD) aufgenommen. Die Sozialistische Internationale wurde mit Schumacher als Präsident des Gründungskongresses in Frankfurt 1950 neugegründet. Die Deutschen und die Schweden trugen im Laufe der Zeit den Gros der Kosten. Willy Brandt wurde 1975 der Präsident der Vereinigung. Nach dem die ersten Versuche der Wiederanknüpfung alter Verbindungen zwischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien auf dem internationalen Spielfeld an der Kollektivschuld-These gescheitert waren, setzte sich Schumacher vermehrt für die Wiedergutmachung an den Juden ein. Sein erstes Podium auf deutschem Terrain war dazu der Nürnberger Parteitag am 29.6.1947. In seinem Grundsatzreferat „Deutschland und Europa“, drückte er seine Verwunderung aus, dass zwei Jahre nach Kriegsschluss keine Anstrengung für eine Wiedergutmachung an den am stärksten Verfolgten unternommen werde, weshalb jetzt die Sozialdemokratie diese Aufgabe übernehmen muss, da sie sich schon immer der Marginalisierten angenommen hatte. Nachdem er die Forderungen an seine Parteigenossen gestellt hatte, schrieb er auch den Siegermächten Fehler zu, da sie keine einheitliche Formel für die Entschädigung der Juden auf deutschem Boden gefunden haben. Aber diese Polemik gegen den politischen Gegner stellt nur eine Nuancierung seines Hauptkritikpunktes an den Alliierten dar, indem er ihnen vorwarf nie eine einheitliche Lösung für die deutschen Probleme zu finden. Seine Antwort war, dass eine gesamtdeutsche Antwort auf diese Frage nur ein einheitliches Funktionieren voraussetzte. In diesem Zusammenhang sprach der den moralischen Appell aus, dass das deutsche Volk verpflichtet ist, als auch die Bestimmung der weiteren Politik der SPD durch die Programmatik, dass diese für die Bestrafung der an der Verfolgung Beteiligter und sich Bereichernder ist. Im Weiteren folgten konkrete Forderungen an die deutsche Politik, die so gestellt einmalig sind, zum ersten ein Verbot aller antisemitischer Propaganda und Aktionen, zweitens die Gewährleistung der Menschenrechte und die Herstellung entzogener Rechte, zum dritten wünschte er eine internationale Garantie für die Juden in Deutschland. Er erklärt den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, also die Bereicherung durch die Vertreibung und dem Antisemitismus, also Judenverfolgung. Die Antisemiten von heute sind diejenigen die sich bereichert hatten. Die SPD die aktivste Bekämpferin des Rassenwahns und führte einen Appell zur Gleichheit der Menschen. Die Klärung hatte eine große Bedeutung auf den Parteitagen für die Partei. Zu bemerken ist hier, dass er im Gegensatz zu seinen früheren Äußerungen die bedeutendere Rolle der Juden als Opfer des Nationalsozialismus herausstellt und auch nach den Gründen für Antisemitismus fragt, und, in seiner eigenen polemisierenden Art, Antworten gibt.

69 Albrecht, S. 130.

Eine seiner wichtigsten Stationen zum Thema der Wiedergutmachung ist sein Amerikabesuch im September - Oktober 1947. Während er auf dem Parteitag in Nürnberg erst den politischen Rahmen und die Programmatik seiner Partei absteckte, kann diese Reise als Agitation für die Wiedergutmachung verstanden werden. Schumacher war auf den Kongress der amerikanischen Gewerkschaft „American Federation of Labour“ (AFL) am 6. und 7. Oktober in San Francisco eingeladen worden. Einige alte Genossen der SPD, die nach Amerika emigriert waren und sich nun in der Gewerkschaftsbewegung betätigten, schlugen seinen Besuch als interessante Bereicherung vor. Da mit dem „Jüdischen Bund“ und dem „Jewish Labor Comitee“, also zu den Antizionisten unter den jüdischen Emigranten enge freundschaftliche Beziehungen bestanden, nahm Schumacher vor seiner Reise Kontakt zu Adolphe Held auf. Auf seine Rede beim AFL hatte er sich gut vorbereitet, und legte gleich am Anfang, wie auf allen öffentlichen Auftritten in den USA das Bekenntnis ab, „dass das deutsche Volk zur Wiedergutmachung und Entschädigung an die Juden verpflichtet ist“, als auch das die SPD ist für die Bestrafung aller ist, die sich an der Verfolgung beteiligt und bereichert hatten. Außerdem fand er eine diplomatische Parallele zum gerade stattfindenden Gründungskampf des Staates Israel, die Verknüpfung der nationalen Forderung mit denen der Zionisten blieb aber unbeachtet. „Mit dem selben Ernst, mit dem wir wollen, dass die Deutschen nicht ein Volk zweiter Klasse und geringeren Rechts werden sollen, treten wir auch ein für die Gleichheit der Juden mit allen anderen Völkern der Erde. In diesem Sinne ist die jüdische Sache in einem neuen Deutschland auch die deutsche Sache, die Gleichberechtigung aller.“ In einem Interview Anfang Oktober 1947 auf seiner USA- Reise in New York für die „Aufbau“ bei einer Pressekonferenz gegenüber den New Yorker Journalisten sprach er von den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus, diese „sollten vom deutschen Volk entschädigt werden“ und das bisher „dieser Teil des sozialdemokratischen Parteiprogramms der Weltöffentlichkeit vorenthalten“ war. Ansonsten waren die 40 Tage der Reise angefüllt, mit Konferenzen, Besprechungen, Vorträgen, Diktaten und Reisen zwischen New York, Washington und San Francisco, dabei wollte er, oder hatte er nicht mal Zeit sich um private Zusammenkünfte zu bemühen, z.B. seiner ehemaligen Verlobten zu besuchen.

2. Teil

Referat Schumachers für den Parteitag „Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus“ August/September 1948

Das Referat bestimmte das Verhältnis zu Flüchtlingen und Kriegsgefangenen. Die Behandlung der Wiedergutmachung an den beraubten Juden wird im Zeichen der Eigentumsverlustangst negativ charakerisiert. Im Vorfeld des Wahlkampfes zum ersten Bundestag der BRD nutz er die Wiedergutmachung (im Sinne der Reparation) als Wahlkampfthema, dagegen regen sich die Engländer auf. Die Rede Kurt Schumachers zwei Tage nach dem Amtsantritt Adenauers, am 21. September 1949 gilt als seine beste. In ihr beschrieb er „Das Programm der Opposition“ und charakterisierte ihr Wesen und ihre Aufgaben. Außerdem kommentiert er die 16 Punkte von Bad Dürkheim. Im Wesentlichen ging es ihm in der Rede um die politische und soziale Weiterentwicklung des neuen Staatswesens BRD, das Ziel deutsche Einheit ist deshalb das stärkste Element seiner Rede, er nimmt starken Bezug auf die seit 1947 vertretene Magnettheorie der Sozialdemokraten. Der Regierung wirft er beim Punkt der Wiedergutmachung an den Juden vor, zu wenig auf die Sorgen und Probleme der unterprivilegierten Schichten einzugehen, besonders der Opfer des Faschismus, vor allem der Juden, weshalb er eine umfassende Wiedergutmachung forderte. Zwar sprach Adenauer auch zur Wiedergutmachung, dies jedoch zu matt und zu schwach. Dabei sei es die Pflicht jedes deutschen Patrioten, das Geschick der deutschen und europäischen Juden in den Fordergrund zu stellen und Hilfe zu bieten die dort notwendig ist.

Das deutsche Volk wurde durch die Hitlerbarbarei entehrt, zudem erleben die wenigen Juden in Deutschland immer wieder entwürdigende und beschämende Vorfälle. In Deutschland sollte niemand vergessen, dass jeder Antisemitismus nationalistisch und jeder Nationalismus antisemitisch wirke. Er beschrieb den Antisemitismus als ein Nichtwissen um die große Beiträge der jüdischen Bevölkerung. In einer parlamentarischen Aussprache nimmt er ebenfalls Bezug auf das Thema, der einzige Verweis in Albrechts Quellensammlung ist jedoch um diesen Teil gekürzt. Der Hamburger Parteitag am 20. Mai 1950 war der vierte Parteitag der SPD nach 1945. Er fand mit einer internationalen Kundgebung seinen öffentlichen Höhepunkt. Der Parteitag beschloss, sich gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands auszusprechen. Er verabschiedete eine Resolution über die Ablehnung der Bundestagsfraktion zum Eintritt in den Europa – Rat, was von einer Mehrheit befürwortet wurde, jedoch nicht von den Berliner Delegierten. Außerdem wurde Schumacher zum Vorsitzenden wiedergewählt. Schumachers Referat handelte zum einem von der Ablehnung des Eintritts Deutschland in den Europa – Rat (dazu auch auf verschiedenen Kundgebungen und Pressekonferenzen Kritikpunkte angebracht, wie gleichzeitigen Eintritts des Saargebietes, könnte diesem eine Souveränität ausgelegt werden; BRD nur Vertreter in die beratende Versammlung, nicht in den Ministerrat; Berlin sollte nicht aufgenommen werden, Europa - Rat als ganzes besitze unzureichende Vollmachten gegenüber den Nationen). Deutschland solle sich nicht an der Fehlkonstruktion beteiligen um eine Zusammenarbeit in der Zukunft nicht zu torpedieren. Außerdem Nein, weil SPD Verpflichtung zur Einheit mit der Sowjetzone und Berlin sieht. Im Zweite Teil bekannte er sich zur Wiedergutmachungspflicht vor allem gegenüber den Juden, er drückte die Verächtlichmachung von Juden, Widerstandskämpfern, Linksparteien durch „politische Neanderthaler“ vor allem in Schleswig – Holstein aus und kritisierte die Haltung der Bundesregierung, die sich „nur mühsam Worte der Wiedergutmachung herausquälen lasse“. Dem Journalisten M. Gid des amerikanischen „Jewish Daily Forward“ aus New York beantwortet er Fragen in einem Interview zur jüdischen Frage am Anfang des November 1950. Das Gespräch erschien am Jahrestag des 10. November (Reichskristallnacht) auch im „Jewish Cronicle“ in London, im „Jedioth Chadoshot“ in Israel, in der „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ in Düsseldorf und im „Neuer Vorwärts“, der Parteizeitung der SPD in Berlin. Am 21. März 1951 begannen die Verhandlungen über die Wiedergutmachung mit dem Staat Israel in Amsterdam. Im August 1951 gab er dem amerikanischen Journalisten A. Parkson des „New York Day“ unter der Überschrift ein Interview. „ Gewiss sind sehr viele moralische Probleme und ökonomische Probleme in der Angelegenheit des Versuchs der Wiedergutmachung des den Juden angetanen Unrechts nicht gelöst. Aber es ist niemand hier, der mehr als ich sich darum bemühte.“ Dinge geschehen die moralische Einkehr schwer macht, Vertriebenenproblem, nationale Zerreißung, Parole über Nationalismus der Sozialdemokraten geht über kommunistische Parteien in allen politischen Richtungen die deutschfeindlich sind. Im Frühjahr 1952 gerieten die Verhandlungen ins Stocken und sollten dann im Weiteren mit den Verhandlungen über die Regelung der deutschen Auslandsschulden verbunden werden. Daraufhin warnte Schumacher Adenauer brieflich vor dieser Koppelung, und der damit verbundenen Unlösbarkeit dieser Frage. Der „Erfüllung eines sittlichen Gebotes“ werde zu einem komplizierten finanztechnischen Problem degradiert. Drei Monate vor seinem Tod gab er der Presseagentur United Press am 15.5. 1952 ein Interview, in dem es vor allen dingen darum ging. Auch zu den Verhandlungen mit der israelischen Abordnung wurden ihm Fragen gestellt, die er aus bestem Wissen beantworte. Zur Frage der Wiedergutmachung meinte Schumacher, habe die Bundesregierung keine genauen Instruktionen ausgearbeitet. Der deutsche Delegationsführer bei den Haager Verhandlungen mit den Juden habe sein Amt noch nicht endgültig niedergelegt, er hofft, dass die Gespräche nicht abreißen, und er kämpft um genauere Instruktionen. Aber man kennt das ja, in der deutschen Außenpolitik sind keine bindenden Unterlagen vorhanden. Der Leiter der deutschen Delegation, Hermann Abs, sei

offenbar der Ansicht, dass die Wiedergutmachung durch eine Anleihe bei den Juden in Amerika finanzierte werden solle. Ab diesem Punkt schweifte das Gespräch auf das Thema Schumacher kam aber auf das Thema zurück, in dem er die Bemerkung machte, dass die Bundesregierung nicht sehr glaubwürdig hinsichtlich ihres guten Willens sei, solange sie Herrn Globke als Berater des Bundeskanzlers habe.

(1) Biographische Daten Kurt Schumachers: 1895 - 1952

Kurt Schumacher wurde am 13.10.1895 in Kulm im damaligen Westpreußen als Sohn eines Kaufmanns geboren. Er schloss das Gymnasium ab und ein Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie mit Promotion. Als Soldat im Ersten Weltkrieg wurde er schwer kriegsbeschädigt durch den Verlust des rechten Armes. Er trat 1918 in die SPD ein und erhielt eine Anstellung im Reichswirtschaftsministerium. Ab 1920 arbeitete er als Redakteur der sozialdemokratischen "Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart und trat dort 1924 für die SPD in den württembergischen Landtag ein. Im Jahr 1930 wurde er in den Reichstag gewählt. Er war ein scharfer Redner gegen die Nationalsozialisten. Nach dem Machtantritt Hitlers von 1933 bis 1944 wurde er in mehreren Konzentrationslagern eingesperrt. Die SPD der Westzonen wählte ihn auf ihrem ersten Parteitag zum Parteivorsitzenden. Dann kam Krankheit und Amputation des linken Beines hinzu. Kurt Schumacher starb am 20.8.1952 in Bonn.

(2) Die politische Karriere

Sein politisches Programm nach 1945 war, das er zur führenden Persönlichkeit beim politischen Neuaufbau der SPD unter schwierigsten Bedingungen wurde. Er war der Hauptgegner der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei wie sie im April 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone vollzogen wurde. Er machte die SPD für Menschen der unterschiedlichsten sozialistischen Gruppen öffnen, vor allem für jungen Menschen. Er stand für die staatliche Lebensfähigkeit Deutschlands ein und bekämpfte erfolgreich eine extrem föderalistische Lösung für dessen Neugestaltung. Schumacher war in Opposition gegen die Westbindung Konrad Adenauers und gegen eine Wiederbewaffnung Deutschland. Er setzte sich vehement für Deutschlands gleichberechtigte Rolle in Europa ein, immer im Bewusstsein des Widerstandes der Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus.

(3) Verhältnis zur Wiedergutmachung

Im Februar 1947 gab er ein Interview mit dem „jüdischen Gemeindeblatt für die britische Zone“. Im Frühjahr 1947 Versuche er die Wiederanknüpfung zu einer Sozialistischen Internationale. Schumacher verwendet den Begriff Wiedergutmachung das erste Jahr nach der Beendigung des Krieges im Sinne von Reparationsforderungen an die Alliierten und Besatzungsmächte. Die Macht die Aussage, dass sich die SPD für eine gerecht Wiedergutmachung an allen politisch und rassistisch verfolgten einsetzen werde. Diese Aussage bedeutete eine Wendung in der politischen Konzeption und Verwendung des Begriffes Wiedergutmachung. Nach dem die ersten Versuche der Wiederanknüpfung alter Verbindungen zwischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien auf dem internationalen Spielfeld an der Kollektivschuld-These gescheitert waren. Die Vorabstimmung in Bournemouth November 1946 ging einher, dass eine Mehrheit gegen die Zulassung der SPD war. Mit der Begründung, dass das deutsche Volk sich mit einer Kollektivschuld belastet habe. Schumacher nahm an der Konferenz in Zürich der Sozialistischen Internationale teil. Die deutschen Sozialdemokraten sollten in einer wieder gegründeten Sozialistischen Internationale vielleicht wieder aufgenommen werden. Dazu gab

es einen Artikel im „St. Galler Tagesblatt“. Schumacher erklärte, dass die deutsche sozialistische Partei nicht mehr die alte Vorkriegspartei sei, sondern eine neue, die aus vielen Erfahrungen gelernt hatte. Sie brauchten jetzt wieder internationale Kontakte. Sie wollten nicht isoliert sein. Im Gegensatz hatten Kommunisten und Katholiken schon wieder internationale Kontakte. Die Schweizer Sozialisten versagten aber ihre Zustimmung und es kam zu den Enthaltungen von Italienern, Belgiern, Palästinensern und Griechen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit kam nicht zusammen. Das Hauptargument der Mapai war die Kollektivschuld. Golda Meir wollte in Zürich Schumacher nicht mal die Hand geben. Noch 1950 weigerte sich der Mapai sich mit der SPD an einen Tisch zu setzten, deshalb wurden sie nicht Mitglied der Comisco, der Rahmenorganisation der Internationale. Es spielten auch parteilpolitische Gründe eine wichtige Rolle, die meisten Sozialdemokraten jüdischer Herkunft symphatisierten nicht mit dem nationalen Zionismus. Im Vorstand der Mapai saß ein Schumacher-Freund, Fritz Naphtali, berichtete Shlomo Shafir auf einem Symposium der Kurt-Schumacher-Gesellschaft. Naphtali war lange Jahre ein Vertrauensmann der SPD in Israel, dessen gleichnamiger Stiftung wichtige Geldgeschäfte anvertraut wurden. Naphtali und Julius Braunthal, der Sekretär der späteren Internationale, bemühte sich um das Einlenken der Zionisten. Gegen die Kollektivschuld setzte Schumacher nur moralische Argumente: „Ich kannte im Jahre 1933 idealistische Studenten und Arbeiter, die davon überzeugt waren, dass der Nazismus den Kapitalismus stürzen wird. Wir dürfen jene Männer und Frauen, die vom Nazismus irregeleitet waren, nicht abstoßen.“ Obwohl es auch machtpolitische Fragen gab, die der Reparationsforderungen und Gebietsabtretungen. Es wurden Fragen seitens des Schweizer Delegierten Bringolf und des griechischen Delegierten Svolos zu Schumachers Antikommunismus gestellt, versuchte aber die Marxisten für sich zu gewinnen, nach Albrecht scheint auch sein Antimkommunismus ausschlaggebend gewesen zu sein, dass die Aufnahme abgelehnt wurde. Es kam aber zu einem Kompromiss, eine Kommission unter Leitung des Belgiers Louis de Brouckère eingesetzt, der die Diskussion über die Aufnahme weiterführte. Es kam zur nochmaligen Befragung in Nürnberg am 30.Juli 1947 zur Haltung des SPD vor Hitlers Machübernahme, die Kommission wurde überzeugt und empfahl die Aufnahme der SPD. Am 2. Dez. 1947 wurde die SPD in Anwerpen mit zwölf gegen vier bei zwei Enthaltungen in das „Socialist Information and Liaison Office“ (SILD) aufgenommen. 1950 wurde die Sozialistische Internationale neu gegründet mit Schumacher als Präsident des Gründungskongresses in Frankfurt. Deutschland und Schweden trugen Kosten. 1975 wurde der Präsident Willy Brandt. Ab 1950 setzte sich Schumacher vermehrt für die Wiedergutmachung an den Juden ein. Sein erstes Podium war dazu der Nürnberger Parteitag am 29.6.1947. In seinem Grundsatzreferat auf dem Nürnberger Parteitag „Deutschland und Europa“ drückte seine Verwunderung aus, dass zwei Jahre nach Kriegsschluss keine Anstrengung für Wiedergutmachung an den am stärksten Verfolgten unternommen wurde, deshalb übernimmt jetzt die Sozialdemokratie diese Aufgabe. Schumacher schreibt hier Siegermächten auch Fehler zu, dass sie keine einheitliche Formel für die Entschädigung der Juden auf deutschem Boden gefunden haben. Eine gesamtdeutsche Antwort auf diese Frage setzt ein einheitliches Funktionieren voraus. Das Deutsche Volk ist verpflichtet, die SPD ist für die Bestrafung der an Verfolgung Beteiligter und die sich bereicherten. Er verbot aller antisemitischer Propaganda und Aktionen für die Gewährleistung der Menschenrechte und die Herstellung entzogener Rechte. Er wünschte sich eine internationale Garantie für die Juden in Deutschland. Die SPD war die aktivste Bekämpferin des Rassenwahns und richtete einen Appell zur Gleichheit der Menschen an die Mitglieder. Zu bemerken ist hier, dass sich im Gegensatz zu seinen früheren Äußerungen er die bedeutendere Rolle der Juden als Opfer des Nationalsozialismus herausstellt und auch nach den Gründen für Antisemitismus fragt, und in seiner eigenen polemisierenden Art, Antworten gab. Es scheint, dass er von Adorno und Horkheimers Buch „Die Dialektik der Aufklärung“,

welches im Juni 1947 in Amsterdam erschienen ist, maßgeblich in seiner weiteren Bewertung der Wiedergutmachung an den Juden beeinflusst wurde.

(4) Amerikabesuch im September - Oktober 1947

Mit dem „Jüdischen Bund“ und dem „Jewish Labor Comitee“, den Antizionisten unter den jüdischen Emigranten, bestand enge freundschaftliche Beziehungen, deshalb auch der JLC, einer amerikanischen jüdischen Gewerkschaftsorganisation, vor seiner Reise Kontakt zu Adolphe Held aufgenommen hatte. Schumacher war auf den Kongress der amerikanischen Gewerkschaft „American Federation of Labour“ (AFL) am 6. und 7. Oktober in San Francisco eingeladen worden. Er hatte sich mit einer Rede gut vorbereitet, auf allen öffentlichen Auftritten in den USA legte Schumacher das Bekenntnis ab, „dass das deutsche Volk zur Wiedergutmachung und Entschädigung an die Juden verpflichtet ist“. Die SPD ist für die Bestrafung aller, die sich an der Verfolgung beteiligten und bereichert hatten. Außerdem gab es außenpolitische Parallele zum gerade stattfindenden Gründungskampf des Staates Israel: „Mit dem selben Ernst, mit dem wir wollen, dass die Deutschen nicht ein Volk zweiter Klasse und geringeren Rechts werden sollen, treten wir auch ein für die Gleichheit der Juden mit allen anderen Völkern der Erde. In diesem Sinne ist die jüdische Sache in einem neuen Deutschland auch die deutsche Sache, die Gleichberechtigung aller.“, die diplomatische Verknüpfung der nationalen Forderung mit denen der Zionisten ist unbeachtet geblieben. Bei einer Pressekonferenz gegenüber New Yorker Journalisten sprach er von den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus, „sollten vom deutschen Volk entschädigt werden“, „dieser Teil des sozialdemokratischen Parteiprogramms der Weltöffentlichkeit vorenthalten“. Ansonsten waren die 40 Tage der Reise angefüllt, mit Konferenzen, Besprechungen, Vorträgen, Diktaten und Reisen zwischen New York, Washington und San Francisco. Er wollte oder hatte nicht mal Zeit sich um private Zusammenkünfte zu bemühen, z.B. seiner ehemaligen Verlobten zu besuchen.

(5) Interview Anfang Oktober 1947 auf seiner USA- Reise in New York für die Zeitung „Aufbau“

Hier wurde das Referat Schumachers für den Parteitag „Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus“ im August/September 1948 gedruckt. Das bestimmte das Verhältnis zu Flüchtlingen und Kriegsgefangenen. Allerdings wird die Behandlung der Wiedergutmachung an den beraubten Juden im Zeichen der Eigentumsverlustangst negativ charakerisiert.

(6) Rede zum Amtsantritt Adenauers am 21. September 1949

Die Wiedergutmachung (im Sinne der Reparation) wird als Wahlkampfthema von Schumacher genutzt, dagegen regten sich die Engländer auf. „Das Programm der Opposition“ nahm zu den Themen Stellung. Er macht Bemerkungen zu Wesen und Aufgabe der Opposition und das die Regierung zu wenig auf Sorgen und Probleme der unterprivilegierten Schichten eingeht. Besonders die Opfer des Faschismus, vor allem der Juden, forderte umfassende Wiedergutmachung. Es kam auch zu einer Kommentierung der 16 Punkte von Bad Dürkheim. Im Wesentlichen ging es ihm um die politische und soziale Weiterentwicklung des neuen Staatswesens BRD. Er vergaß das Ziel der deutschen Einheit nicht und nimmt starken Bezug auf die seit 1947 vertretene Magnettheorie der Sozialdemokraten. Auch traf er Bemerkungen zur Wiedergutmachung, zu matt und zu schwach was Adenauer sagte, Pflicht jedes deutschen Patrioten das Geschick der deutschen und europäischen Juden in den Fordergrund zu stellen. Hilfe anbieten, die dort notwendig ist.

Das deutsche Volk wurde durch Hitlerbarbarei entehrt, die wenigen Juden in Deutschland erleben immer wieder entwürdigende, beschämende Vorfälle. In Deutschland hat niemand vergessen, dass jeder Antisemitismus nationalistisch und jeder Nationalismus antisemitisch wirkt. Antisemitismus ist Nichtwissen um große Beiträge der jüdischen Bevölkerung. In einer parlamentarischen Aussprache nimmt er ebenfalls Bezug auf das Thema.

(7) Hamburger Parteitag

Am 20. Mai 1950 war der vierte Parteitag der SPD nach 1945 mit internationaler Kundgebung. Sein Referat handelte von der Ablehnung des Eintritts Deutschland in den Europa – Rat (dazu auch auf verschiedenen Kundgebungen und Pressekonferenzen Kritikpunkte angebracht, wie gleichzeitigen Eintritts des Saargebietes, könnte diesem eine Souveränität ausgelegt werden, die BRD war nur Vertreter in die beratende Versammlung, nicht in den Ministerrat; Berlin sollte nicht aufgenommen werden, Europa - Rat als ganzes zu den unzureichenden Vollmachten gegenüber den Nationen), sollte sich nicht an der Fehlkonstruktion beteiligen um Zusammenarbeit in der Zukunft nicht zu torpedieren. Auch gab es ein Nein, weil SPD Verpflichtung zur Einheit mit der Sowjetzone und Berlin sieht. Schumacher bekannte sich zur Wiedergutmachungspflicht vor allem gegenüber den Juden, drückte die Verächtlichmachung von Juden, Widerstandskämpfern, Linksparteien durch „politische Neanderthaler“ vor allem in Schleswig – Holstein aus. Er kritisierte die Haltung der Bundesregierung, die „nur mühsam Worte der Wiedergutmachung herausquälen lasse“. Die Ergebnisse des Parteitages waren, dass sich gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands ausgesprochen wurde. Die Resolution über die Ablehnung der Bundestagsfraktion zum Eintritt in den Europa – Rat, obwohl dass die Mehrheit befürwortet, die Berliner Delegierten aber nicht. Es kam auch zur Wiederwahl Schumachers zum Vorsitzenden.

(8) Interview zur jüdischen Frage

Anfang November 1950 mit Journalisten M. Gid des amerikanischen „Jewish Daily Forward“ New York führte er ein Interview. Es erschien am Jahrestag des 10. November (Reichskristallnacht), auch im „Jewish Cronicle“ London, „Jedioth Chadoshot“ Israel, „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ Düsseldorf und dem „Neuer Vorwärts“. „Das Judentum in Deutschland hat heute weder die Form noch den Inhalt und den Umfang, dass sich an seiner Existenz Gegenstände entzünden könnten, die von der Nazireaktion propagandistisch ausgenutzt werden könnten. Ich glaube, dass sogar bösartige Unverbesserliche heute nicht von Progromen träumen. Ich glaube auch, dass die große Mehrzahl der Menschen in Deutschland durchaus einsichtsvoll ist und nicht daran denkt, den Juden das Leben zu erschweren. Aber das Ergebnis der jüdischen Tragödie im Dritten Reich lebt im Bewusstsein der Juden selbst fort und liegt lähmend und drückend auf ihnen“. Am 21. März 1951 begannen die Verhandlungen über die Wiedergutmachung mit dem Staat Israel in Amsterdam. In diesem Zusammenhang gab Schumacher ein weiters Interview im August 1951 mit dem Amerikanischer Journalist A. Parkson des „New York Day“. „ Gewiss sind sehr viele moralische Probleme und ökonomische Probleme in der Angelegenheit des Versuchs der Wiedergutmachung des den Juden angetanen Unrechts nicht gelöst. Aber es ist niemand hier, der mehr als ich sich darum bemühte.“. In dieser Folge geschahen Dinge, die die moralische Einkehr schwer macht, dass waren z.B. Vertriebenenproblem, nationale Zerreißung, Parole über Nationalismus der Sozialdemokraten geht über kommunistische Parteien in alle politische Richtungen die deutschfeindlich sind. Im Frühjahr 1952 gerieten die Verhandlungen ins Stocken und sollten dann im Weiteren mit den Verhandlungen über die Regelung der deutschen Auslandsschulden verbunden werden. Daraufhin warnte Schumacher Adenauer brieflich vor dieser Koppelung und der damit verbundenen Unlösbarkeit dieser

Frage. Der „Erfüllung eines sittlichen Gebotes“ werde zu einem komplizierten finanztechnischen Problem degradiert.

(9) Brief an den Bundeskanzler Adenauer über die Stockung der Verhandlungen

Dieser Brief wird unter der Unterschrift „Der Kampf gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus“ in der Sammlung von Schumacher von Scholz/ Oschilewski geführt. Er enthält keinen Teil zu Wiedergutmachung oder ein extra Kapitel für Dokumente zu diesem Thema.

(10) Interview der Presseagentur United Press 15.5. 1952

Zur Frage der Wiedergutmachung meint Schumacher die Bundesregierung haben keine genauen Instruktionen ausgearbeitet. Der deutsche Delegationsführer bei den Haager Verhandlungen mit den Juden habe sein Amt noch nicht endgültig niedergelegt. Schumacher hoffte, dass das Gespräch nicht abreißt, kämpft um genauere Instruktionen. In der deutschen Außenpolitik waren keine bindenden Unterlagen vorhanden. Der Leiter der deutschen. Delegation, Hermann Abs, sei offenbar der Ansicht, dass die Wiedergutmachung durch eine Anleihe bei den Juden in Amerika finanzierte werden solle. Schumacher kam auf Thema wieder zurück, die Bundesregierung sei nicht sehr glaubwürdig hinsichtlich ihres guten Willens, solange sie Herrn Globke als Berater des Bundeskanzlers hat.

(11) Forschungsstand

So gut wie nicht vorhanden. In aktuellen Werken ist nichts in diesem Zusammenhang zu finden. Alle Werke verschweigen sein antifaschistisches Engagement in der Nachkriegszeit bis zu seinem Tod, das unter dem direkten Eindruck der Nazi-Herrschaft entstand. Nur Quellen verweisen auf die Thematik, dann aber meistens auch weiterführend zu Problemen wie Antisemitismus und Neofaschismus. Kennzeichnend bei Kurt Schumacher zu Frage der Wiedergutmachung ist, dass er sie immer wieder an aktuellpolitische Fragen knüpft, wie die gesamtdeutsche Lösung, das Vertreibungsproblem oder die Demontage der Schwerindustrie. Aus heutiger Sicht würden wir diese Stellungnahmen als relativierend bezeichnen, aber dahingehend, dass er einer der ersten war, die diese Frage in ihr politisches Programm aufgenommen haben, kann es das nicht gewesen sein.

Literaturverzeichnis:

Arno Scholz / Walther G. Oschilewski, Turmwächter der Demokratie, Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Band I, VerlagsGmbH, Berlin 1954.

Willy Albrecht (Hrgs.), Kurt Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945 – 1952,in: Internationale Bibliothek 107, Berlin – Bonn 1985.

Peter Merseburger, Der Schwierige Deutsche, Kurt Schumacher, Eine Biographie, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1995.

Günther Scholz, Kurt Schumacher, ECON Verlag, Düsseldorf – Wien - New York 1988.

Franca
Schneider

GW-Hausarbeit:
Zionismus und Shoa
Probleme, Kontroversen, Grundbegriffe

Zionismus und Shoa - Probleme, Kontroversen, Grundbegriffe

Historische Forschung zum Thema über 30 Jahre

Ein wichtiger Teil der Forschung ist "Der Zuschauer", dass ist der dritte Faktor der Gruppe die auch Täter und Opfer umfasst. Aber unter den "Zuschauern" nimmt der Zionismus einen besonderen Platz ein, da er, obwohl er "Zuschauer" ist, vom nationalen Gesichtspunkt her zur verfolgten Gruppe gehört (Ableger der jüdischen Gefahr). Es werden auch andere Fragen, als an "Zuschauer" von Geretteten und Historikern gestellt. Das Thema ist eine starke emotionale Belastung. Das Thema wird als eine öffentliche Kontroverse in der Israelische Gesellschaft und israelische Wissenschaft vermischt und die eine angemessene historische Einschätzung erreichen will. Dahingehend stellt sich die Frage, Wer polemisiert? und trägt zum ersten Mal Argumente gegen den Wissenschaftskomplex vor: Die Postzionisten. Die Bedeutung für das Thema ist, dass es zum ersten Mal angesprochen wird. Aber nur scheinbar zum ersten Mal angesprochen, da eigentlich von keinen Historiker bearbeitet, sondern von Forschern anderer Disziplinen. Aber es wurde nur sehr wenig Forschungsarbeit über einen der Themenbereiche veröffentlicht. Die Art der Publikationen kann als in hohem Maße polemische Literatur charakterisisert werden, die das Thema der Shoa für aktuelle Ziele benutzt. Kritik aus der Vergangenheit im Umfang begrenzt, von orthodoxen, zionistisch-revisionistischen, palästinensischen und pro-palästinensischen Historiographien. Das Thema erhielt nur wenig Beachtung in der Öffentlichkeit, z.B. ultra-orthodoxen Kritik. Damit schuf die Kritik der Post-Zionisten Gelegenheit einiges neu zu betrachten, z.B. die zionistische Historiographie und die Shoa/Forschung zum Thema „Zionismus und Shoa". Die Themen zionistischer Historiographie und die Themen der Shoa und Zionismus - Forschung und nur die Shoa sind nur teilweise deckend. Das ist die Zionistische Historiographie und die Shoa: d.h. welchen Einfluss hatte die Shoa auf die jüdische Geschichtsschreibung durch zionistische Forscher nach der Shoa. Zionistische Historiker haben sich auch mit anderen Themen beschäftigt (z.B. Charakter der nationalsozialistischen Juden- und Wirtschaftspolitik, jüdische Zwangsarbeit, Schicksal der Juden in allen europäischen. Ländern, Unterthemen des Widerstandes und Judenräte einen zentralen Platz). Das Prisma Shoa hatte den Einfluss im Allgemeinen auf die zionistische Historiographie. Jacob Neusner wies darauf hin, dass Gedalia Allon, in seinen Forschungen über das Ende der Zeit des Zweiten Tempels und seiner Zerstörung, den Römern eine Politik gegenüber den Juden zuschrieb, die in Wahrheit nicht durch die Quellen bestätigt wird. Daniel Schwartz hat den infolge der Shoa veränderten Auffassungen Abraham Schalits über die zweite Tempelperiode einen Artikel gewidmet. Yisrael Yuval erwähnte den Einfluss der Shoa auf die Art und Weise, in der Shalom Spiegel und Gershom Scholem den „Kiddush hashem" (Märtyrertod) zur Zeit der Kreuzzüge erklärt. Die Einflüsse auf die Erforschung des Antisemitismus wurde dabei durch die Perspektive von Nichtjuden weit mehr beeinflusst und beeinflusste sehr die Sichtweise, in der nichtjüdische Forscher von der Shoa weitentfernte Themen erklären, wie z.B. im Mittelalter. Zionismus und Shoa also die Historiographie der Positionen der Aktiven in der zionistischen Bewegung und ihrer Führer wird in Bezug auf das Schicksal der Juden in der Shoa untersucht. Noch präziser ist, dass die organisierte, zionistische Bewegung und die Unterstützung der zionistische Idee und ihr Wirken angesichts der Shoa zum zentralen Forschungsthema wird. Weiter ist das Voraussehen der Shoa vor dem Hintergrund der zionistischen Prognose hinsichtlich der Stellung der Juden in der Welt, das zionistische Verhalten, hauptsächlich der Führung, angesichts der Shoa, die zionistische Position (praktisch, das menschliche Verhalten) gegenüber den Machtinstanzen des 3.Reiches und dem NS, die Aktivitäten zur Rettung der Juden und die zionistische Idee und das zionistische Werk als Lösung für das Problem, vor das der Nationalsozialismus die Juden stellt und schließlich die zionistische Tätigkeiten infolge der Shoa (Einfluß der Shoa auf Gründung des Staates Israel). Weitere Themen, sind das Verständnis der Bedeutung der Shoa

für das jüdische Volk in der Epoche seit der Gründung des Staates Israel (mit: Gestaltung des Gedenkens der Shoa). In der Forschung selten gesondert, meistens als Unterthemen in weiter gefassten Forschungsarbeiten, wie das Judentum der USA oder des Great Britannien und die Shoa, Yishuv und Shoa, die Zionisten Deutschlands und die zionistische Jugendbewegung und ihre Aktivitäten im Untergrund und Widerstand (besonders in Polen), schließlich die Gestaltung des Shoa Gedenkens. Fehlend sind wenige Kenntnisse der zionistischen Tätigkeit in vielen Ländern der Naziherrschaft (z.B. Belgien). Die Positionen der Post-Zionisten ist die Forschung unter dem Monopol der zionistischen Forscher und der einheitlichen Sicht zionistische Historiker: Shoa-Forscher in der israelischen Wissenschaft oder Forscher, die mit Yad Vashem verbunden sind, Schüler Yehuda Bauers und Yisrael Gutman oder ihnen Nahe stehende. Kritik an Postzionisten ist, dass ihre Themen auch von nichtzionistischen Forschern behandelt wurden, und die nicht Israelis waren. Auch Weitz ignorierte, nach bester Tradition eine ganze Reihe von Erzählungen und Angelegenheiten, Affären und grundlegenden Fragen, die aus der zionistischen Historiographie ausgelöscht worden sind, also ob sie nie gewesen wären. Sie hatten keine Starrheit und Fixierung und auch eine kritische Einstellung. Schwer war, dass es Forscher hervorbrachten, und mit dem, was Regime wollte, zu identifizieren.

Der Zusammenhang zwischen Shoa und der Errichtung des Staates Israel

Für das Israelisch-zionistische Establishment gab die Shoa den Beweis für das Bedürfnis des jüdischen Volkes, einen eigenen Staat zu errichten. Die historische Kausalität war, dass der Staat das Ergebnis des Aufbauwerkes in Palästina und des entschiedenen Kampfes gegen die Briten und die Araber einen errichtete, der es ermöglichte, ein Asyl für die Flüchtlinge aus der Shoa vorzubereiten. Es stellte sich die Frage, wer vertrieb die Briten? Die Hagna oder Untergrundorganisationen? Das war von der Innenpolitik sehr belastet Diskussion vor 1948. Die Geschichtsschreibung ergab die Kausa, dass die Briten selber entschieden haben zu gehen. Der Mythos der Vertreibung von 1973 wurde vom zionistischen Forscher Yehuda Bauer widerlegt. Aber wesentlich durch den Druck der USA, und der ging wiederum aus den unmittelbaren Ergebnissen der Shoa hervor. Diese Auffassung von vielen als Axiom angenommen, auch von neuen Historikern, wie I. Pappe, da zu allgemeingültiger Auffassung geworden ist. Die Auffassung Bauers übertrieb Anfang der 80er zionistische Historiker aus israelischer Wissenschaft, dass waren die Gewissensbisse der Welt und das Problem der displaced Persons hatte in Europa eine nur begrenzte Rolle. Aber es bedrohte die Shoa im Kern die Möglichkeit, das zionistische Aufbauwerk fortzusetzen und verursachte Verzweiflung unter den zionistischen Führern, ausschlaggebende Faktoren wie kolonisatorische Grundlage in Palästina, der Prozess der Dekolonisation, die Schwäche und das Gespaltensein der arabischen Welt, die Interessenlage zu Beginn des Kalten Krieges.

Die Führung der Yishuvs in Palästina angesichts der Shoa

Post-Zionisten, wie Sh.B. Bet-Zvi schon 1977 Vorreiter der Kritik an der Führung der Yishuvs, der durch zionistisches Establishment der universitären Shoa-Forschung zum schweigen angehalten wurde. Es war aber die Tatsachen, dass die etablierte akademische Forschung Bet-Zvi voraus ging und gegen die Yishuvs sehr kritisch waren, z.B. Yehuda Bauer schrieb folgendes Vorwort für eine Arbeit (Rettungsbemühungen des Vereinten Rettungskomitees der Jewish Agency) einer seiner Schüler Ariel Morgenstern :“....Es scheint uns, dass die vor uns liegende Arbeit in so und so vielen Aspekten neue Erkenntnisse über das, was zur Zeit der Shoa in Palästina geschehen ist - und über das, was nicht geschehen ist, um den Juden Europas zu Hilfe zu kommen, bringt....“ Das initiierte dessen Forschungsarbeit (Veröffentlichung und Autorisierung durch Bauer), die auch eine Kampfansage an das etablierte Image von der Handlungsweise der Yishuvs-Führung war. Kritik der ersten

Forschungen über die Ohnmacht der Yishuv-Führung, die ohne ein politisches Ziel vor Augen (in Vorausgegangener revisionistischer und ultra-orthodoxen Kritik nicht so) hatte. Bet-Zvis Kritik war schärfer und umfassender, dadurch auch problematischer und hatte in der breiten Öffentlichkeit keine Resonanz, aber in der akademischen Welt (Unter Vorbehalte der wissenschaftlichen Mängel). Er erhielt diese Aufmerksamkeit in frühen 80ern und war viel zitiert. Die Forschung über Yishuv und Shoa in den 80ern ging weniger aggressiv vor, im Gegensatz zur ersten Welle, versteckte jedoch genauso wenig die Schwachpunkte. Die Mäßigung der Kritik erfolgte zu einer Zeit, wo viel mehr von öffentlicher Seite zu hören war. Warum? Große Fortschritte in der Erforschung der Shoa in all ihren Bereichen, detaillierte innere Entwicklung, Verhalten und Schritte der nicht-jüdischen „Zuschauer", dadurch wurde sich von der NUR innerisraelischen Perspektive des Themas „Yishuv und Shoa" befreit.

Das jüdische Standhalten

Auch in Israel gab es eine Mythologisierung. Die Postzionisten übernahmen diese genauso. Die Resistance (bewaffneter Widerstand) war aus dem Glauben an die Ablehnung der Shoa und vom Sieg im Unabhängigkeitskrieg (1948)) noch eher von Interesse. Die Akademischen Forscher Ende der 1950er in Yad Vashem rebellierten gegen diese Sicht. Sie betonten allgemeines jüdisches Standhalten, d.h. den Existenzkampf um die jüdische Kultur und Gesellschaft gegen die nationalsozialistischen Absichten der Unterdrücker. Es gab von ihnen einen starken apologetischen Unterton unter dem Blickwinkel der gesellschaftlichen Vorkommnisse (Eichmann-Prozess) und der Frage: „Warum gingen die Juden wie die Schafe zur Schlachtbank?" Im Laufe der Diskussion nichtisraelische Forscher wurde das positive Bewerten des „Standhaltens" aufgewertet. Es gab eine Wandlung zu nicht mehr apologetisch. Leider muss festgestellt werden, dass bis heute kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, die zionistische Geschichtsschreibung, die sich mit der Erforschung der Shoa beschäftigt oder die Geschichtsschreibung, die sich mit Zionismus und Shoa beschäftigt umfassend darzustellen.

Zionistische Historiographie/Jüdische Historiographie/zionistische Historiographie

Postzionisten sind Shoa-Forscher in der israelischen Wissenschaft oder Forscher, die mit Vad Vashem verbunden sind, Schüler von Yehuda Bauer und Ysrael Gutman oder ihnen Nahestehende. Aber viele jüdische Shoa-Forscher, die im Ausland leben und viele nicht-jüdische WissenschaftlerInnen, unter Berücksichtigung dieser Leute fällt es schwer, eine definierte und erkennbare Einheit der zionistischen Historiographie wahrzunehmen

Jüdische Historiographie?

Die Jüdische Historiographie ist ein klarer Forschungskomplex, als national (kollektiv) definiert, d,h, einen wissenschaftlichen Ansatz, der in der jüdischen Gesellschaft eine Gruppe sieht, die eine wahrnehmbare Einheit darstellt und Einzigartigkeit und Vitalität besitzt, die aktiv das historische Geschehen beeinflusste und daher eine angemessene Forschung verdient. Ihr ist die Notwendigkeit des tiefgreifenden Erkennens des weiteren Kontextes der jüdischen Geschichte inne. Sie stellten fest, dass Juden alleine Objekt der Verfolgung war, allerdings im Kontext des Schicksals des Antisemitismus oder Lokalgeschichte. Sie beantworten die Fragen, wie der jüdischen Gesellschaft während der Shoa funktionierte, wie Judenräte und ihre Bedeutung beim Erfüllen der Bedürfnisse der jüdischen Gesellschaft arbeiteten, wie das inneres Leben der Jugendbewegung und das tägliche religiöse Leben war. Das integriert sich in die nationale Historiographie, aber nicht in die zionistische, da schon vor der Shoa entwickelt wurde.

Das Interesse an der jüdischen Gesellschaft, wie ihre Werturteile beeinflusst wurden, und damit das Urteil über die Taten und Versäumnisse der zionistischen Bewegung und der Vertreter der zionistischen Auffassung in der Zeit der Shoa. Die Diskussion zum Thema „Zionismus und Shoa“ dreht sich um das Thema, wie die Frage der Bewertung, Rechtfertigung und der Bevorzugung, was als nationales jüdisches Allgemeinwohl (Erlösung) aufgefasst wird, gegenüber dem unmittelbaren Wohl der einzelnen Juden (Rettung). In den 1930ern war das Ha’avara-Abkommen der Jewish Agency mit der nationalsozialistischen Regierung entgegen dem Versuch ein Boykott gegen Deutschland zu organisieren, um es zu zwingen, den Juden die Rechte wieder zugeben. Zu dieser Zeit war auch der zionistische Kampf gegen den erneuernden Territorialismus. Dieser erhielt auch die Unterstützung von Aktionen der Flüchtlinge aus Deutschland (im Allgemeinen, Kinder).

II. Weltkrieg und Vernichtung

Der Ausbau der Yishuvs in Palästina war neben und gegen die Bedürfnisse der Juden in Europa. Wie war die Wiederherstellung nach der Shoa? Es sollten jüdische Waisen aus christlichen Adoptivfamilien herausgeholt werden. Den Vorstellungen der UNRRA sich zu widersetzen und der Verteilung jüdischer Waisen an nicht-jüdische Familien in der ganzen Welt. Das wurde von den europäischen Regierungen und UNRRA als rassistisch empfunden. Die Massen von polnischen Juden an displaced-persons-Lager in Deutschland zu verweisen, besonders nach Pogrom in Kielce 1946. Zur Stärkung des zionistischen Drucks auf Großbritannien und den USA sollte das Problem der europäischen Juden notwendigerweise in Palästina gelöst werden.

Die Argumente der Postzionisten sind, dass Zionisten nur bereit waren sich mit der Rettung der Juden zu befassen, als das sie nach Palästina kommen konnten und haben Überlebende als Hebel für zionistische Interessen benutzt. Die Historiker, mit nationalem Ansatz, d.h. die die jüdische Gesellschaft als Kollektiv sehen, die nationale Einstellung nicht nur aus dieser Epoche beschreiben (als tragischen Zusammenstoß zwischen dem national-kollektiven Ziel der Erlösung und der Aufgabe der sofortigen Rettung Einzelner), sondern auch als richtig und legitim anzunehmen. Die Kritiker der Vishuv-Leitung in der Vergangenheit widersprachen nicht der Auffassung, dass ein Wert der jüdischen Allgemeinheit existiert und dass man auch über die nationale Rettung neben der persönliche nachzudenken ist. Streitfragen waren, was genau ist das Wohl der jüdischen Gesamtheit? Welche Wege der Durchführung sind richtig? Wurden ausreichende Bemühungen und Gelder investiert (gemacht was möglich war)? Sabotieren nicht kleinliche Überlegungen der Klassen- und Parteizugehörigkeit, die sich ohne Unterlass einschlichen, die Rettungsbemühungen und schufen eine Kluft zwischen vorgetäuschter und tatsächlicher Aktivität? Der einzelne stand oberhalb jeglicher Rücksicht auf die Gesamtheit, und es war ganz und gar nicht angemessen, dem Aufbauwerk in Palästina im Rahmen der umfassenden Überlegungen Raum zu gewähren, da Kritik aus der Vergangenheit abgelehnt wird. Die Antinationale Weltanschauung dagegen war, von vorneherein die Auffassung eines Teils der Führung in Palästina und den Weg einzelner zionistischer Gruppen in Europa, die meinten, dass der Aufbau und die Stärkung des Vishuvs nicht der Rettung entgegensetzte, sondern ein Teil derselben waren, weil er das Ziel der Zuflucht ist, was es zu pflegen gilt. Die Deutung entspringt der historischen Situation, dass der Vishuv-Führung als Führung des jüdischen Volkes angesehen wird.

Definition von Begriffen

Shoa

Es gibt keine allgemeine Übereinstimmung zur Eingrenzung des Begriffes Shoa. Es wurde einmal Beginn 1932, dann 1933, 1935, 1939 oder 1941 versucht. Diese Unterschiede hatten weitreichende Folgen für die allgemeine Klärung verschiedener Themen, aber im Besonderen zur Frage des Voraussehens der Shoa. Die extremen Verfolgungen der Juden unter dem Naziregime, was bereits in den 1930ern begann und bis zum Beginn der 1940er andauerte. Die katastrophale Wahrnehmung der Situation der Juden im Exil charakterisierend für viele zionistische Analysen, die vor den 30ern gemacht wurden. Die Ereignisse der 1930er nicht in starkem Masse abweichend, jedoch betonten die Vertreter der zionistischen Auffassung wiederholt zu Beginn des Naziregimes das Eintreffen der zionistischen Prognose hinsichtlich der Möglichkeit jüdischen Lebens im Exil. Wenn das was dann passierte als Shoa anzusehen ist (Begriff Shoa ja auch schon bereits in zeitgenössischen hebräischen und zionistischen Dokumentationen benutzt), dann haben die Zionisten die Shoa vorausgesehen. Allgemeingültig ist der Begriff für den systematischen Massenmord in den 1940ern. Dann waren die verschiedenen zionistischen Analysen nicht so katastrophal und die zionistischen Führer haben danach die Shoa nicht vorhergesehen. Aufschluss geht darüber hinaus, die Politik, die die Führer der verschiedenen zionistischen Bewegung ausübten und es standen die Führer des Zionismus wie andere auch (Juden und Nichtjuden) in ihrem tiefen Unverständnis dem Nationalsozialismus gegenüber und dem Ausmaß seiner anti-jüdischen Aktionen. Ein Zitat zu dieser Zeit war, dass niemand wusste nicht wie tief der Abgrund sein würde, als sie an seinem Rand standen. Die Anklage an den Zionismus aus Sicht des öffentlichen Bewusstseins und begründend auf einen Teil der historischen Forschung, besagte dass die zionistischen Führer nicht rechtzeitig die angemessenen Schlussfolgerungen gezogen, und dadurch Prioritäten gesetzt, so wurde die physische Rettung der Juden nicht schon in den 1930ern an die Spitze der Dringlichkeitsliste gestellt.

Vernichtung

Der Begriff Vernichtung von Juden wurde bereits in den 1930ern benutzt. Das war auch die Benennung der Nazipolitik gegenüber den Juden in Deutschland, eine Politik der diskriminierenden Gesetzgebung, der wirtschaftlichen Verdrängung und des Drucks zur Auswanderung, aber nicht des Mordes. Einen ganz anderen besonderen Sinn hielt der Begriff im Laufe der 1940er, durch den weiteren Gebrauch von Hitler. In nur sehr kurzer Zeit Begriffswandel, dadurch wurden Menschen die den Begriff vor Hitler verwendeten prophetische Fähigkeiten zugesprochen, und an anderen Führern kritisiert, sie hätten quasi eine Rettung durch Nichtbeachtung verhindert. Die Postzionisten sagten, es werde die Differenzierung wieder aufgehoben, um auf die Politik der gezielten Preisgabe der einzelnen Juden durch den Zionismus hinzuweisen, einer Preisgabe, die seiner Meinung nach zum Wesen des Zionismus gehört

Das jüdische Volk

Der Begriff „das jüdische Volk“ ist ein problematischer Begriff. Ihm kommt viel Bedeutung in den Untersuchungen zu Zionismus und Shoa zu. Die zionistische Anschauung, die in der würdigen Nachfolge des romantischen Nationalismus des 19. Jahrhundert. stand und danach zur üblichen Auffassung im traditionellen Judentum wurde, redet viel über „das jüdische Volk“ – wie auch über den Antisemitismus – als einem allumfassenden mystischen Wesen. Nach der Shoa, gab es einen gewaltigen politischen Erfolg der zionistischen Bewegung, der

den Zionismus zu der zentralen politischen Bewegung machte. Die Auffassung war im Bewusstsein der meisten Juden und Nichtjuden, wodurch die Frage entstand, „Wo war die jüdische Führung in der Zeit der Shoa?“ Die Geschichte der Juden in der Neuzeit ist charakterisiert durch einen starken und sich verschärfenden Prozess der Zersetzung des nationalen Zugehörigkeitsgefühls, d.h. dem Empfinden der Einzelnen, zur Gesamtheit dazuzugehören, dem Prozess der Säkularisierung. Viele warfen die jüdische Religion und Anschauungen über Bord. Im Weiteren war der Prozess der Emanzipation, Integration in die umgebende Gesellschaft, zur Aufgabe der jüdischen Sprache, zum Verlassen der jüdischen Gemeinde. Am Vorabend der Shoa konnte man nur von einem losen Nebeneinander von jüdischen Gruppen reden. Es verschwand, was als jüdische Führung bezeichnet werden konnte, es kann allenfalls von Führern jüdischer Organisationen gesprochen werden.

Zionismus

Mit dem Bergriff wurde eine politische und kulturelle Unabhängigkeit und Befreiung vom Antisemitismus gesucht. Es ist eine facettenreiche ideologische Bewegung, die über viele Länder verbreitet ist. Es gab zwar institutionalisierte zionistische Weltorganisation, aber zweifelhaft ob als Vertretung des Zionismus angesehen werden kann. Der Zionismus ist eine Strömung ohne Mehrheit. Wie war Position des Zionismus hinsichtlich des Schicksals der Juden während der Naziherrschaft? Total unterschiedlich, z.B. in territoriale Unterscheidung, im gesamten Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus, in den Länder Osteuropas, in den Länder Westeuropas, in der Jugendbewegung, in der Erwachsenenbewegung, mit aktive Zionisten, mit Sympathisanten der zionistischen Idee, mit dem Vishuvs in Palästina und seiner Führer, mit den der Führer der zionistischen Bewegung. Alle hatten sie keine einheitliche zionistische Position oder zionistische Politik gegenüber der Shoa. Die zionistischen Führer waren aber. treue Anhänger des Widerstandes, der Politik des Stillhaltens um jeden Preis, der Verständigungsversuche verschiedener Art mit den Nazis, Vertretung eines deutlichen Parteienstandpunktes und auch das sie andere Parteienstandpunkt hinter sich gelassen hatten. Aus der unterschiedlichen Positionierung und der Spaltung- sowie Auflösungsprozesses gab es niemanden an den die belastenden Fragen zur Verantwortung gestellt werden könnten. Die Fragen werden von Forschern immer an den Zionismus gestellt, da die einzige Organisation, die irgendeine politische Führungsrolle im jüdischen Volk beanspruchte. Die Führung, die es zu analysieren galt, war die, die an der Spitze der zionistischen Weltorganisation stand, und dann die des Vishuvs in Palästina in den 1930er Jahren war.

Führung des Vishuvs in Palästina

Die Führung des Vishuvs in Palästina sieht sich selbst als verantwortlich für das fortlaufende Funktionieren der Gesellschaft, zu deren Führung sie gewählt wurde. Die Führung des Vishuvs war nur eine Führung für die jüdische Gesellschaft in Palästina. Dazu stand im Gegensatz das Selbstbild, sah sich als Stab eines Pionierkorps der zionistischen Revolution. Jemand, dessen Ziel es ist den Weg zur Wiederherstellung eines gesunden jüdischen Volksempfindens durch die Sammlung des verstreuten Volkes in Palästina zu ebenen hatte. In 1940ern (als klar wurde, das die Führer anderer jüdischer Organisationen, nicht viel für die von den Nazis verfolgten Juden tun konnten, sowie die der weitgehenden Vernichtung der Juden) schwankten sie zwischen der alltäglichen Erhaltung der in Palästina ansässigen Gesellschaft und dem Sichern des Ziels, zu dessen Gunsten das Aufbauwerk in Palästina bestimmt ist. Sie hatten auch mit der Forderung, Verantwortung auch für die Rettung des Volkes zu übernehmen welches sich in Europa befand auseinanderzusetzen.

Zionismus in Europa

Aktive Zionisten und zionistische Bewegungen erfüllten eine wichtige Aufgabe unter der Naziherrschaft. Nach der Machtergreifung der Nazis änderten die Zionisten ihre Ziele, und entschieden sich um Wiederherstellung des Gemeindelebens und um dessen Stärkung. Das geschah aus aufrichtiger Sorge um jüdische Allgemeinheit. Aber auch, als passende Stunde angesehen, dass der Zionismus sich als Idee und Bewegung durchsetzt und als tragender Faktor in der jüdischen Öffentlichkeit wird. Deutliche Tendenz zur Unterstützung in den verscheiden jüdischen Gruppierungen ist zu erkennen. Zionisten konnten mit ihrer Idee eine Hoffnung und eine Richtung für die Kanalisierung der Energie anbieten. Zu Beginn moralischen Vorsprung vor den Befürwortern der Emanzipation und der Integration. Der Glaube an den Zionismus machte aber nicht frei von individuellen menschlichem Verhalten.

Zusammenarbeit

Im Allgemeinen werden die Begriffe „Widerstand“ und „Standhalten“ gegenübergestellt. In der Europäischen Forschung wurde in den letzten 20 Jahren ein breites Spektrum der „Zusammenarbeit“ mit Herrschaftsapparat der Nazis vorgestellt. Es gab immer wieder Kooperationen, für die unvermeidliche Zusammenarbeit zum Zweck der Aufrechterhaltung des täglichen Lebens, und den „attentisme“ (eine begrenzte Zusammenarbeit in Erwartung anderer Entwicklungen), collaboration d’Etat (Zusammenarbeit des staatlichen Verwaltungsapparates Kraft seines Amtes) und die Kollaboration (Zusammenarbeit aus ideologischen Gründen oder Gewinnsucht). Über jüdische Zusammenarbeit nicht in dem selben Maße geforscht, bloßer hebräische Begriff birgt Ungenauigkeiten, aber um Umgangs-Hebräisch neuer Begriff „Shatap“ – der parallele Ausdruck für Kollaboration aus Gründen des materiellen Vorteils. Es ist in keiner Weise symptomatisch für den Zionismus, es gab zwar Zusammenarbeit, aber in dem Sinne der Kooperation. Die Postzionisten betreiben subtile Vermischung der Begriffe „Kollaboration“ und „Kooperation“. Grundsätzliche Bemerkungen sind seit dem Auftreten der Nazis waren die Juden ein ideologisches Objekt der Verfolgung als Volk (oder genauer als Rasse) , und dementsprechend – aus der Sicht der Nazis - keine Kandidaten für eine wirkliche Kollaboration. Die Kollaboration, die Führer von Volksgruppen und deren Bevollmächtigte den Nazis anbieten konnten, rührten aus der eigentlichen Verbindung zwischen ihren Völkern und dem territorialen Gebiet, in dem sie wohnten. Diese Verbindung existierte nicht für die Juden, die verstreut waren und den der staatliche nationale Rahmen fehlte. Unter Beachtung dieser Situationen muss es erst einmal zu einer klaren Definition, des Wortes „Zusammenarbeit“ kommen. Es muss abschließend auf die Gefahr einer gezielten Manipulation der Geschichte für gegenwärtige Diskussionen hinzuweisen (auch wenn es eine Manipulation ist, die vorgibt, gegen Manipulation einzuschreiten). Eine solche Manipulation kann durch Unklarheiten in den Grundbegriffen und die Art ihres Gebrauches erreicht werden.

Literaturliste

D.Michmann: Der Einfluß der Shoa auf das religiöse Judentum, in Y.Gutman und A.Saf (Hrsg): Grundlegende Veränderungen im jüdischen Volk infolge der Shoa (hebr), Jerusalem 1996, S.613-656

Y.Weitz: Die revisionistische Kritik an der Führung der Yishuvs während der Shoa, in: Kovetz Vad Vashem 23 (1994), S.271-289

I. Pappe: Die neue Geschichte des Zionismus: die akademische und öffentliche Konfrontation, in: Kivvunim, Neue Folgen, 8 (45) (1995) S.39-47)